

Die Schweiz zwischen den Grossmächten

**Möglichkeiten in der sich verändernden Welt
Unabhängigkeit und Freiheit zu bewahren**

**Ein Diskussionsbeitrag
zur aktuellen Situation**

18.7.2023

Management Summary

Wir sind gegenwärtig Zeugen starker Veränderungen in der Weltpolitik. In den ersten Kapiteln wird versucht diese Veränderungen bewusst zu machen. In weiteren Kapiteln werden Überlegungen präsentiert, wie sich die Schweiz in diesem Umfeld am besten behaupten und ihre Unabhängigkeit bewahren kann.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem offensichtlichen Scheitern der kommunistischen Ideologie, begann Europa abzurüsten und wollte die „Friedensdividende“ einfahren. Anders die USA. Sie sahen die Gelegenheit gekommen, die absolute Weltherrschaft zu übernehmen und dazu bauten sie ihre Militärmacht weiter aus. Brzezinski publizierte diese Herrschaftsansprüche in seinem Buch „Die einzige Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft“, und in Washington bauten die Neokonservativen ihren Einfluss aus. Thinktanks entwarfen Strategien zur Erreichung und Absicherung der Amerikanischen Vorherrschaft. Langfristig betrachten sie China als den grössten Rivalen. Vorerst müsse aber Russland zurückgedrängt und klein gehalten werden. George Friedman betrachtet es als extrem wichtig, dass die Zusammenarbeit zwischen Russland und Deutschland verhindert werde. Denn diese zwei Länder könnten andernfalls zusammen zur wirtschaftlich stärksten Weltmacht aufrücken. Da die USA selbst zu wenige Soldaten hätte, müsse sie versuchen die stärksten Volkswirtschaften der Welt gegeneinander in Kriege zu verwickeln, damit sich diese gegenseitig zerstören.

Im Rahmen der Umsetzung dieser Strategie marschierten die USA unter den Präsidenten Bush, Clinton und Obama innerhalb von 23 Jahren in 9 Länder ein und hinterliessen neben grossen materiellen Schäden ca. 11 Mio. tote Zivilisten. Diese Kriege sind in den Anhängen A1 – A10 kurz beschrieben. Ausführlicher wird auf den aktuellen Ukrainekrieg eingegangen, dessen Vorgeschichte sowie die Auswirkungen auf Europa.

Neben den heissen Kriegen begannen die USA auch schleichend einen Weltwirtschaftskrieg, den sie ab 2022 intensivierten, und der sich auch gegen die Verbündeten richtet. Als Gegenreaktion sind neue Wirtschaftsböcke entstanden und diese erstarren zusehends. Insbesondere die BRICS-Staaten möchten den US\$ als Leitwährung ablösen.

Im Rahmen der „hybriden Kriegsführung“ spielt neben den militärischen und wirtschaftlichen Massnahmen auch die psychologische Kriegsführung eine wichtige Rolle. Kunst, Kultur und die Massenmedien sind wichtig, um die „kulturelle Hegemonie“ zu erreichen. In den Kapiteln 13 und 14 werden weitere Einflüsse behandelt, die bewusst oder unbewusst die US Strategie unterstützen.

Die bisherigen Reaktionen der Schweizer Regierung auf die laufenden Veränderungen wirken hilflos, nicht zu Ende gedacht und überzeugen nicht. Sie nutzen weder die Stärken des Landes, noch stehen sie in Übereinstimmung mit den in der Bundesverfassung formulierten Zielen für die Aussen-

politik. Eine erfolgreiche Strategie muss auf den eigenen Stärken aufbauen. Diese sind im Kap. 15.3 aufgelistet. Alsdann werden für die Schweiz einige Möglichkeiten skizziert, wie sie sich in der weltweiten Auseinandersetzung verhalten könnte. Es gibt immer mehrere Möglichkeiten. Wichtig ist, dass diese Alternativen vorausgeplant werden, um je nach Situation geschickt reagieren zu können.

Egal, für welchen Weg sich die Schweiz entscheidet, müssen deren Stärken weiter gefördert werden. Möglichkeiten dazu sind unter Kap. 15.3 aufgelistet. Letztlich muss sich aber auch jeder Einzelne fragen, was er in seinem Umfeld tun und beeinflussen kann, damit unser Land unabhängig bleibt und seinen Einwohnern auch zukünftig ein sicheres Leben in Freiheit ermöglichen kann.

Zum Autor

Peter Schweizer (1949) diplomierte an der ETH Zürich als Elektroingenieur. Später studierte er zusätzlich am Institut für Betriebswissenschaften der ETH Zürich und erlangte ein weiteres Masterdiplom als Betriebsingenieur. Im Rahmen seiner beruflichen Laufbahn war er unter anderem in der Industrie als Entwicklungsleiter tätig, als Verkäufer der ersten CAD Systeme und als Ausbildungsleiter in einem Grosskonzern. Als Professor an der Fachhochschule beider Basel leitete er ein Nachdiplomstudium und auch an verschiedenen anderen Ingenieurschulen unterrichtete er Produktentwicklungs- und Projektmanagementmethoden. Dabei befasste er sich gezwungenermassen eingehend mit Fragen der Akzeptanz neuer Lösungen, und dem Umgang mit den daraus entstehenden Konflikten. Während vielen Jahren war er europaweit als Berater für Innovationsprojekte im Einsatz und während über 30 Jahren engagierte er sich als Wettbewerbsleiter für Schweizer Jugend Forscht. Peter Schweizer publizierte im vdf Hochschulverlag AG an der ETH Zürich mehrere Bücher über Problemlösungs- und Projektmanagementmethoden, Selbstmanagement und Führungsfragen sowie zum Umgang mit Macht. Seinen Militärdienst leistete er bei den Fliegerabwehrtruppen. Die Gelegenheit während dem Studium an der ETH auch Vorlesungen über Strategie und Kriegführung bei Divisionär Gustav Däniker zu besuchen, kam seinem Interesse für militärische Fragen entgegen. Die Heirat mit einer Kernphysikerin in Rumänien in den 70er Jahren – noch während dem Kalten Krieg – war für ihn eine hautnahe Erfahrung für das Leben in einem autoritären Regime und den Umgang mit den damals dort real existierenden Behörden. Grund genug sich weiter mit Geschichte und Politik zu befassen.

Inhaltsverzeichnis

Management Summary	2
zum Autor	3
Inhaltsverzeichnis	4
Vorwort	8
1. Die USA als dominierende Macht	9
1.1. Am Ende des Kalten Krieges	9
1.2. Das „Ende der Geschichte“ fand nicht statt	10
1.3. Die USA nutzen das Machtvakuum	11
1.4. Rüstungsausgaben	11
1.5. Europa reduziert seine Armeen	12
2. Die US-Interessen/Vorstellungen/Ziele	13
3. Wege und Massnahmen zur Absicherung der US Weltherrschaft	15
3.1. George Friedmans Ideen	15
3.2. Die Weltmachtstrategie des Thinktanks Atlantic Counsel	16
3.2.1. China als grösste Gefahr für die US-Dominanz	17
3.3. Krieg gegen China	18
3.3.1. Wirtschaftskrieg gegen China	18
3.3.2. Brennpunkt Taiwan	18
3.3.3. Vorbereitung auf eine militärische Auseinandersetzung mit China	19
3.4. Weltweite Überwachung	19
4. Heisse Kriege nach dem kalten Krieg	21
4.1. Vom Weltpolizisten zum Aggressor	21
5. Völkerrecht und Menschenrechte	22
5.1. „Gerechte Kriege“	22
5.2. UNO-Charta Art. 51	23
5.3. Humanitäres Völkerrecht	24
5.4. Menschenrechte	25
5.5. Macht und Recht	26
5.5.1. Ethik und Moral als Waffe	27
6. Der aktuelle Ukrainekrieg	28
6.1. Die Vorgeschichte	28
6.2. Das Minsker Abkommen	28
6.3. Nord Stream	29
6.4. Wolodimir Selensky	30
6.5. Schrittweise Eskalation	30

6.6	„Sonderoperationen“	31
6.7	Ukrainische Korruption und Russophobie	32
6.8	Auswirkungen des Ukrainekrieges auf die USA und Europa	32
7.	Weltwirtschaftskrieg	33
7.1	USA gegen die europäischen Rüstungsindustrie	33
7.2	Boycottpolitik und Erpressung	34
7.2.1	UN Menschenrechtsrat gegen Sanktionspolitik	34
8.	Die Finanzierung der US Kriegsführung	35
8.1	Inflation	35
8.2	Gerichtsverfahren	35
8.3	Beschlagnahmung von Gütern und Devisen	36
9	Der Propaganda - Krieg	37
10.	Wirtschaftliche Verflechtungen sowie religiöse und ethnische Gruppen beeinflussen die Politik der USA	38
10.1	Der militärisch-Industrielle Komplex	38
10.2	Evangelikale	39
10.3	Neokonservative	39
10.4	Islam	40
10.5	Der Kampf der Kulturen	40
10.6	Probleme mit „auserwählten Völkern“	41
11.	Mahnende Stimmen	42
11.1	Die Thukydides-Falle	42
11.2	Kritik aus den USA	42
11.3	Weitere Stimmen	43
12.	Weltwirtschaftliche Veränderungen	45
12.1	Ende der Globalisierung	45
12.2	Neue starke Wirtschaftsblöcke sind entstanden	45
12.2.1	Wirtschafts-Abkommen im Asiatischen Raum	45
12.2.2	Weitere Wirtschaftsabkommen	46
12.3	Zusammenarbeit zwischen Russland und China	47
12.4	Mehr Distanz zu den USA	47
13.	Was die US-Strategie unterstützt, bewusst oder unbewusst, geplant oder ungeplant	49
13.1	Die Schwächung der europäischen Wirtschaft	49
13.1.1	Expansion, Bürokratisierung und Zentralisierung der EU	49
13.1.2	Einführung des Euro	49
13.1.3	Korruption und Kriminalität	50
13.2	Politische Bewegungen	50
13.2.1	Die Klimabewegung	50
13.2.2	Die Anti-Atomkraft-Bewegung	51

13.3	Die schrankenlose Zuwanderung	52
13.4	Kultureller Niedergang und Zerfall	52
13.4.1	Rückgang der Bildungsqualität	52
13.4.2	Zerstörung der kulturellen Identität	53
13.4.3	Umgang / Instrumentalisierung von Pandemien	53
13.4.4	Geistige Orientierungskrise	53
13.4.5	Unfähige Politiker	54
13.4.6	Verpolitisierung der Justiz	54
13.5	Auswirkungen der Veränderungen	55
13.6	Desinteresse der Stimmbürger	55
14.	Weitere Gefahren	56
14.1	Faschistische Tendenzen	56
14.2	Sponsoren	57
14.3	Die Asylantenwaffe	57
14.4	Der Einfluss grosser Konzerne	57
14.5	Wachsender Staatsanteil	58
15	Die Schweiz im Strudel der Weltpolitik	59
15.1	Bisherige Reaktionen auf die Veränderungen	59
15.2	Erste Auswirkungen	61
15.3	Stärken der Schweiz	61
15.4	Zielsetzung	64
15.4.1	Übergeordnete Ziele	64
15.4.2	Vermeidungsziele	64
15.4.3	Verdeckte Ziele und verdeckte Agenden	65
15.5	Möglichkeiten für die Schweiz	66
15.5.1	Es gibt immer Alternativen!	66
15.5.2	Beitritt zur EU	66
15.5.3	Beitritt zur NATO	67
15.5.4	Alleingang und bewaffnete strikte Neutralität	67
15.5.5	Ausbau der weltweiten Vernetzung	68
15.5.6	„Flexible Response“	68
15.6	Massnahmen zur Stärkung der Schweiz	69
15.7	Geistige Landesverteidigung – den eigenen Weg verteidigen	70
15.8	Was kann ich als Einzelner tun?	71
15.8.1	Global denken – lokal handeln	71
15.8.2	Emotionale Distanz wahren	72
16	Nachwort	73
A1	Iran / erster Golfkrieg	74
A2	Irak / zweiter Golfkrieg	74
A2.1	Öl für Lebensmittel	75
A3	9/11 und der „Krieg gegen den Terror“	75
A4	Afghanistan	76
A5	Guantánamo	77

A6	Irak / dritter Golfkrieg	77
A7	Arabischer Frühling	78
A8	Jemen ab 2015	78
A9	Die Jugoslawienkriege ab 1991	79
A 9.1	Bosnien	79
A 9.2	Serbien / Kosovo	79
A10	Kriege im Nahen Osten	80
Referenzen/Literatur		82

Vorwort

Viele Menschen in unserem Land haben heute das Gefühl, dass wir in einer Wendezeit leben. Vertrautes wird in Frage gestellt, Bewährtes gilt plötzlich nicht mehr, und weltpolitisch ist vieles im Umbruch. Selbst der Chefredaktor der NZZ Eric Gujer meinte am 14.5.2023 in einem TV-Streitgespräch: „Wir Schweizer leben in einer Zeitenwende. Es ist an der Zeit, dass wir uns neue Partner suchen.“ Der laufende Kampf um die weltweite Hegemonie, die Interessen der Grossmächte und deren Politik der vergangenen Jahre, verunsichert. Mit den Kriegen im Jemen, in der Ukraine, sowie den Spannungen um das Südchinesische Meer und um Taiwan, hat sich der Kampf intensiviert und droht unkontrolliert zu eskalieren. „Es ist nicht mehr die Demokratie“ – so Gujer – „sondern das Recht des Stärkeren, das die Weltpolitik bestimmt.“

Die monopolare Welt verändert sich gegenwärtig in eine multipolare, und derartige Veränderungen sind in der Geschichte meist kriegerisch verlaufen. Als kleines Land zwischen den grossen Blöcken muss sich die Schweiz daher wieder einmal fragen wie es sich in dieser Auseinandersetzung positionieren und verhalten soll. Ausgehend von der aktuellen Situation werden dazu in diesem Papier Überlegungen und verschiedene Möglichkeiten aufgezeigt. Dabei begeben wir uns allerdings auf eine Gratwanderung zwischen einer stark vereinfachten Darstellung, um die Zusammenhänge transparent zu machen und einer zu starken Detaillierung, bei der man droht den Überblick zu verlieren.

Die aktuelle Situation kann man nur verstehen, wenn man die Vorgeschichte kennt. Darauf wird im ersten Teil ein Blick geworfen. Dann gilt es die laufende Entwicklung zu betrachten und zu versuchen die Absichten der Protagonisten zu verstehen. Alsdann muss man sich seiner eigenen Stärken bewusst werden. Das ist die Basis auf der dann die Überlegungen aufbauen, was für Möglichkeiten für das eigene Handeln existieren, und welche erfolgsversprechend sind. Erfolgreiche Strategien im Privaten, in der Wirtschaft, sowie in der Politik basieren immer auf den eigenen Stärken und Vorteilen, die man nutzen kann, einer geschickten Bündnispolitik und taktisch überlegtem Vorgehen – niemals auf emotionalem oder kurzfristig ausgerichtetem Handeln.

Neuhausen, 10. 7. 2023

Peter Schweizer
peter.schweizer@methosys.ch

1. Die USA als dominierende Macht

1.1. Am Ende des Kalten Krieges

Der Kalte Krieg war geprägt durch die Auseinandersetzung zwischen dem im kommunistischen Jargon so genannten «real existierenden Sozialismus» und der freien Marktwirtschaft in ihren verschiedenen Spielarten. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das sowjetisch besetzte Osteuropa immer stärker ins kommunistische System eingegliedert. Eine Zäsur stellte am 10. März 1948 die – höchst wahrscheinliche – Ermordung des nichtkommunistischen tschechoslowakischen Aussenministers Jan Masaryk in Prag (Vierter Prager Fenstersturz) dar. Praktisch gleichzeitig wurde am 4. April 1949 in Washington die NATO als Verteidigungspakt gegründet und in Warschau am 14. Mai 1955 der 1991 wieder aufgelöste Warschauer Vertrag.

Die in Osteuropa, ab 1949 dann auch in China und Nordkorea, ab 1954 in Nordvietnam und ab 1959 in Kuba herrschenden Kommunistischen Parteien verfolgten das Ziel einer Diktatur des Proletariats und konnten sich in ausnahmslos allen Ländern, in denen sie die Macht erlangten, nur mit repressiven Methoden halten. Trotzdem blieb auch im Westen für viele der Sozialismus bzw. der Kommunismus erstrebenswert. Die kommunistischen Bemühungen zum Ideologieexport stiessen im Westen in linken Kreisen auf fruchtbaren Boden. Terrororganisationen wie z.B. die RAF in Deutschland wurden aus dem Osten ideologisch, finanziell und logistisch unterstützt. Andererseits war man auch im Westen nicht zimperlich, mit Gewalt gegen mehr oder weniger sozialistische Regierungen vorzugehen, selbst wenn diese in einem Land in freien Wahlen an die Macht gelangten (Beispiele: Iran 1953, Guatemala 1954, Chile 1973).

In Russland hatte die Revolution 10% des Volkes gekostet und in China gehen die Schätzungen für Maos Diktatur von 40 – 70 Mio. Toten aus. Diese Regimes scheiterten immer auch an den wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die sie mit ihrer Planwirtschaft schufen. Im Wettrüsten konnten sie nicht mehr mithalten.

Nach Maos Tod (1976) verfolgte Deng Xiaoping eine Politik der Öffnung entsprechend dem Sprichwort aus Sichuan „Es ist egal ob die Katze Schwarz oder weiss ist – Hauptsache, sie fängt Mäuse“. Die Kommunistische Partei Chinas (KPC) mauserte sich langsam zur Kapitalistischen Partei Chinas, und der wirtschaftliche Aufstieg begann in einem unglaublichen Tempo. Die KPC konnte so weiter als alleinige Partei an der Macht bleiben. Nachdem in Südafrika das Apartheidregime zu Fall und Nelson Mandela an die Macht kam, bat er am WEF in Davos um Unterstützung für sein Land bei der Einführung des Sozialismus. Insbesondere die Chinesen und Vietnamesen rieten ihm dringend ab. Sie hätten damit sehr schlechte Erfahrungen gemacht und würden jetzt private Unternehmen einladen. Dank diesem Rat blieb Südafrika ein solches Experiment erspart [1], [20]. Unglücklicher verlief der Transformationsprozess weg vom Kommunismus in der Sowjetunion: Gorbatschows Reformbestrebungen in Richtung mehr

Freiheit und Marktwirtschaft gerieten ausser Kontrolle. Er wurde gestürzt. Das Regime zerbrach, und 1991 zerfiel die Sowjetunion. Der Warschauer Pakt war damals bereits abgeschafft. Die institutionellen Schwächen des neu entstandenen russischen Staates, der Russischen Föderation, ermöglichen das Aufkommen von bald „Oligarchen“ genannten Neureichen. Diese und weitere negative Entwicklungen werden immer noch amerikanischen Beratern und dem Internationalen Währungsfonds angelastet. Mag etwas daran sein, so ist doch auch der so genannte «Aktien gegen Kredite»-Skandal von 1995 nicht zu vergessen, eine Privatisierungsaktion von Jelzin, der Staatseigentum viel zu billig abgab. Zum Ausgleich erhielt Jelzin dann Spenden für seinen Wahlkampf von 1996. Viele der Oligarchen setzten sich später, nachdem sie den politischen Entscheidungsträgern gefährlich und von diesen bekämpft wurden, in den Westen ab. Oder sie arrangierten sich vollständig mit dem Regime. (Beispiele: Michail Chodorkowski, Viktor Vekselberg, Roman Abramovitsch, Andrei Melnitschenko, Michail Fridman, Alischer Usmanow,) [14]

1.2 Das „Ende der Geschichte“ fand nicht statt

Der Kalte Krieg war zwar, wie allein schon ein Blick nach Jugoslawien und seine Nachfolgekriege 1991 und 1992 zeigt, keineswegs ganz ohne Blutvergiessen vorbeigegangen, man hoffte aber doch eine „Friedensdividende“ geniessen zu können. Der Ideologie-Export aus dem Osten kam zum Erliegen. Der Geldfluss an revolutionäre Organisationen – z.B. an die POCH in der Schweiz – versiegte. Die Angst vor den Warschauer Pactt Armeen verschwand, und das Abrüstungszeitalter begann. Der Warschauer Pakt löste sich auf, und Westeuropa rüstete massiv ab. Viele meinten, nun sei der „ewige Friede“ bzw. «das Ende der Geschichte» ausgebrochen, von welchem, freilich differenziert, Francis Fukuyama schon 1989 geschrieben hatte [3]. Die NATO aber löste sich nicht auf. Im Gegenteil – die USA rüsteten weiter und begannen während der Amtszeit von Präsident Jelzin in die inneren Verhältnisse Russlands hineinzuregieren. 1990 hatte Staatssekretär James Baker der Sowjetführung zugesichert, die NATO werde ihre Jurisdiktion keinen Zoll breit weiter nach Osten ausdehnen [2]. Dieses Versprechen wurde 1999 mit dem Beitritt von Polen, Tschechien und Ungarn ein erstes Mal, 2004 mit dem Beitritt von Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei und Slowenien ein zweites Mal und von 2009 bis 2023 mit dem Beitritt von Albanien und Kroatien, von Montenegro, von Nordmazedonien und von Finnland noch mehrmals klar und massiv gebrochen. Dass das bei den neuen Mitgliedern auf Interesse stiess, ist nach den früheren schlechten Erfahrungen mit der Sowjetunion verständlich. Die schlechten Erfahrungen aus der Sowjetzeit waren nicht vergessen, obwohl Russland kein kommunistisches Land mehr war und keinen Ideologieexport mehr betrieb.

Putin bemühte sich sehr um eine gute Zusammenarbeit mit Westeuropa. In seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag im September 2001, die er

teilweise in Deutsch hielt, machte er weitreichende Angebote für die Zusammenarbeit, die von Lissabon bis Wladiwostok reichen sollte. Das passte aber den USA nicht. Putin wurde in der Folge ignoriert oder gar brüskiert. Die Handelsbeziehungen entwickelten sich dennoch zum beiderseitigen Vorteil. Insbesondere der damalige deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder erkannte die Vorteile günstiger russischer Energielieferungen und entwickelte ein gutes Einvernehmen mit Russland.

1.3 Die USA nutzen das Machtvakuum

Da man nach 1991 nicht mehr mit Interventionen des Warschauer Paktes rechnen musste, nutzten die USA die Gelegenheit ihre Einflussosphäre mit militärischen Interventionen und Kriegen auszuweiten. Irakkrieg, Libyen, Afghanistan, Jugoslawien, Syrien, etc. (Siehe dazu die Anhänge A1 - A10) 2018 rechnete der wissenschaftliche Dienst des US-Kongresses vor, dass seit dem Fall des Eisernen Vorhangs bis dann die USA ihre Streitkräfte 152 Mal im Ausland eingesetzt hatten. Die NATO wurde schrittweise bis an die Russische Grenze erweitert: Polen, Estland, Lettland, Litauen. George Bush kündigte auch den ABM-Vertrag und baute in Rumänien eine grosse US-Basis mit einem Raketenabwehrsystem. Dieses Raketenabwehrsystem sei nicht gegen Russland gerichtet, sondern gegen den Iran, argumentierten die USA. Geglaubt hat das aber niemand. Auch im Kosovo entstand eine grosse US Basis. Weltweit können die USA seit 2004 auf mehr als 1000 militärische Stützpunkte zurückgreifen 800 davon ausserhalb der USA (viele Details darüber sind auf Wikipedia dokumentiert, und wurden auch von Hillary Clinton bestätigt [4]). Die grösste US-Basis in Europa bleibt Ramstein (D). Aus Ramstein werden jeweils auch die Killer-Drohnen gesteuert, die im Nahen Osten und in Afghanistan zum Einsatz kommen. Der Luftkrieg, vielfach geführt mit Drohnen, nahm ab 2014 unter Präsident Obama richtig an Fahrt auf. Allein in den folgenden fünf Jahren flogen die USA mehr als 50'000 Luftangriffe. Auch, wenn es aus dem Verteidigungsministerium hiess, man versuche alles um zivile Opfer zu vermeiden, werfen die Recherchen der New York Times ein neues Licht auf den vermeintlich „präzisen“ Luftkrieg der USA. Die New York Times berichtete, dass auch Tausende Zivilisten bei US-Luftschlägen in Irak, Afghanistan und Syrien ums Leben kamen – darunter viele Kinder. Die Opferzahl liege signifikant höher als die rund 1600 toten Zivilisten, die das US-Militär angibt. [10]

1.4 Rüstungsausgaben

Bei den Rüstungsausgaben sind die USA führend. Zu deren Rechtfertigung verweisen sie seit Jahren immer wieder auf die „beunruhigende“ Aufrüstung von China hin. Inzwischen hat China realisiert, dass es wirklich Nachholbedarf hat, und versucht aufzuholen. Mit dem Beginn der russischen „Sonderoperationen“ 2022, wurden sich auch die Europäer bewusst, dass ihre

Armeen nichts mehr taugen und entschieden überstürzt wieder aufzurüsten. Zum Vergleich: Im Jahr 2022 betragen die Rüstungsausgaben der Schweiz 5.2 Mia. Franken.



Abb. 1 Rüstungsausgaben 2021 (Daten von SIPRI)

1.5 Europa reduziert seine Armeen

Im Gegensatz zu den USA reduzierten die Europäischen Länder ihre Verteidigungsausgaben so stark, dass sich heute die Armee generäle einig sind, dass ihre Armeen nicht mehr kriegstauglich sind. Man verlässt sich auf die USA, bzw. auf ihren „Atomschirm“. Der NATO-Forderung, dass 2% des Budgets für die Verteidigung auszugeben sind, kommen die meisten Länder der EU nicht nach. Frankreichs Präsident Emanuel Macron klagte gar die NATO sei „Hirntot“ und das European Council on Foreign Relations konstatierte, Europa drohe die „Vasallisierung“ durch Amerika. Die USA hingegen fürchtet, dass die EU zu schwach werde, um ihnen im Kampf gegen China den Rücken frei zu halten.

In der Schweiz wird – obwohl sich das Volk 1989 in einer Abstimmung sich mit 65% gegen eine Halbierung der Armee ausgesprochen hat – die Verteidigungsfähigkeit schlicht gesagt weggespart. Man begann das Bedrohungs-Szenario den finanziellen Mitteln anzupassen.

2. Die US-Interessen/Vorstellungen/Ziele

Dem Ganzen liegt das Konzept einer unilateralen Beherrschung der Welt mittels absoluter militärischer Überlegenheit zugrunde – ein imperiales Hegemoniekonzept, das neben den „Falken“ auch von den sogenannten „Tauben“ in der US-Administration bis heute vertreten wird. Daran hatte Aussenminister Powell schon 1992 keinen Zweifel gelassen: „Die USA benötigen militärische Machtmittel, um jede konkurrierende Macht abzuschrecken, jemals davon zu träumen, dass man uns auf der globalen Ebene herausfordern könnte.“ **Präsident Bush II** wiederholte diesen Suprematie-Anspruch in seiner Westpoint-Rede vom Juni des gleichen Jahres: „Oberstes Ziel der US-Strategie nach dem Ende des Kalten Krieges muss es sein, zu verhindern, dass irgendwo auf der Welt irgendeine Macht zum ebenbürtigen Konkurrenten wird.“ Er liess diesen Anspruch dann in der Nationalen Sicherheitsstrategie vom 20. September 2002 noch einmal betonen: „Es ist die Zeit gekommen, wieder die wesentliche Rolle amerikanischer Militärmacht zu betonen ... Wir werden Streitkräfte unterhalten, die zur Erfüllung unserer Verpflichtung fähig sind, und die Freiheit verteidigen. Unsere Streitkräfte werden stark genug sein, potentielle Gegner von ihren Aufrüstungsvorhaben abzubringen, die sie in der Hoffnung auf Überlegenheit oder Gleichstellung im Hinblick auf die Macht der Vereinigten Staaten betreiben.“

Die Erhaltung und der Ausbau der US Hegemonie wurde weiter von verschiedenen Autoren beschrieben und gefordert. Dieses Ziel prägt daher die US Politik bis heute nachhaltig. Es sind vor allem sog. „Neo-Liberale“ und „Neo-Konservative“ Kreise, die heute die Politik der USA bestimmen. So beschrieb **Zbigniew Brzezinski** 1997 in seinem Buch „Die einzige Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft“ [5] die Vereinigten Staaten als erste, einzige, wirkliche letzte Weltmacht. Dabei soll die amerikanische Politik von der Vision einer besseren Welt getragen sein. Letztes Ziel sei eine „Weltgemeinschaft“. Für eine kurze Zusammenfassung seiner Ideen siehe den separaten Kasten auf der nächsten Seite.

John Bolton vertritt die Ansicht, dass die grössten Bedrohungen für die Welt von China und Russland ausgehen. Nur die USA garantieren globale Ordnung und Sicherheit. (Siehe auch seinen Beitrag in der Weltwoche 04.23 [6])

Ebenfalls Beachtung fand ein Buch von **George Friedman** [7], der verkündete, dass die USA mittels der Taktik „Teile und Herrsche“ die vorherrschende Macht bleiben kann. Man müsse versuchen die potentiell stärksten Gegner gegeneinander in Kriege zu verwickeln.

Die herrschenden Kreise in den USA verstehen sich also als Weltbeherrscher und Weltpolizisten. Und das soll mit militärischen Mitteln erreicht und aufrechterhalten werden. Zyniker sprechen heute von „Heiligen Römischen Reich der Vereinigten Staaten“.

«Gods own country»: Auch **Hillary Clinton & Condoleezza Rice** sind sich einig, dass es die Aufgabe der USA ist weltweit gegen autoritäre Regimes

vorzugehen und der Demokratie zum Durchbruch zu verschaffen. (Sieh dazu das Video [4])

Zbigniew Brzezinski: Amerikas Strategie der Vorherrschaft

Brzezinski beschreibt frühere Weltmächte wie das römische Reich, das Mongolenreich und das Britische Weltreich. Im Gegensatz zu diesen sieht er die USA erstmals als wirklich weltbeherrschend. Die Einflussnahme auf ausländische Eliten sieht er vor allem auf kulturellem Gebiet. Der Einfluss verstärkt sich durch Kommunikationssysteme, Unterhaltungsindustrie (Hollywood) und Massenkultur. Dazu kommen PR-Techniken. Ohne die Vormachtstellung der USA gäbe es laut Brzezinski Anarchie.

Die „Imperative imperialer Geostrategie“ erläutert Brzezinski anhand politischer Verhältnisse der Vergangenheit: „Bedient man sich einer Terminologie, die an das brutale Zeitalter der alten Weltreiche gemahnt, so lauten die drei grossen Imperative imperialer Geostrategie: Absprachen zwischen den Vasallen verhindern und ihre Abhängigkeit in Fragen der Sicherheit zu bewahren, die tributpflichtigen Staaten fügsam zu halten, zu schützen und dafür zu sorgen, dass die Barbarenvölker sich nicht zusammenschliessen.“ [5]

3. Wege und Massnahmen zur Absicherung der US Weltherrschaft

3.1 George Friedmans Ideen

Konkret dazu äusserte sich George Friedman in seinem Vortrag [8] vor dem Thinktank Atlantic Council 2015, den er ursprünglich gegründet hatte. Darin erklärt er, dass die USA selber zu wenige Soldaten haben, um die Welt zu beherrschen. Daher müssten sie stets versuchen ihre Gegner gegeneinander aufzuhetzen, damit diese sich selber gegenseitig bekämpfen – so wie das z.B. die Engländer früher in Indien getan hätten. Oder auch wie die USA den Krieg zwischen dem Irak und Iran durch Waffenlieferungen an beide Seiten förderten. Die USA sollten die Länder destabilisieren und nur ganz gezielt intervenieren. Deshalb rüsteten die USA die „Frontstaaten“ zu Russland auf. Das erfolge nicht über die NATO, sondern verdeckt indirekt. Denn über die NATO wäre die Zustimmung aller Beteiligten notwendig gewesen [18].



Abb.2 Der Riegel zwischen Deutschland und Russland sei für die USA extrem wichtig, schreibt George Friedman [8] (Ein Deutsch-Russisches Bündnis muss nach der US-Denkfabrik STRATFOR unbedingt vermieden werden)

George Friedman betrachtet es als sehr wichtig Russland zu schaden, um es auf die Stufe einer lokalen Macht zurückzudrängen. Alsdann müsse man sich gegen China durchsetzen.

Als sehr wichtig erachtet Friedman, dass eine Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Russland zu unterbinden sei: **Deutsches Kapital und Technologie zusammen mit Russlands Rohstoffen und Arbeitskräften wäre die einzige Macht, die den USA die Sterne bieten könnte.** Die gute Zusammenarbeit, die Schröder mit Putin aufgebaut habe, sei für die USA ein Problem. Deshalb versuchen die USA zwischen Deutschland und Russland eine Barriere zu installieren. Deutschland allein, so beurteilt Friedman, sei hingegen geopolitisch schwach und weiss nicht was es will. Friedmans Ideen werden auch von US-Generalleutnant a.D. Keith Kellogg geteilt. Er beurteilt die Beseitigung eines Gegners ohne Einsatz eigener Truppen als „Gipfel der Professionalität“ [11]. Die Ukraine könne gegenwärtig dazu benutzt werden, um Russland ohne Verluste für die USA zu besiegen: "So können wir uns auf das konzentrieren, was wir gegen unseren Hauptgegner tun sollten, der im Moment China ist."

Diese Methoden sind den USA geläufig. Am 24. Juni 1941 (noch vor dem Kriegseintritt der USA) zitierte die New York Times Harry S. Truman: „Wenn Deutschland gewinnt, sollten wir Russland helfen. Wenn jedoch Russland gewinnt, sollten wir Deutschland helfen. Lasst sie sich doch gegenseitig so weit wie möglich ausrotten.“ Stalins Forderung an die USA in Europa früher in den Krieg einzugreifen, stiess deshalb verständlicherweise auf taube Ohren. Russland verlor im Zweiten Weltkrieg ca 24 Mio. Menschen; die USA ca. 420'000 Soldaten.

3.2 Die Weltmachtstrategie des Thinktanks Atlantic Counsel

Im Februar 2022 (kurz vor der russischen Intervention in der Ukraine) publizierte dieser Thinktank eine Studie, in der erklärt wird, dass die Biden Administration China als grösste Bedrohung betrachte, dass man sich aber kurzfristig vor allem gegen Russland engagieren sollte [9]. Das resultiert in den folgenden Empfehlungen:

1. Zusammenarbeit mit Alliierten und Partnern, damit diese die von Moskau ausgehende Gefahr erkennen.
Dazu muss die NATO gestärkt werden: konventionell und nuklear
 - An der Nordostflanke
 - Im Schwarzen Meer
 - In Zusammenarbeit mit Georgien und der Ukraine
 - in Zusammenarbeit mit der EU
2. Folgende militärische, wirtschaftliche und politische Massnahmen werden vorgeschlagen:

- Die Ukrainische Armee sollte mit der NATO interoperabel werden
 - Finanzielle Unterstützung der Ukrainischen Armee mit 1 Billion US\$ pro Jahr.
 - Belieferung der ukrainischen Armee mit: Anti-Schiff-Raketen, Schiffs-Drohnen und Flugabwehrsystemen
 - Finanzielle und persönliche Sanktionen gegen Kremel-Oligarchen
 - Propaganda gegen die Besetzung der Krim, des Donbass und Georgien
 - Unterstützung der Demokratiebewegungen in Weissrussland, und Venezuela
 - Starke Unterstützung der Reformer in Moldawien
 - Publikationen über die Korruption im russischen Regime
 - Verstärkte Finanzierung von Voice of America und Radio Free Europe/Radio Liberty,
 - Förderung der Friktionen zwischen China und Russland
 - Unterstützung für Russische Aktivisten und Influencer gegen Repressionen
 - Propaganda gegen die Behauptung, dass die USA versuchten Russland einzukreisen.
3. Zusammenarbeit mit Russland wo möglich, mit dem Ziel, das militärische Konfrontationsrisiko zu reduzieren – aber nicht auf Kosten eines starken Zurückdrängens des Kremels.

3.2.1 China als grösste Gefahr für die US-Dominanz

Chinas Aufstieg zur stärksten Wirtschaftsmacht der Welt macht die USA nervös. Daneben erstarbt auch Indien immer mehr, während dem Europa zurückfällt. Die Belt and Road Initiative (auch „neue Seidenstrasse“ genannt) von China zum Ausbau der Handelsströme erzeugt in den USA Kopfschmerzen. Dabei handelt es sich um ein Infrastrukturprojekt, das den weltweiten Handel von China mit Europa, Afrika und Asien erleichtern soll. Davon sollen rund 60% der Weltbevölkerung profitieren. Das erzeugt natürlich in den USA Ängste, dass viele Länder von China abhängig würden, und dessen Macht gestärkt würde. Daneben verstärkt China auch die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit westlichen Ländern und erreichte inzwischen auf verschiedensten Gebieten die Technologieführerschaft.

3.3 Krieg gegen China

3.3.1 Wirtschaftskrieg gegen China

Dieser Krieg wurde bereits von US-Präsident Trump gestartet. Im Herbst 2021 begann eine Kampagne gegen China, anhand der Tennisspielerin Peng Shuai, die es sich mit der politischen Führung verdorben hatte und deshalb drangsaliert wurde. Noch mehr Aufsehen erregten dann wirtschaftliche Sanktionen gegen die Firma HUAWEI mit dem Vorwand, sie würde für China Spionage betreiben. Deren Mobil Phones aber auch deren Ausrüstungen für die 5G Infrastruktur wurden in den USA verboten, und andere Länder werden bedrängt sich diesem Boykott anzuschliessen. HUAWEI scheint bezüglich 5G wirklich technologisch führend zu sein. Inzwischen wurden immer weitere Handelsbeschränkungen gegen Chinesische Firmen ausgesprochen sowie Technologieverbote. So dürfen z.B. bestimmte Computerchips nicht mehr weder an China noch an Russland geliefert werden. Nicht nur US-Firmen – auch Firmen in anderen Ländern werden erpresst nicht mehr an China zu liefern. So verboten die USA zum Beispiel einer Niederländischen Firma Produktionsanlagen für die Halbleiterindustrie an China zu verkaufen. China ist jetzt gezwungen auf diesen Gebieten selber Kapazitäten aufzubauen. Derartige Boykottmassnahmen haben für die USA Tradition (Kuba, Iran, Venezuela ...). Die USA haben die Macht auch andere Länder zu zwingen ihre Boykott-Regeln anzuwenden und nutzen diese Macht auch aus.

3.3.2 Brennpunkt Taiwan

Am Ende des chinesischen Bürgerkrieges konnten 1949 die Kommunisten unter der Leitung von Mao die Macht übernehmen. Die unterlegenen Nationalisten unter CHIANG KAI-SHEK zogen sich auf Taiwan zurück. Seither hat sich die Insel wirtschaftlich sehr erfolgreich entwickelt – mit Unterstützung der USA. (Die Insel wurde früher von den ersten dort eintreffenden portugiesischen Seefahrern „Formosa“ – die Wunderschöne genannt.) Nach der Annäherung der USA mit China verlor Taiwan 1971, nachdem es zum Handschlag zwischen Nixon und Mao gekommen war, die UNO-Mitgliedschaft an die Volksrepublik. Seitdem wird Taiwan, die „Republik China“, nur noch von wenigen Staaten anerkannt. Viele Taiwaner wünschen sich eine stabile, internationale Stellung. Die Regierung der Volksrepublik China jedoch betrachtet Taiwan als eine „abtrünnige Provinz“ und droht mit einer militärischen „Rückgewinnung“ der Insel, falls Taiwan sich für unabhängig erklären sollte, obwohl Taiwan noch nie unter der Herrschaft der Volksrepublik China stand. Der wirtschaftliche Austausch zwischen Taiwan und China entwickelte sich jedoch sehr positiv. 2023 arbeiten und studieren 1.5 Mio. Taiwanesen in der Volksrepublik. 50% der Exporte von Taiwan gehen ebenfalls in die Volksrepublik. Taiwan ist heute der weltweit grösste Produ-

zent von Halbleiterchips. Um sich von diese Abhängigkeit zu befreien, haben inzwischen die USA innerhalb kürzester Zeit die Chipfabrik TSMC mit samt den Arbeitnehmern, ihren Familien und Hunden nach Arizona geholt. Im Rahmen der Hegemoniebestrebungen der USA, rüsten die USA Taiwan heute militärisch auf und unterstützen die Taiwanesische Regierung bei ihren Unabhängigkeitsbestrebungen. Inzwischen wird die Opposition, die sich für ein gutes Verhältnis mit Peking einsetzt, von der Regierungspartei unterdrückt. Die Demokratie – für die sich die USA behauptet einzusetzen – leidet Schaden. Die Parteipräsidentin der Kuomintang, Joanna Lei, die heute in der Opposition ist, weist darauf hin, dass die Regierung ein Gesetz aktiviert hat, das es jetzt ermöglicht das Eigentum der Opposition zu konfiszieren [12]. Taiwan wird von den USA auf einen Stellvertreterkrieg gegen Peking vorbereitet.

3.3.3 Vorbereitung auf eine militärische Auseinandersetzung mit China

Im Januar 2023 hat der Luftwaffe-General Mike Minihan in einem Schreiben seine Kommandanten angewiesen, sich auf einen kommenden militärischen Konflikt mit China in den nächsten Jahren vorzubereiten. Er erwartet ab 2025 einen Konflikt um Taiwan [13]. Das wurde in vielen Medien verbreitet, und dürfte kaum ohne Zustimmung „von Oben“ erfolgt sein. Inzwischen erfolgt eiligst eine intensivierete Aufrüstung von Taiwan, Japan und Australien. Auf den Philippinen errichten die USA neue militärische Stützpunkte.

„Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.“

Carl von Clausewitz

3.4 Weltweite Überwachung

Dass die USA weltweit die Kommunikation überwachen, wurde schon lange vermutet. Das bestätigte dann Bradley Manning, der die von der US-Army begangene Untaten verriet. Diese Informationen verbreitete alsdann Julian Assange 2010 über seine Enthüllungsplattform WikiLeaks. Damit geriet Assange in den Fokus der US Justiz. Es wurde klar, dass den USA jedes Mittel zur Verfolgung ihrer Ziele recht ist – selbst gegen „Freunde“. Auch „befreundete“ Regierungen werden abgehört – z.B. Merkels Telefon. 2023 wird aufgedeckt, dass auch der Präsident der UNO Guterres abgehört wird. Gegenreaktionen von den Betroffenen gab es keine – man ist zu stark abhängig vom Big Brother. Auch die Schweiz macht mehr oder weniger aktiv mit. So baute z.B. die Firma Krypto AG in Baar in ihren Codiergeräten

Möglichkeiten ein, die es den Spionagediensten ermöglichte verschlüsselte Nachrichten mitzuhören. Die Firma Krypto AG war im Besitz einer Tarnorganisation des BND (Deutscher Bundes Nachrichtendienst), der eng mit dem NSA zusammenarbeitet.

Heute müssen wir davon ausgehen, dass die USA und ihre Verbündeten in der **Fünf-Augen-Allianz** (USA, Grossbritannien, Kanada, Australien, Neuseeland) weltweit sämtliche Telefone und Internetverbindungen überwachen. Viele Regierungen auch in demokratischen Staaten machen mit, weil sie dabei selber von den gesammelten Informationen profitieren. Auch Elon Musk bestätigte am 16.4.2023, dass die US-Nachrichtendienste vor seiner Übernahme von Twitter «vollen Zugriff» auf Direktnachrichten von Privatpersonen hatten.

Wenn Leute wegen von ihnen geäusserten Meinungen ins Visier von Terroristen geraten, können sie heute möglicherweise dank dieser Überwachung gewarnt und geschützt werden. Das Missbrauchspotential das der „gläserne Bürger“ bietet, darf jedoch auch nicht unterschätzt werden.

4. Heisse Kriege nach dem kalten Krieg

Nach dem Ende des kalten Krieges gelang es den USA im Rahmen mehrerer Kriege ihre Macht auszubauen. Die Gelegenheit war günstig. Die Sowjetunion hatte sich als Weltmacht verabschiedet, Russland war an einer Konfrontation mit den USA weder interessiert noch dazu fähig, und China war noch zu schwach.

Die wichtigsten Kriege sind aus Gründen der Übersichtlichkeit in den **Anhängen A1 - A10** zusammengestellt. Unter den Präsidenten Bush, Clinton und Obama sind die USA innerhalb von 23 Jahren in 9 Länder einmarschiert und haben neben grossen materiellen Schäden auch ca. 11 Mio. tote Zivilisten hinterlassen.

Einen guten Überblick zu diesem Thema bietet das Buch von Naomi Klein [15] „Schockstrategie“.

4.1 Vom Weltpolizisten zum Aggressor

Es wäre zu schön gewesen. Nach dem kalten Krieg, bzw. dem Bankrott des Kommunismus, glaubte man, die dominierende Macht könnte jetzt eine ordnende Rolle spielen und weltweit für Frieden und Sicherheit sorgen. Europa wiegte sich in Sicherheit und begann abzurüsten. Jetzt wollte man die „Friedensdividende“ einfahren, und die zunehmende Globalisierung der Märkte versprach weltweiten „Wohlstand für Alle“. Leider hatte man die Rechnung ohne die Neokonservativen und den industriell-militärischen Komplex in den USA gemacht (siehe die Kapitel 10.1 und 10.3). Diese Kreise wollten die Kontrolle über die weltweiten Ressourcen gewinnen, und die Rüstungsindustrie benötigte für mehr Umsatz mehr Kriege. Nach dem Wegfall der Unterdrückung durch den Kommunismus keimten in Osteuropa alte Rivalitäten zwischen Volksgruppen wieder auf und boten gute Gelegenheiten für die Rüstungsindustrie.

Die Globalisierung ermöglichte vielen Ländern neben den USA wirtschaftlichen Aufschwung. Die US-Industrie sah sich dadurch mit der Zeit vermehrt stärkerer Konkurrenz gegenüber. Vor allem China droht die USA als Wirtschaftsmacht Nr. 1 abzulösen. Statt sich für einen friedlichen Übergang zu einer multipolaren Welt zu engagieren, setzen die USA auf militärische Eindämmung und Abschreckung. Insbesondere Präsident Trump stellte fest, dass die Globalisierung den Chinesen mehr gebracht habe, als den USA. Er begann daher mit Wirtschaftssanktionen und versuchte die Industrien wieder in die USA zurückzuholen. So wollte er die Auslandabhängigkeit reduzieren. Europa stellt verwundert fest: Die vermeintlichen Sicherheitsgarantien durch die USA erweisen sich als trügerisch. Europa wurde zum Vasallen der USA. Wir befinden uns heute in einem Weltwirtschaftskrieg und in einer militärischen Auseinandersetzung, mit der Gefahr einer weltweiten Eskalation.

5. Völkerrecht und Menschenrechte

5.1 „Gerechte Kriege“

Seit alters her wurde immer wieder versucht Kriege zu rechtfertigen. Es scheint so, dass wir Menschen doch noch ein wenig ein schlechtes Gewissen haben, wenn wir Gewalt anwenden. Deshalb suchen wir nach Rechtfertigungen, um unser Verhalten zu legitimieren. Wenn es uns zudem gelingt, den Widersacher zu einem absolut bösen, verabscheuungswürdigen Menschen zu machen, also aus dem Gegner einen bösen Feind zu machen, schwindet jede Hemmung ihn mit allen Mitteln zu vernichten. Es bietet sich dann für uns eine Gelegenheit alle unsere Aggressionen mit gutem Gewissen auszuleben.

„Niemals begeht man das Böse so gründlich und um so freudiger, als wenn man es mit gutem Gewissen tut.“

Blaise Pascal

Wer einen Krieg anzetteln will, tut also gut daran diesen in einem höheren Interesse zu führen, z.B. um die Menschheit von einer bösen Macht zu bewahren. Das gelingt dann am besten, wenn der Gegner den ersten Schuss abgibt. Also wird man ihn solange provozieren, bis er sich zur Wehr setzt, weil er nicht weiter zuschauen will, wie er langsam in eine immer schlechtere Position gedrängt wird. Als Alternative dazu bietet sich eine „Fals-Flag-Aktion“ – also ein Angriff auf das eigene Territorium in Uniformen des Gegners. Das praktizierte z.B. Hitler 1939 durch einen Angriff auf den Sender Gleiwitz durch eigene Soldaten in polnischen Uniformen.

„Seit 5:45 Uhr wird jetzt zurückgeschossen!“

A. Hitler am 01.09.1939

Auch präventiv kann man einen Krieg starten, indem man z.B. dem Gegner unterstellt Massenvernichtungswaffen bereitzustellen. So geschehen 2002 im Irak. Die Vorwürfe erwiesen sich hinterher alle als falsch.

5.2 UNO-Charta Art. 51

Als oberstes Ziel setzt sich die UNO den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren. Das formuliert sie in ihrer Charta in Artikel 1:

„Die Vereinten Nationen setzen sich folgende Ziele:

1. den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren und zu diesem Zweck wirksame Kollektivmassnahmen zu treffen, um Bedrohungen des Friedens zu verhüten und zu beseitigen, Angriffshandlungen und andere Friedensbrüche zu unterdrücken und internationale Streitigkeiten oder Situationen, die zu einem Friedensbruch führen könnten, durch friedliche Mittel nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts zu bereinigen oder beizulegen“

Die vollständige Charta kann man im Internet herunterladen.

Grundsätzlich sollen Konflikte gewaltlos geregelt werden. Selbstverteidigung ist aber in Art. 51 vorgesehen:

„Diese Charta beeinträchtigt im Falle eines bewaffneten Angriffs gegen ein Mitglied der Vereinten Nationen keineswegs das naturgegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung, bis der Sicherheitsrat die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Massnahmen getroffen hat. Massnahmen, die ein Mitglied in Ausübung dieses Selbstverteidigungsrechts trifft, sind dem Sicherheitsrat sofort anzuzeigen; sie berühren in keiner Weise dessen auf dieser Charta beruhende Befugnis und Pflicht, jederzeit die Massnahmen zu treffen, die er zur Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit für erforderlich hält.“

Ein Recht auf präventive Selbstverteidigung sieht die UNO Charta nicht vor. Sie befasst sich auch nur mit **zwischenstaatlichen Konflikten**. Wieweit die Entsendung bewaffneter Banden und irreguläre Söldner, die von einem anderen Staat entsandt werden, einen Kriegsgrund darstellen, ist in der UNO Charta nicht geregelt, bzw. umstritten. Ebenfalls umstritten ist das Recht auf Intervention von aussen, wenn in einem Staat die Menschenrechte nicht gewährleistet sind, bei innerstaatlichen Konflikten, sowie bei einer Sezession. Als im Frühjahr 1994 in Ruanda innerhalb von 90 Tagen ein Siebtel der Bevölkerung von extremistischen Hutu-Milizen umgebracht wurde (1'074'017 Opfer; 90% davon Tutsi), schaute die Welt zu und begann erst zu reagieren, als das Töten vorüber war.

Die UNO in der Zwickmühle:

Die UNO Charta will Kriege zwischen Staaten verhindern. Wenn sich die UNO allerdings gewaltsam in innerstaatliche Konflikte einmischte, müsste jeweils eine Drittmacht eingreifen und dann herrschte Krieg zwischen Staaten, was man ja vermeiden möchte. Zusätzlich stellte sich dann auch

die Frage, auf wessen Seite man von aussen eingreifen würde, welche Interessen von aussen unterstützt würden. Wer soll dann „Weltpolizist“ spielen?

5.3 Humanitäres Völkerrecht

Das humanitäre Völkerrecht kommt dann zur Anwendung, wenn ein bewaffneter Konflikt vorliegt. Unruhen und einzelne Gewaltakte genügen nicht. Das humanitäre Völkerrecht baut auf dem Unterscheidungsprinzip auf: Die Konfliktparteien müssen immer zwischen Zivilbevölkerung und zivilen Objekten einerseits sowie Militär und militärischen Einrichtungen andererseits unterscheiden. Weder die Zivilbevölkerung als Ganzes noch einzelne Zivilisten dürfen direkt angegriffen werden. Angriffe sind nur erlaubt, wenn sie auf militärische Ziele oder Personen, die an den Kampfhandlungen teilnehmen, gerichtet sind. Umgekehrt ist die angegriffene Partei verpflichtet, ihre Zivilbevölkerung so gut wie möglich zu schützen, insbesondere indem sie diese von militärischen Objekten entfernt. Dies schliesst allerdings einen sogenannten «Kollateralschaden», also zivile Tote und Verwundete sowie Zerstörung ziviler Objekte, nicht aus. Jener muss aber im Verhältnis zum militärischen Vorteil stehen (sog. Notwendigkeitsprinzip) und so klein wie möglich gehalten werden (sog. Verhältnismässigkeitsprinzip).

Die Grundsätze der Notwendigkeit und der Verhältnismässigkeit schützen nicht nur die Zivilbevölkerung, sondern gebieten ganz grundsätzlich, dass Kampfmethoden und -mittel so gewählt werden, dass für die Erreichung des militärischen Zieles unnötiges Leid und unnötige Verluste verhindert werden. Mittel und Methoden, die nicht zwischen an der Kampfhandlung beteiligten und unbeteiligten Personen unterscheiden, wie z.B. Grossflächenbombardements, sind verboten. Ebenfalls verboten sind Waffen, die überflüssiges Leid verursachen oder der Umwelt schwere (Langzeit-)Schäden zufügen.

Seit 2002 gibt es einen permanenten **internationalen Strafgerichtshof (IStGH)**. Beigetreten und ratifiziert haben bisher 123 Länder. 27 Länder haben ihn unterzeichnet aber noch nicht ratifiziert. Der Gerichtshof kann über internationale Verbrechen richten; dazu gehören auch schwere Verstösse gegen das humanitäre Völkerrecht (sogenannte **Kriegsverbrechen**). Dazu zählen unter anderem die folgenden Handlungen, sofern sie in Zusammenhang mit einem bewaffneten Konflikt stehen: willkürliche vorsätzliche Tötung, Folter und unmenschliche Behandlung, vorsätzliche Verursachung grosser Leiden, vorsätzliche Angriffe auf die Zivilbevölkerung, Verschleppung oder rechtswidrige Vertreibung von Bevölkerungsgruppen, die Verwendung von verbotenen Waffen oder Methoden der Kriegsführung, oder die Plünderung von öffentlichem oder privatem Eigentum.

Bekämpfung des IStGH durch die USA:

Nicht akzeptiert wird der IStGH von Israel, Russland, Sudan und insbeson-

dere von den USA. Am 3. August 2002 unterzeichnete Präsident Bush den "American Servicemembers' Protection Act – ASPA", der amerikanische Militärangehörige vor der Verfolgung durch den internationalen Strafgerichtshof IStGH schützt. Die IStGH-feindlichsten Bestimmungen des ASPA sind:

- Verbot der amerikanischen Zusammenarbeit mit dem IStGH;
- Bestimmung zur "Invasion von Den Haag", die es dem Präsidenten erlaubt, "alle notwendigen und angemessenen Mittel einzusetzen", um durch den IStGH inhaftiertes US-Personal (und bestimmtes verbündetes Personal) zu befreien;
- Bestrafung von Staaten, die dem IStGH beitreten: Ablehnung militärischer Hilfe an IStGH-Vertragsstaaten (ausser bei wichtigen US-Verbündeten);
- Verbot einer US-Beteiligung an Friedenssicherungseinsätzen, wenn der IStGH dem US-Personal keine Immunität gewährt.

5.4 Menschenrechte

Die Menschenrechte gehen auf die Ideen der Französischen Revolution zurück. Am 26. August 1789 erfolgte die „Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte durch die Französische Nationalversammlung. Am 10. Dezember 1948 proklamierten die Vereinten Nationen (UNO) die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“. Menschenrechte sind Rechte, die jedem einzelnen Menschen zustehen. Ihr Ziel ist es, die Würde des Menschen gegenüber der Willkür des Staates zu schützen. Jede Person, die sich in einem Unterzeichnerstaat aufhält, kann eine Individualbeschwerde beim **Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR)** einreichen. Der EGMR hat seinen Sitz in Strassburg.

Einige besonders wichtige Menschenrechte gelten absolut und dürfen unter keinen Umständen eingeschränkt werden. Typische Beispiele sind das Genozidverbot, das Verbot von Folter und unmenschlicher Behandlung oder Strafe, das Sklavereiverbot und der Grundsatz «keine Strafe ohne Gesetz». Zur Absolutheit einer Garantie gehört, dass sie auch in Zeiten von Krieg und staatlichem Notstand nicht ausser Kraft gesetzt werden darf. Die meisten Menschenrechte gelten jedoch nicht absolut. Für jedes einzelne Recht gibt es klare Bestimmungen, unter welchen Voraussetzungen und in welchem Ausmass dieses eingeschränkt werden darf. So ist es beispielsweise erlaubt, dass der Staat zur Wahrung des öffentlichen Interesses oder in Notstandssituationen die Meinungsfreiheit einschränken darf. Spezifischen Schutz in Kriegssituationen bietet dann aber das humanitäre Völkerrecht. Die Urteile sind für die Vertragsparteien bindend.

Der **UNO-Menschenrechtsrat** wurde im März 2006 als Ersatz für die UNO-Menschenrechtskommission geschaffen. Der Rat mit Sitz in Genf besteht

aus 47 Mitgliedstaaten und ist der UNO-Generalversammlung direkt unterstellt. Der Rat kann, wie zuvor die Menschenrechtskommission, mit absoluter Mehrheit die Entsendung von Beobachtern zur Überwachung der Menschenrechtssituation in einem Mitgliedstaat beschliessen. Weitere Befugnisse hat der Rat nicht.

5.5 Macht und Recht

**„Gerechtigkeit ohne Gewalt ist ohnmächtig.
Gewalt ohne Gerechtigkeit ist tyrannisch“**

Blaise Pascal

„Macht geht vor Recht!“ sagt eine alte Volksweisheit. Es nützt nichts wenn man im Recht ist und nicht Recht bekommt. So hat sich z.B der UNO-Menschenrechtsrat mit überwältigender Mehrheit gegen Sanktionen ausgesprochen: „Sanktionen führen zu schwerwiegenden Verletzungen der Menschenrechte der betroffenen Bevölkerungsgruppen. Mit besonderer Konsequenzen für Frauen, Kinder, Jugendliche, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen.“

Am 2. Nov. 2022 haben in der UN-Generalversammlung 185 Staaten für die Resolution zur Aufhebung der US-Blockade gegen Kuba gestimmt. Lediglich zwei Staaten stimmten gegen die Resolution: die USA und Israel.

Am 15. Mai 2023 kritisierte der palästinensische Präsident Mahmud Abbas in New York vor der UNO die Nichtumsetzung der Resolutionen des UN-Sicherheitsrates und der Generalversammlung, die eine Beendigung der israelischen Besatzung seines Landes fordern. "In Wahrheit beläuft sich die Gesamtzahl der Resolutionen, die von der Generalversammlung, dem Sicherheitsrat und dem Menschenrechtsrat seit 1947 verabschiedet wurden, auf etwa 1.000 – und keine einzige davon wurde umgesetzt", sagte Abbas. Die Weltgemeinschaft sollte Israel nunmehr dazu zwingen, die UN-Resolutionen entweder zu respektieren oder die UNO zu verlassen, forderte Abbas abschliessend.

5.5.1 Ethik und Moral als Waffe

„Im Zeitalter der Demokratie ist die Ethik eine Waffe, derer sich jedermann bedienen kann.“

Robert Michels, 1920

Vor allem starke Mächte müssen sich nicht fürchten wegen Kriegsverbrechen oder Vorstößen gegen die Menschenrechte bestraft zu werden. Fürchten davor müssen sich nur Kriegsverlierer und Vertreter von Kleinststaaten. US-Amerikaner und deren Söldner sind z.B. durch den ASPA geschützt (siehe Kap. 5.3). Notfalls würden sie gar durch einen Militäreinsatz befreit.

Die Rechtsbrüche in Afghanistan, im Kosovo, im Irak, Guantánamo, der Umgang mit Assange, etc. hatten für kein westliches Land oder deren Helfer Konsequenzen. China weist jegliche Kritik bezüglich Tibet, die Uiguren oder die Anwendung der Todesstrafe von sich. Bezüglich Nord-Korea haben wir uns längst daran gewöhnt, dass dort andere Rechte herrschen. Egal was für Rechte den Frauen in Saudi-Arabien zustehen, das Land ist weiterhin ein gern gesehener Öllieferant.

Es gibt auch immer wieder Kreise, die von der Schweiz fordern ihre Neutralität aufzugeben – diese sei unethisch in Anbetracht aktueller Kriegsverbrechen. Es gibt auch Amerikaner, die der Schweiz Feigheit vorwarfen, dass sie im zweiten Weltkrieg nicht gegen Deutschland in den Krieg eingetreten sei.

Zur Erklärung der unterschiedlichen Erpressungsmethoden:

Der **gewalttätige Erpresser** droht: „Wenn du nicht tust, was ich will, werde ich dir gegenüber Gewalt anwenden.“

Der **ethische, oder moralische Erpresser** droht: „Wenn du nicht tust, was ich will, bist du eine unethischer Mensch – schäme dich, alle werden dich verachten und ich werde dafür sorgen, dass dich die andern verachten, ich werde dich auf eine **schwarze Liste** setzen!“

Der **emotionale Erpresser** droht: „Wenn du nicht tust, was ich will, liebe ich dich nicht mehr. Du wirst schuld sein, dass ich mich schlecht fühle. Du wirst auch schuld sein, wenn ich mich zu Tode hungere.“

Der **ans Gewissen und meine Ehre appellierende Erpresser** versucht mir einzureden, ich müsste eine Vorbildrolle übernehmen und hätte mit gutem Beispiel voranzugehen ...

Erpresser sind sie alle – nur die Methoden sind unterschiedlich.

Erfolgreiche Abwehrhaltung: Der selbstsichere Mensch sagt: „Ich will weder Vorbild sein noch als „guten Menschen“ bewundert oder geliebt werden. Ich fühle mich auch nicht für deine schlechten Gefühle verantwortlich. Und falls du gegen mich aktiv werden solltest, werde ich mich zur Wehr setzen.“

6. Der aktuelle Ukrainekrieg

6.1 Die Vorgeschichte

Die Ukraine selbst – ein Vielvölkerstaat – sah sich nach der Auflösung der Sowjetunion als Mittler zwischen dem Westen und Russland [24]. Die Ukraine wurde von den USA aber auch von Russland stets als strategisch sehr wichtig angesehen. Für die US-Strategen war es daher oberste Priorität die Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und Russland zu sabotieren. Dazu wurden antirussische Organisationen in der Ukraine massiv unterstützt. Viktoria Nuland (Aussenstaats-Sekretärin der USA) plante, organisierte und finanzierte einen Aufstand nach ihren Angaben mit 5 Milliarden US\$ (Milliarden, nicht Millionen!). Sie war erfolgreich. Die demokratisch gewählte Regierung Janukowytsch wurde 2014 mit dem Majdan-Protest gestürzt. Wiktor Janukowytsch flüchtete sich ins Exil. Die Nachfolgeregierung betrieb dann eine strikt antirussische Politik. Das Ukrainische wurde als alleinige Sprache im öffentlichen Raum vorgeschrieben – alle anderen Sprachen verboten. Speziell Russisch, aber auch Rumänisch, Ungarisch und Polnisch wird auch in den Minderheitsgebieten nicht mehr geduldet. Der Stützpunktvertrag mit Russland für den Flottenstützpunkt Sewastopol auf der Krim sollte nicht mehr verlängert werden. Das Resultat war eine Sezession der russischsprachigen Ostgebiet, und Russland annektierte die Krim (ohne einen einzigen Schuss abzugeben!). Im Donbass begann drauf ein blutiger Sezessionskrieg. Die ukrainische Armee war aber zu schwach, um diese Gebiete wieder unter Kiew Kontrolle zu bringen, und auch die Lust der Soldaten auf ihre Landsleute zu schießen war begrenzt. Deshalb arbeitet die Regierung in Kiew seither auch mit rechtsextremen Nationalisten zusammen – speziell mit dem ASOW-Regiment – und versucht die abtrünnigen Provinzen mit militärischen Mitteln wieder unter ihre Kontrolle zu bringen. Die abtrünnigen Provinzen wurden ihrerseits von Russland wirtschaftlich und logistisch – aber nicht mit Truppen – unterstützt. Auch die CIA stellte damals dazu fest: Russland ist nicht in den Donbass eingedrungen. Die USA hatten gehofft Sewastopol als Stützpunkt für ihre Flotte übernehmen zu können. Das russische Militär vertrieb dann aber die sich bereits auf dem Weg dorthin befindlichen US-Schiffe mit einem starken Aufgebot. Weitere Details siehe [17] und [18].

6.2 Das Minsker Abkommen

Die neue Regierung von US Gnaden in Kiew war zu schwach um die verlorenen Gebiete zurück zu erobern, und Russland (Putin) nicht interessiert den Bürgerkrieg in der Ukraine weiter eskalieren zu lassen. Nach einem ersten Waffenstillstand im Sept. 2014, der nicht hielt, wurde im Feb. 2015 auf Initiative Frankreichs und Deutschlands ein weiteres Abkommen geschlos-

sen. „Minsk II“ sah einen Waffenstillstand und Verhandlungen vor. Insgesamt umfasste das Abkommens 13 Punkte. Wichtigster Punkt: Waffenstillstand in den Gebieten Donezk und Luhansk. Ausserdem wurde eine Pufferzone eingerichtet. Dort dürfen sich keine schweren Waffen befinden. Zwischen 50 und 140 Kilometer müssen diese hinter die Frontlinie gebracht werden. Die Entfernung hängt vom Kaliber der Waffen ab. Diese Grenze wurde bei einem ersten Treffen in Minsk im September 2014 beschlossen. Die OSZE sollte den Abzug der Waffen und die Waffenruhe überwachen. Auch ausländische Kämpfer und Söldner sollten nach dem Minsker Abkommens die Ukraine verlassen. Die beiden Regionen Donezk und Luhansk sollten einen Sonderstatus bekommen. Ausserdem sollten Wahlen stattfinden, die international überwacht würden. Das Abkommen wurde nicht umgesetzt. Der Bürgerkrieg schwelte weiter und bis 2022 produzierte er ca. 15'000 Tote. Die USA rüsteten die Ukraine weiter auf. Das geschah nicht über die NATO, sondern verdeckt. Andernfalls wäre bei der NATO Einstimmigkeit erforderlich gewesen. Zudem unterhielten die USA in der Ukraine auch mehrere Biolabore für militärische Forschung. Nach dem Beginn der russischen „Sonderoperationen“ zeigte sich dann Viktoria Nuland besorgt, dass diese nicht den Russen in die Hände fallen dürften. Angela Merkel, François Hollande, Petro Poroschenko und dann auch Zelensky gaben später (2022) zu, dass sie gar nie daran gedacht hätten, das Abkommen umzusetzen – sie benötigten einfach mehr Zeit, um die Ukraine aufzurüsten. Nach diesem Vertrauensverlust wird es schwierig sein mit Russland je wieder Abkommen zu schliessen.

6.3 Nord Stream

Neben der bereits existierenden Nord Stream 1 Gas-Pipeline sollte eine zweite Pipeline gebaut werden. Diese Nord Stream 2 Gas-Pipeline (von Russland durch die Ostsee nach Deutschland) wurde von den USA – und natürlich auch von Polen und der Ukraine ab Beginn bekämpft, weil sie diese Länder um die Transitgebühren gebracht hätte. Den USA aber war jegliche Zusammenarbeit von Deutschland mit Russland ein Dorn im Auge. Sie warfen Deutschland vor, sich zu stark in russische Abhängigkeit zu bringen. Massive US-Sanktionen und weltweite Drohungen gegen alle Firmen, die sich am Bau der Pipeline beteiligten, führten beim Bau zu Verzögerungen. Trotzdem gelang es Russland das Werk 2021 allein fertig zu stellen. Dann mischte sich die EU ein und befahl vor der Inbetriebnahme einen zusätzlichen Zertifizierungsprozess. Das führte zu weiteren Verzögerungen. US Präsident Biden drohte zudem, bei einem russischen Angriff auf die Ukraine werde er dafür sorgen, dass diese Leitung nie in Betrieb gehe. Am 26. Sept. 2022 wurden dann beide Pipelines (1 und 2) von „Unbekannten“ gesprengt. Die Resultate staatlicher Nachforschungen über die Urheber werden bis heute nicht veröffentlicht.

Einen aufsehenerregenden Bericht über diese Sprengung publizierte der frühere CIA-Mitarbeiter Seymour Hersh am 8. Feb. 2023. Demnach handelte

es sich um eine gemeinsame Aktion der USA mit Norwegen. Natürlich wurde das von offizieller Seite umgehend dementiert. Im Juni 2023 werden wieder neue Geschichten verbreitet, die „beweisen“ sollen, dass die Ukraine hinter der Sprengung steckt, und die USA hätten versucht sie davon abzuhalten. Ob das als Zeichen gedeutet werden kann, dass die USA damit beginnt sich von Selensky abzuwenden und nun einen Schuldigen sucht, um nicht selber des Terrors verdächtigt zu werden? Die Wege der Propagandisten sind wunderbarlich. Wer erklärt sie mir?

6.4 Wolodimir Selensky

Dieser frühere Schauspieler und Komiker wurde 2019 in Kiew mit einem Rekordergebnis – allerdings bei niedriger Wahlbeteiligung – zum Präsidenten gewählt. Er hatte als Quereinsteiger eine dezidiert gegen das Establishment gerichtete Kampagne gefahren und dabei Frieden im Donbass versprochen sowie eine Ukraine ohne Korruption und ohne Armut. Die Ukraine bleibt aber auch unter seiner Präsidentschaft weiterhin ein korruptes Land. Auch die Kämpfe im Donbass gingen unvermindert weiter. Zudem wurde inzwischen bekannt, dass Selenski selber grosse eigene Vermögen ins Ausland geschafft hatte [19]. Das war nicht illegal, aber schlecht für das Vertrauen in ihn. Es scheint, dass er inzwischen sehr unter dem Druck von ukrainischen Nationalisten steht, die alles Nicht-Ukrainische bekämpfen. Vom Westen wird er hofiert und zum Widerstand gegen Russland ermutigt. Seine Kritiker behaupten, er sei weiterhin Schauspieler. Er spiele jetzt „Präsident“, und das Drehbuch werde in den USA geschrieben.

6.5 Schrittweise Eskalation

Im Verlaufe von 2021 nahmen die Provokationen und Gegenreaktionen in und um die Ukraine kontinuierlich zu. So führte die Ukraine im März 2021 eigentliche Rassengesetze ein, die anderen Ethnien bürgerliche Rechte aberkennt – speziell Russen. Zudem bereitete sich Kiew offiziell darauf vor den Donbass und die Krim zurückzuerobern. Gegen den Donbass marschierte die Ukraine mit ca. 110'000 Soldaten auf, und die Artillerieangriffe gegen die abtrünnigen Gebiete wurden verstärkt. Russland führte neben der Ukraine Manöver durch und zog ebenfalls Truppen zusammen. Putin forderte vom Westen Sicherheitsgarantien, dass die Ukraine nicht der NATO beitreten werde und machte Vorschläge für ein friedliches Nebeneinander. Der Westen lehnte alle Gesprächsangebote ab. Putin wurde schlicht ignoriert und gedemütigt. Am 10. Nov. unterzeichnen der US Aussenminister Antony J. Blinken und der Ukrainische Aussenminister Dmytro Kuleba in Washington ein Abkommen über eine strategische Partnerschaft gegen Russland, in dem die USA der Ukraine umfangreiche wirtschaftliche und militärische Unterstützung zusichert – insbesondere zur Rückgewinnung der Krim sowie Donetsk und Luhansk.

6.6 „Sonderoperationen“

Ab dem 16. Februar 2022 intensivierte die Ukrainische Armee ihre Artillerieangriffe auf den Donbass, wobei sie viele zivile Einrichtungen zerstörte [20]. Acht Tage, nach den verstärkten ukrainischen Angriffen, startete Russland am 24. Februar 2022 den Angriff an mehreren Fronten auf die Ukraine und versuchte Kiew in einem Blitzkrieg zu erobern. Putin rechnete dabei offenbar mit einem Aufstand der Ukrainer gegen die eigene korrupte Regierung Selenski. Dieser Aufstand fand aber nicht statt, und der russische Angriff endete mit einem grandiosen Scheitern. Die Welt wundert sich seither über die Schwächen der russischen Armee. Die Ukrainer waren seit dem Minsker Abkommen (2015) von den USA gut vorbereitet worden und auch nachrichtendienstlich bestens unterstützt. Die russische Armee zog sich rasch zurück und verlor viele der kurz zuvor eroberten Gebiete. Sie konzentriert sich seither auf den Donbass und den Süden mit einer strategisch wichtigen Landverbindung zur Krim.

Putin berief sich für sein Handeln auf den Artikel 51 der UNO-Charta, der eine militärische Intervention als Schutzmassnahme vorsieht, nachdem alle anderen Massnahmen nichts nützen. Das sah er als erwiesen an, nachdem der Waffenstillstand (Minsk II) gebrochen, die russisch-sprachige Bevölkerung weiter sanktioniert, die Angriffe auf die abtrünnigen Gebiete im Donbass intensiviert, sowie alle Gesprächsangebote vom Westen ignoriert worden waren. Im Westen wird diese Argumentation allerdings nicht akzeptiert. Das russische Eingreifen wird als „Bruch des Völkerrechts“ verurteilt. Die USA und die NATO reagierten mit massiven Wirtschaftssanktionen und intensivierten die Waffenlieferungen an die Ukraine. Die Nordstream-Pipeline wird gesprengt (siehe oben). Der Krieg entwickelt sich zu einem Abnützungs- und Grabenkrieg ähnlich demjenigen im ersten Weltkrieg. Putin hatte sich verspekuliert. Die Verteidigung der Ukraine war von den USA wesentlich besser vorbereitet worden, als das die Russen erwartet hatten. Dazu kam es, wie sich hinterher auch zeigte, zu Verrat in den eigenen Reihen. Den Amerikanern war es gelungen den Russischen Nachrichtendienst zu unterwandern [21]. Putin startete daher in der Russischen Militärführung ein Köpferollen und setzte die Geheimdienstchefs ab. Als erfolgreichste Einheit, die rasch militärische Erfolge erzielen konnte, erwies sich dann die private Söldnereinheit Wagner.

Im April 2022 kam es dank Türkischer und Israelischer Vermittlung zu geheimen Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine. Ein fertiger Waffenstillstandsvertrag lag vor. Der Westen – allen voran der britische Premier Minister – nötigte Selenski jedoch den Vertrag nicht zu unterzeichnen und versprach weitere militärische Hilfe „bis zum Sieg“.

Seither geht der Krieg mit verbissener Härte weiter. Der Westen liefert zwar umfangreiche Unterstützung, vermeidet es aber selbst formell in den Krieg verwickelt zu werden. Auch im Juli 2023 tobte der Krieg unvermindert weiter. Die Ukraine startete mit US-Unterstützung eine Gegenoffensive und beginnt die Kampfhandlungen auch auf russisches Gebiet auszuweiten.

6.7 Ukrainische Korruption und Russophobie

Die Ukraine galt seit langem als das korrupteste Land in Europa. Das wurde auch von der EU kritisiert. Die Ukrainischen Regierungen wurden jahrelang von der EU in ihrem Kampf gegen die Korruption unterstützt – ergebnislos! Auch die NATO befand noch 2021, dass die Ukraine zu korrupt sei, um aufgenommen zu werden.

Innerhalb der Ukraine entwickelte sich das Regime zu einer korrupten Diktatur. Seit dem Ausbruch der Kampfhandlungen hat sich die Situation für die Opposition noch verschärft. Sie wird massiv unterdrückt und es herrscht eine fanatische Russophobie. In Odessa wurde z.B. sogar die Statue der ehemaligen Russischen Zarin Katharina der Grossen entfernt – der Gründerin der Stadt. Neben dem Verbot aller Nicht-Ukrainischen Sprachen wird jetzt auch die Russische Kirche verfolgt. Beten auf Russisch ist nicht mehr erlaubt.

6.8 Auswirkungen des Ukrainekrieges auf die USA und Europa

Die US Regierung betrachtet diesen Krieg als eine sehr günstige Gelegenheit Russland zu schaden, ohne eigene Soldaten zu verlieren. Zudem ergeben sich für die amerikanische Rüstungsindustrie einmalige Geschäftsmöglichkeiten, sowie die Möglichkeit neue Waffensysteme unter realen Gefechtsbedingungen zu testen. Durch die durch die Sprengungen der Nord Stream Pipelines verursachte Energieverknappung und die nachfolgende Preisexplosion auf dem Energiemarkt wurde die Europäische, vor allem die Deutsche Konkurrenzfähigkeit stark beeinträchtigt. Das ist gut für die US-Industrie. Deutsche Firmen wandern in andere Länder ab (USA, China ...). Die westlichen Länder unterstützen die Ukraine mit massiven Waffenlieferungen und finanziellen Zuwendungen. Allein die USA leisteten 2022 militärische und humanitäre Hilfe im Umfang von 113 Milliarden US\$. Ein Grossteil der europäischen Finanzhilfe fließt allerdings nicht in die Ukraine, sondern zu den US Waffenschmieden. Im Dezember 2022 forderte denn auch die US-Regierung Deutschland auf, die versprochenen Gelder endlich frei zu geben, damit die Ukraine die US Waffen bezahlen könne.

Westeuropa ist zudem mit Ukrainischen Flüchtlingsströmen konfrontiert, die nicht nur finanzielle Belastung zur Folge haben, sondern auch zu sozialen Spannungen führen – speziell, wenn Einheimische ihre Wohnungen verlassen müssen, um Flüchtlingen Platz zu machen. Da die Ukrainer Sonderprivilegien erhielten, geben sich nun auch viele Migranten aus andern Teilen der Welt als Ukrainer aus.

Der EU-Aussenbeauftragte Josep Borell bestätigte am 3. Juni 2023 auf einem Sicherheitsforum in Singapur, dass von der EU 60 Milliarden Euro für Unterstützungsleistungen an die Ukraine geflossen sind. Zusammen mit der Sanktionspolitik seien der EU total 700 Milliarden Kosten entstanden.

7. Weltwirtschaftskrieg

Auch gegen ihre eigenen Verbündeten führen die USA einen Wirtschaftskrieg. Das „Zeitalter der Globalisierung“ ist vorbei. Insbesondere unter Präsident Trump (America First!) begannen sich die USA vom freien Handel, aber auch vom Völkerrecht, abzuwenden. Das bekamen neben den Chinesen auch die Europäer zu spüren. Handelshemmnisse wurden aufgebaut, Verträge gebrochen und die eigene Industrie mit Milliardensubventionen unterstützt. Mit dem im August 2022 beschlossenen „Inflation Reduction Act“, der eigentlich ein „Import Reduction Act“ ist, wollen die USA heimische gegenüber ausländische Produzenten bevorteilen. Das geschieht nicht über Zölle, sondern über Subventionen. Dem gegenüber wirkt die EU ratlos.

7.1 USA gegen die europäischen Rüstungsindustrie

Einige Beispiele: Australien wollte U-Boote kaufen und zwar solche mit konventionellem Antrieb. 2016 unterzeichneten es einen Vertrag mit Frankreich für 12 U-Boote für 56 Mia. Euro. Frankreich hatte ursprünglich Atom-U-Boote angeboten, war dann aber bereit diese auf konventionellen Antrieb umzurüsten. Nach dem Abschluss des Vertrags gelang es den USA jedoch – mit welchen Mitteln auch immer – Australien zum Kauf amerikanischer Atom-U-Boote zu bewegen. Australien trat vom Vertrag mit Frankreich zurück und bestellte 5 Atom-U-Boote in den USA. Das führte zu einer diplomatischen Verstimmung zwischen Frankreich und den USA. Die Schweiz aber auch andere europäische Länder planten in den letzten Jahren den Kauf neuer Kampfflugzeuge. Die Schweiz evaluierte dabei mehrere Typen. In der Endphase ging es um ein französisches und ein US-Angebot. Die Franzosen lagen „gut im Rennen“. Die Verteidigungsministerin entschied sich dann aber zum Ärger anderer Departemente überraschend für das amerikanische Modell. Das amerikanische Angebot sei finanziell sehr günstig und das Flugzeug moderner. Dieser Entscheid hatte auf andere Europäische Länder Signalwirkung. Unter anderen entschied sich dann auch Deutschland für das amerikanische Modell. Allerdings beinahe zum doppelten Preis. Die Schweiz bekam offenbar ein „Lockvogelangebot“. Das „modernste“ Jagdflugzeug hat allerdings einige Macken. Es existiert eine Liste mit ca. 800 Mängeln, die die Lieferfirma noch beheben müsse. Die Europäer hatten nach dem kalten Krieg ihre Rüstungsindustrie vernachlässigt, und dazu kamen noch nationale Rivalitäten. Gemeinsame Rüstungsprojekte zwischen Frankreich und Deutschland kamen nur sehr langsam voran, oder scheiterten ganz. Selbst innerhalb Deutschlands streiten sich Firmen wem der Panzer Leopard „gehöre“ (Kraus Maffei gegen Rheinmetall). Das alles kann der US-Rüstungsindustrie nur Recht sein.

7.2 Boykottpolitik und Erpressung

Das ist ein von der US Kriegsführung häufig eingesetztes Instrument . Es wurde immer wieder gegen unliebsame Regierungen angewendet. Als starke Wirtschaftsmacht sind die USA in der Lage auch andere Länder zur Heeresfolge zu zwingen. Andernfalls riskieren diese ebenfalls boykottiert zu werden. So trauen sich heute z.B. auch schweizerische Firmen nicht dem Iran zivile Güter zu liefern (z.B. Personenzüge), weil sie sonst von den USA boykottiert werden. Auch ist es heute allen westlichen Versicherungsgesellschaften verboten, russische Schiffe zu versichern. Firmen mit US-Niederlassungen sind dabei natürlich besonders gefährdet, riskieren sie doch sonst in den USA enteignet zu werden. Das gilt vor allem auch für die Banken und Versicherungen. Reiche Russen werden heute – auch wenn sich nichts mit Putin zu tun haben – boykottiert und enteignet. (Beispiele: Viktor Veksel-berg, Roman Abramovitsch, Andrei Melnitschenko, ...)

Boykotte verfehlen allerdings manchmal ihre Wirkung. So führte z.B. das Erdgasembargo gegen Russland zu einer weltweiten Verteuerung der Energie, so dass Russland am Ende trotz reduziertem Export mehr verdiente als vor dem Boykott. Den Schaden hatten die Europäer – vor allem Deutschland. Den Nutzen haben die USA, die jetzt teures LNG liefern können und deren Wirtschaft sich nun einer geschwächten deutschen Konkurrenz gegenüber sieht. Das Ölembargo gegen Russland hat zur Folge, dass Russland jetzt mehr günstiges Öl nach Indien exportiert. Indien arbeitet es auf und exportiert dann Diesel, Benzin und weitere Erdölprodukte teuer nach Europa und vor allem in die USA. Zum grössten Abnehmer von russischem Öl ist inzwischen Saudi Arabien geworden. Es macht damit gute Geschäfte und kann seine eigenen Ölreserven schonen.

7.2.1 UN Menschenrechtsrat gegen Sanktionspolitik

Seit 2017 haben die USA Finanz- und Exportsanktionen gegen Venezuela verhängt, um das Land von seiner Haupteinnahmequelle dem Erdölexport abzuschneiden. 2021 berichtete Alena Doughan, die UN Sonderberichterstatterin zu den Auswirkungen auf die Wahrnehmung der Menschenrechte, über „verheerende Auswirkungen“ dieser Sanktionen auf die Bevölkerung.

8. Die Finanzierung der US Kriegsführung

8.1 Inflation

Die USA sind massiv verschuldet und der Schuldenberg vergrössert sich laufend. Wenn der Staat droht zahlungsunfähig zu werden, erhöht das Parlament jeweils einfach wieder die Schuldenobergrenze. Das ist immer auch eine Gelegenheit für die Opposition von der Regierung Zugeständnisse abzuverlangen. Ans Zurückzahlen der Schulden denkt niemand. Letztlich führt das zu Inflation, weil immer mehr Geld in den Umlauf kommt, obwohl nicht mehr produziert wird. Das wird dann letztlich von den Sparern und Kreditgebern finanziert. Die USA sind zwar absolut, gemessen am Bruttoinlandprodukt international nicht die grössten Schuldner. Dazu einige Zahlen des IWF für 2019:

Verschuldung in % des Bruttoinlandproduktes:

- Japan: 238%
- Griechenland: 181%
- Italien: 135%
- USA: 109%
- Frankreich 98%
- Deutschland 60%
- China 53%
- Schweiz: 21%
- Norwegen -115%

Im Jahr 2019 betrug Japans Staatsverschuldung 238 Prozent des BIP. Das heisst: Die gesamte Volkswirtschaft müsste 2,38 Jahre arbeiten und die Erlöse vollständig an die Gläubiger des japanischen Staats abgeben, um die Staatsschuld zu tilgen. Allerdings fallen während dieser Zeit natürlich weitere Schuldzinsen sowie staatliche Ausgaben an. Demgegenüber profiliert sich Norwegen. Dieses Land hat das grösste Vermögen angehäuft und könnte sich 1.15 Jahre Ferien leisten.

8.2 Gerichtsverfahren

Als „Weltpolizist“ verurteilen die USA immer wieder Firmen für begangene oder angebliche Verbrechen in anderen Teilen der Welt zu hohen Bussen - auch wenn die angeblichen Verbrechen nichts mit den USA zu tun haben. Banken sind in den USA besonders gefährdet. Kurz nach dem Ende des kalten Krieges, als die USA 1995 zur Ansicht kamen, dass die Schweiz für sie nicht mehr so relevant sei, startete der Jüdische Weltkongress (JWC) eine Schlammschlacht gegen die Schweizer Banken. Diese sahen sich zur Zahlung von 1.2 Mia SFr. gezwungen und mussten zukünftig von den USA aufgezwungene Regeln akzeptieren. 2008 distanzierte sich dann Avram

Burg – der frühere Vorsitzende des JWC – von der Kampagne gegen die Schweizer Banken: „Ich bedaure, dass ich am Kampf gegen die Schweizer Banken teilgenommen habe.“ Es war ein Kuhhandel. Bei den Verhandlungen ging es um Geld, nicht um die Suche nach der historischen Wahrheit (NZZ vom 24.2.2008). Die Banken aber waren jetzt angeschlagen und gerieten immer wieder mit US-Gesetzen in Konflikt, die die USA weltweit durchsetzen will. Sicher verstecken kann man Geld nur noch in den USA in Delaware. Auch sehr viele Firmen haben ihre Hauptsitze nach Delaware verlegt.

Ein weiteres Beispiel: Zementkonzern Holcim: Die frühere Syrische Lafarge Tochterfirma liess sich 2013/14 in Syrien vom Islamischen Staat zu Abreden erpressen, damit sie ihre dortige Geschäftstätigkeit weiter führen konnte. 2022 wurde dann der schweizerische Zementkonzern Holcim nach der Übernahme von Lafarge in den USA zu einer Busse von 778 Mio. US\$ verurteilt. (Hinweis: im Syrienkrieg unterstützen die USA auch Terrorgruppen gegen Assad – aber das ist natürlich etwas ganz anderes.)

8.3 Beschlagnahmung von Gütern und Devisen

Beispiele: Nach dem Rückzug aus Afghanistan beschlagnahmten die USA die **Devisenreserven der Afghanischen Nationalbank** und verteilte das Geld an Nachkommen von Opfern der Anschläge auf das World Trade-Centers. (Afghanistan hatte nachweislich nichts mit diesen Anschlägen zu tun.)

Vier Iranische Tanker wurden 2020 von den USA auf offener See geentert und in die USA entführt. Mehr als 1 Mio. Barrel Öl wurden dabei erbeutet. Die Tanker waren auf dem Weg vom Iran nach Venezuela. Gegen beide Länder hatten die USA in eigener Regie Sanktionen verhängt.

Diebstahl von Öl in Syrien: Im Nordosten von Syrien haben die USA Truppen stationiert (siehe Syrienkrieg). Das dort geförderte Öl exportieren sie via den Irak, wo sie ebenfalls Besatzungstruppen stationiert haben. Steuern von allen US-Bürgern werden auch in allen Ländern weltweit von den USA eingefordert.

Beschlagnahmung von Gütern von Oligarchen: Seit dem Beginn der „Spezialoperationen“ haben die USA und die EU damit begonnen Vermögenswerte von Russischen Firmen und Staatsbürgern zu sperren und teilweise zu beschlagnahmen. Sie sollen für den Wiederaufbau der Ukraine verwendet werden. Länder, die diese Sanktionen nicht im Sinne der USA umsetzen, werden ebenfalls mit Sanktionen belegt. Das hat aber teilweise auch eine kontraproduktive Wirkung. Putin selbst stört das nicht. Er zeigt sich sogar schadenfreudig. Russen, die ihr Geld ins Ausland transferierten, statt in Russland anzulegen, waren ihm nie sympathisch. Inzwischen verbleiben auch wieder vermehrt Vermögenswerte in Russland. Die US-Sanktionen haben durch ihre Politik den Abfluss von Geldern aus Russland gestoppt.

Der Propaganda - Krieg

Das erste Kriegsoffer ist bekanntlich immer die Wahrheit. Beide Seiten verbreiten Propaganda, und es ist für den Einzelnen schwierig sich eine einigermaßen objektive Meinung zu bilden. Auch hier in der Schweiz sind wir einer intensiven Propaganda ausgesetzt. In unseren Medien läuft seit längerem eine intensive Propaganda gegen Russland, und seit dem russischen Angriff im Februar 2022 wird besonders einseitig berichtet. Der Empfang russischer Informationskanäle wurde im Westen stark eingeschränkt, und in den Mainstream Medien werden „falsche“ Meinungen zensiert. In der Folge haben diese Medien daher stark an Glaubwürdigkeit verloren.

Wer nicht russlandkritisch argumentiert und/oder gar auf Ungereimtheiten hinweist, wird sehr rasch als „Verschwörungstheoretiker“ bezeichnet, oder als „Putinverstehler“ abgekanzelt. Damit erübrigt es sich dann auf sachliche Einwände einzugehen.

Die Meinungsäusserungsfreiheit wird zunehmend eingeschränkt.

Künstler mit russischem Bezug dürfen nicht mehr auftreten, Professoren mit „falschen“ Ansichten, werden entlassen und viele Medien, die sich Ärger ersparen wollen, berichten nur noch russlandkritisch.

In Deutschland riskiert man inzwischen vor Gericht zu kommen, wenn man den „Angriffskrieg von Putin“ nicht verurteilt. So wurde z.B. ein Autofahrer zu einer Busse verurteilt, weil er mit einem Z-Symbol an der Heckscheibe durch Hamburg fuhr. Ein deutscher Reporter, der sich in russisch besetzte Gebiete begab und von dort berichtete, verlor nach seiner Rückkehr seine Stelle. Er hatte dabei den russischen Angriff nicht gutgeheissen, sondern versuchte sachlich über die dortige Situation zu berichten.

Ende Mai 2023 verurteilte das Amtsgericht in Köln eine Frau zu einer Strafe von 900.- Euro, weil sie den Krieg gegen die Ukraine befürwortet hat. Das Gericht befand, die Frau habe bei einer prorussischen Demonstration am 8. Mai 2022 in Köln den Krieg „für andere wahrnehmbar gutgeheissen und befürwortet.“

Die Russischen Medien (z.B.: Russia Today RT) kann man heute in vielen NATO-Ländern nicht mehr empfangen. In der Schweiz ist das gegenwärtig aber noch möglich. Im Gegensatz dazu soll Russland angeblich die westlichen Nachrichtenkanäle nicht blockieren.

Bewährte Manipulationsmethoden:

Herrmann Göring sagte anlässlich des Nürnberger Kriegsverbrecherprozesses zum amerikanischen Gefängnispsychologen Gustave M. Gilbert: „Ob mit oder ohne Stimmrecht, das Volk kann immer dazu gebracht werden, den Befehlen der Führer zu folgen. Das ist ganz einfach. Man braucht nichts zu tun, als dem Volk zu sagen, es würde angegriffen, und den Pazifisten ihren Mangel an Patriotismus vorzuwerfen und zu behaupten, sie brächten das Land in Gefahr. Diese Methode funktioniert in jedem Land.“

10. Wirtschaftliche Verflechtungen sowie religiöse und ethnische Gruppen beeinflussen die Politik der USA

Die Politik der USA kann man nur verstehen, wenn man den Einfluss der wichtigsten wirtschaftlichen, religiösen und ideologischen Strömungen berücksichtigt. Einen besonders grossen Einfluss haben heute neben der Rüstungsindustrie die sog. Neokonservativen und die Evangelikalen. Natürlich spielen auch weitere Ideologien und andere wirtschaftliche Interessengruppen wichtige Rollen. Auf diese wird hier aus Platzgründen nicht weiter eingegangen.

10.1 Der militärisch-Industrielle Komplex

Popularität erlangte der Begriff durch den US-Präsidenten **Dwight D. Eisenhower**, der in seiner Abschiedsrede vom 17. Januar 1961 ausdrücklich vor den Verflechtungen und Einflüssen des militärisch-industriellen Komplexes in den USA warnte. Eisenhower, der selbst einst Generalstabschef der Armee gewesen war, betrachtete den militärisch-industriellen Komplex als eine Gefahr für die demokratischen Institutionen und die Demokratie. Durch die Einwirkung dieses Komplexes auf Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft könne die politische Führung veranlasst werden, Konflikte eher militärisch als politisch lösen zu wollen und damit als verlängerter Arm der Lobby der Rüstungsindustrie agieren: *„Wir in den Institutionen der Regierung müssen uns vor unbefugtem Einfluss – beabsichtigt oder unbeabsichtigt – durch den militärisch-industriellen Komplex schützen. Das Potential für die katastrophale Zunahme fehlgeleiteter Kräfte ist vorhanden und wird weiterhin bestehen. Wir dürfen es nie zulassen, dass die Macht dieser Kombination unsere Freiheiten oder unsere demokratischen Prozesse gefährdet. Wir sollten nichts als gegeben hinnehmen. Nur wachsame und informierte Bürger können das angemessene Vernetzen der gigantischen industriellen und militärischen Verteidigungsmaschinerie mit unseren friedlichen Methoden und Zielen erzwingen, so dass Sicherheit und Freiheit zusammen wachsen und gedeihen können.“*

Auch Präsident Trump äusserte sich zu diesem Thema: «Macht euch nichts vor», erklärte der US-Präsident in einem Interview mit «FoxNews» am 19. Mai 2019: *„Der militärisch-industrielle Komplex liebt Kriege. Er wolle überall Truppen hinschicken und nie welche zurückziehen“*. In Syrien würde der Komplex am liebsten Tausende US-Soldaten lassen, während er jetzt angeordnet habe, dass nur einige Hundert bleiben. Er selber bevorzuge Wirtschaftskriege.

10.2 Evangelikale

Heute gehören 30% der US Bevölkerung Kirchgemeinden an, die der „National Association of Evangelism“ angeschlossen sind. Sehr grossen Einfluss bekamen diese unter der Präsidentschaft von George W. Bush, der sich zu den wiedergeborenen Christen bekannte. Die extremen unter den Evangelikalen glauben, dass jegliches Handeln auf der Basis ihres Glaubens Irrtümer ausschliesst. Sie bekämpfen die Evolutionslehre und setzen sich für den Bibelunterricht an den Schulen ein. Sie glauben, dass Jesus als Messias nicht wiederkehren wird, als bis das ganze Land Israel unter jüdischer Herrschaft steht. Das erklärt den gewaltigen Einsatz, den sie für Israel leisten. Mit grossen Summen unterstützen sie daher jüdische Siedler in den besetzten Gebieten und setzen alles daran einen Palästinenserstaat zu verhindern. Sie sind aber letztlich nicht am Überleben des Staates Israel interessiert. Sie interessieren sich für den „jüngsten Tag“. Ihre Vision ist, dass dann die Juden zum Christentum konvertieren oder zur Hölle fahren.

10.3 Neokonservative

Der Neokonservatismus ist eine Strömung, die seit George W. Bush einen grossen Einfluss auf die gesamte Innen- und Aussenpolitik der USA hat. Ihre Exponenten stammen aus liberal-jüdischen und katholischen Kreisen. Einer ihrer Gedankenväter ist Leo Strauss (1899 – 1973). Er vertritt unter anderem die Ansicht, dass es eine natürliche Hierarchie der Menschen gibt, und die verstehende Elite die essentielle Wahrheit der menschlichen Gesellschaft und Geschichte innehaben soll. Die Gesellschaft braucht Lügen vor allem über die Natur der politischen Realität.

In der Regierung George W. Bushs hatten Neokonservative Politiker einen grossen Einfluss: z.B.: Eliot A. Cohen, Richard Perle, Paul Wolfowitz, Douglas Feith, John Bolton. Der führende Think Tank der Neokonservativen ist das American Enterprise Institut (AEI). Richard Cohen beschrieb in der Washington Post, dass die Demokratische Partei zu 60% und die Republikanische zu 35% von jüdischen Pro-Israel-Fundraising-Organisationen finanziert wird. Heute ist das Judentum die zweithäufigste Religion in den Vereinigten Staaten und die Juden sind in der Politik und in der Wirtschaft prominent vertreten z.B.: Aktuelle Regierungsmitglieder: Antony Blinken (Aussenminister), Janet Jellen (Finanzen), Merrick B. Garland (Justizminister), Isabel Guzman (Direktorin Mittelstandsbehörde), Ron Klain (Stabschef); Weitere Einflüsse im Regierungsumfeld: Victoria Nuland (Staatssekretärin für politische Angelegenheiten), Robert Kagan (verheiratet mit V. Nuland und einflussreicher Politikberater). Die Tochter des früheren Präsidenten Trump konvertierte zum Judentum und heiratete Jared Corey Kushner.

Die wichtigste Organisation, die sich in den USA für Israel einsetzt, ist die AIPAC (American Israel Political Action Committee). Sie wurde 1954 als Nachfolgeorganisation früherer zionistischer Gruppen gegründet. Deren Ziel ist es, durch gezielte Lobbyarbeit die wirtschaftliche und militärische

Unterstützung Israels durch die Vereinigten Staaten zu sichern und auszubauen. Die USA unterstützen Israel jährlich mit 3.8 Mia. US\$. In der Ukrainischen Regierung, sind ebenfalls einige Juden vertreten: Selensky (Präsident), Denys Schmyhal (Ministerpräsident), Vital Klitschko (Parteigründer, Bürgermeister von Kiew). Wie weit das in der gegenwärtigen Situation eine Rolle spielt, ist offen. Trotz deren Einfluss wird heute in der Ukraine Stepan Bandera als Nationalheld gefeiert. Bandera war während dem Zweiten Weltkrieg ein überzeugter Nazi und aktiv an der Judenvernichtung beteiligt. Israel hält Distanz zur Ukraine. Israels Premier Netanjahu weigert sich trotz Druck aus den USA an Kiew Offensivwaffen zu liefern. Er will nicht riskieren, dass diese in iranische Hände geraten. Die Ukraine sei ihm zu korrupt. [37]

10.4 Islam

Im Vergleich mit den Evangelikalen und dem Judentum haben islamische Kreise in den USA heute wenig Einfluss. Der Bevölkerungsanteil der Muslime ist jedoch stark im Steigen begriffen. Sie wird Prognosen entsprechend bis 2040 in den USA zur zweithäufigsten Religion werden. Dem Islam gegenüber begegnet man heute in den USA eher mit Misstrauen.

10.5 Der Kampf der Kulturen

1996 publizierte Samuel P. Huntington sein Buch „The Clash of Civilizations“ [22]. Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes – so Huntington – sei die Weltpolitik multipolar und multikulturell geworden; nicht mehr Ideologien, sondern Kulturen bestimmten die Weltordnung. Der Westen müsse, um neue weltweite Konflikte zu vermeiden, auch andere kulturelle Wertvorstellungen berücksichtigen. Es sei ein Irrtum Modernisierung mit westlicher Kultur oder Verwestlichung gleichzusetzen. Die Werte des Westens würden in anderen Kulturkreisen nicht als universelle Werte anerkannt. Im Buch heisst es dazu: „Der Westen eroberte die Welt nicht durch die Überlegenheit seiner Ideen und Werte oder seiner Religion (zu der sich nur wenige Angehörige anderer Kulturen bekehren liessen), sondern vielmehr durch seine Überlegenheit bei der Anwendung von organisierter Gewalt. Oftmals vergessen Westler diese Tatsache; Nichtwestler vergessen sie niemals.“

Huntington prognostizierte, die Macht des Westens werde „verblassen“ und nichtwestliche Kulturen würden im Rahmen einer Indigenisierung wieder aufleben. Der Westen werde bis in die ersten Jahrzehnte des 21. Jahrhunderts hinein der mächtigste Kulturkreis bleiben und danach auf einzelnen Gebieten wie Wissenschaft und Forschung sowie technologischer Entwicklung eine führende Rolle haben. Die Kontrolle über andere Macht-Ressourcen werde jedoch zunehmend auf die Kernstaaten nichtwestlicher Kulturkreise übergehen.

Huntingtons Ideen sind stark umstritten.

10.6 Probleme mit „auserwählten Völkern“

„Jeder Ort, auf den eure Fusssohle treten wird, wird euch gehören: von der Wüste und dem Libanon und vom Strom, dem Strom Euphrat an, bis an das westliche Meer wird euer Gebiet sein. Kein Mensch wird gegen euch bestehen.“

Das fünfte Buch Mose, 11

Sich auserwählt wähnende Völker nehmen für sich seit jeher Sonderrechte in Anspruch, um über andere zu herrschen und sie auszubeuten. Älteste Berichte über derartige Ansprüche und daraus abgeleitete Rechtfertigungen für Gewalttaten kann man in der Bibel („altes Testament“) nachlesen. Während der Kolonialzeit wähnten sich europäische Staaten auf Grund ihrer „Überlegenheit“ im Recht auf dem afrikanischen und amerikanischen Kontinent Völker zu unterjochen, zu versklaven und auszubeuten. In Fernost war das Britische Empire besonders erfolgreich (speziell in Indien und China). Der Opiumkrieg ist in China bis heute nicht vergessen. Im zweiten Weltkrieg glaubten die Deutschen Nationalsozialisten an ihre „Herrenrasse“, der sie mehr Lebensraum verschaffen wollten. Japanische Nationalisten nahmen sich das Recht in China riesige Menschenmassen zu ermorden. Heute sehen sich in den USA die Neocons dazu berufen in der ganzen Welt die dominierende Rolle zu spielen.

11. Mahnende Stimmen

11.1 Die Thukydides-Falle

Der Griechische Historiker Thukydides vertrat die Ansicht, dass der Krieg zwischen Sparta und Athen unvermeidlich war, weil Sparta seine Vormachtstellung durch das erstarkende Athen gefährdet sah. Zu dieser Theorie stellte eine Harvardstudie fest, dass wenn dominierende Mächte ihren Einfluss verloren, es wirklich selten ohne Krieg ging. Während den letzten 500 Jahren kam es dabei in 12 von 16 Fällen zu einem Krieg. Der Zerfall der Sowjetunion erfolgte überraschenderweise ohne Blutvergiessen. Der begonnene Niedergang der USA erscheint diesbezüglich aber viel gefährlicher.

11.2 Kritik aus den USA

Der ehemalige US-Aussenminister **Henry Kissinger** warnte bereits 2014 vor einer Osterweiterung der NATO: „Meine Einschätzung war damals, dass die Ukraine am besten neutral geblieben wäre.“ Er ist zudem nicht der Meinung, dass alle Schuld bei Putin liegt. Kissinger warnt auch vor einem Atomkrieg zwischen China und den USA. Der Konflikt um Taiwan könnte in einer Weise eskalieren, die niemand mehr kontrollieren kann [23].

Ganz scharf ins Gericht mit der US-Politik geht **Robert Kennedy** – der Neffe des früheren Präsidenten John F. Kennedy. In einem Video erklärte er am 17. Mai 2023 die Hintergründe des Krieges und warum „Hunderttausende junge Ukrainer ins Schlachthaus getrieben werden.“ Kennedy sieht den Ukrainekrieg als einen Stellvertreterkrieg zwischen den USA und Russland, der von der NATO, speziell aber von den USA, provoziert wurde [23]. Die USA hatten nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion die Abrüstungsverträge einseitig gekündigt, die NATO entgegen früheren Versprechungen schrittweise bis an die Russische Grenze ausgeweitet und 14 frühere russische Satellitenstaaten aufgenommen. Selensky wurde als Friedenspräsident gewählt, dann aber von Ukrainischen Ultranationalisten und den US-Neocons – speziell Victoria Nuland – dazu gebracht, auf Krieg zu setzen. Nuland war es auch, die dafür gesorgt hat, dass die USA aus den Nuklearverträgen ausgestiegen ist. Statt sich mit den Russen an den Verhandlungstisch zu setzen, hat die USA 130 Milliarden US\$ in diesen Stellvertreterkrieg gepumpt. Präsident Biden hat zugegeben, dass es bei diesem Krieg darum gehe Russland zu schwächen, damit es nicht mehr in der Lage ist irgendwo anders auf der Welt zu kämpfen. Das Pentagon gibt zu, dass die Ukraine bis jetzt mehr als 300'000 Soldaten verloren hat. Die Russen töten die Ukrainer im Verhältnis 7:1. Sie haben 10 mal mehr Artillerie. Die Ukrainische Infrastruktur ist zerstört, die Arbeitslosigkeit beträgt 60%, und das alles für die Phantasie der US Regierung. Soweit die Ausführungen von Robert Kennedy.

Ein weiterer scharfer Kritiker der US-Politik ist **John J. Mearsheimer**, Professor für Politikwissenschaften an der Universität Chicago. Er bezeichnet diesen Krieg als mehrdimensionale Katastrophe, die sich in absehbarer Zeit noch erheblich verschlimmern wird. Er sieht die USA in erster Linie verantwortlich für die Verursachung der Ukrainekrise.

Der Ex-CIA-Mitarbeiter **Raymond McGovern** ist ebenfalls ein scharfer Gegner der US-Außenpolitik [27].

Am 16. Mai 2023 veröffentlichte die „**New York Times**“ eine ganzseitige Anzeige. Der Text ist von 14 hochrangigen US-Sicherheitsexperten unterzeichnet. Die Überschrift lautet „Die USA sollten eine Kraft für den Frieden in der Welt sein“. Die Autoren rufen Präsident Biden auf, seine „volle Macht zu nutzen, um den Russland-Ukraine-Krieg schnell und diplomatisch zu beenden, insbesondere angesichts der ernststen Gefahren einer militärischen Eskalation, die ausser Kontrolle geraten könnte“.

Die US-Sicherheitsexperten erinnern: „Die unmittelbare Ursache für diesen katastrophalen Krieg in der Ukraine ist die russische Invasion. Doch die Pläne und Aktionen, die Nato bis an die Grenzen Russlands auszudehnen, haben dazu geführt, russische Ängste zu schüren. Und die russische Führung hat diesen Punkt 30 Jahre lang immer wieder betont. Ein Versagen der Diplomatie hat deshalb zu diesem Krieg geführt. Jetzt ist Diplomatie dringend gefragt, um den Russland-Ukraine-Krieg zu beenden, bevor er die Ukraine ganz zerstört, und das Überleben der Menschheit in Gefahr bringt.“

11.3 Weitere Stimmen

Der **Papst** in Rom hat sich bisher sehr staatsmännisch verhalten. Er ruft im Ukrainekrieg zu Verhandlungen auf und stellte fest, dass nicht nur Russland die Schuld trifft. Er sei bereit beide Seiten zu besuchen – Kiew und Moskau. Das kam in Kiew nicht sehr gut an.

Der ungarische Ministerpräsident **Viktor Orban** rebelliert immer wieder erfolgreich gegen die Vorgaben, die ihm Brüssel macht [25]. Er kritisiert die Sanktionen gegen Russland als unwirksam und selbstschädigend. Er setzt sich primär für sein eigenes Land ein und kritisiert die EU-Politik als nicht nachhaltig und gefährlich. Viel Lob erhält Orban dafür vom US-Ökonomen **Jefferey Sachs**. Der meint Orban sei der einzige europäische Politiker, der die Lage in der Ukraine richtig einschätze und der wisse, dass der sinnlose Krieg durch die NATO-Erweiterung ausgelöst wurde. Er kritisiert Europa dafür, dass es gegenüber Russland und den USA zweierlei Mass anlege: „Russland hat seinen europäischen Verbündeten geholfen, Napoleon, den preussischen Militarismus und Nazi-Deutschland zu besiegen. Europa muss deshalb versuchen seine Beziehungen zu Moskau wieder zu normalisieren. Dazu muss es aber seine zweideutige Haltung gegenüber Russland aufgeben. Die USA haben in den vergangenen Jahrzehnten mehr Kriege vom Zaun gebrochen als jedes andere Land. Steht die Europäische Union noch

in Kontakt mit den Vereinigten Staaten? Ja. Sollte sie planen, ihre Beziehungen zu Russland wieder zu normalisieren? Selbstverständlich!“

Auch der französische Ministerpräsident **Emanuel Macron**, weicht von der Kriegsrhetorik der NATO ab – lässt es aber bei Worten bleiben.

Auch **China** hält sich zurück und publizierte einen Friedensplan mit Waffenstillstand und Verhandlungen.

Eine **Friedensbewegung hat sich in Deutschland** mit den Aushängeschildern Sarah Wagenknecht, Alice Schwarzer und Ex-Brigadegeneral Erich Vad gebildet. Sie hat im Parlament aber kaum Einfluss und wird von den Medien wenig beachtet.

12. Weltwirtschaftliche Veränderungen

12.1 Ende der Globalisierung

Jake Sullivan, der nationale Sicherheitsberater von Präsident Biden, kritisiert die wirtschaftspolitischen Ideen der letzten Dekaden scharf. Ganze Lieferketten strategischer Güter, Industrien und Arbeitsplätze seien ins Ausland abgewandert. An Stelle von Freihandel gilt jetzt das Zauberwort „Resilienz“ für die Gestaltung der weltwirtschaftlichen Beziehungen. Die Zeit der Deregulierung und des freien Handels scheint Geschichte zu sein. Hinter der neuen Politik steckt die Furcht vor dem Aufstieg Chinas. China und die USA distanzieren sich vom Freihandel und verstossen inzwischen mehr oder weniger offen gegen die WTO-Regeln. Die USA will im Wettstreit gegen China auch Europa miteinbinden, und selbst USA-freundliche Stimmen sprechen von einer Vasallisierung Europas durch die USA. Europa ist aber mit China eng verflochten, und Politiker warnen davor, dass Europas grüner Übergang ohne China nicht möglich ist. Die EU bezieht 98% der Rohstoffe, die für die Batterieherstellung benötigt werden, aus China und bei den Solarpanels hat China einen Marktanteil von 75%.

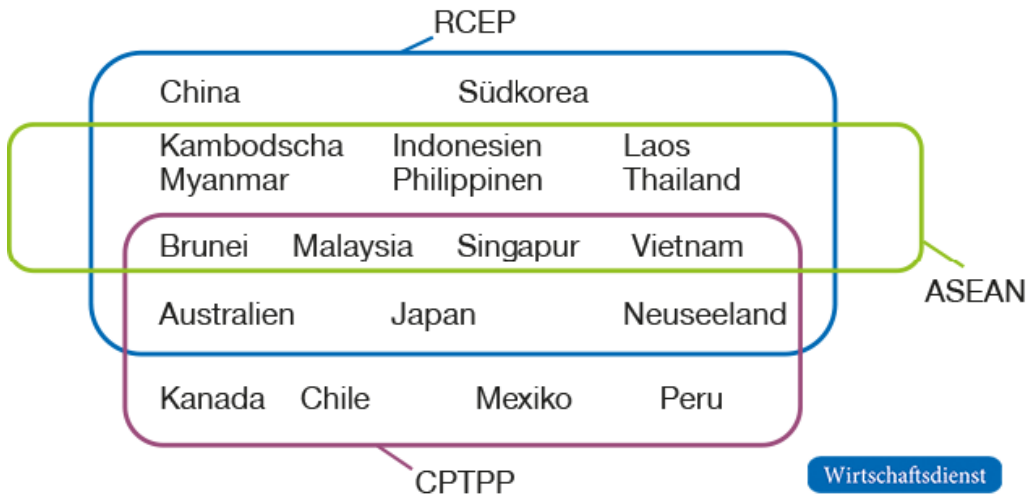
12.2 Neue starke Wirtschaftsblöcke sind entstanden

Die USA haben sich mit ihrer Weltmachtpolitik viele Feinde gemacht. Andere Länder sind inzwischen wirtschaftlich stärker geworden und haben begonnen sich zusammenzuschliessen. Mit der Blockierung und Beschlagnahmung russischer Vermögenswerte und dem Ausschluss Russlands aus dem internationalen Zahlungsverkehr ist die Bereitschaft Vermögen bei US-Banken (aber auch Schweizer Banken!) anzulegen gesunken. Alternative Finanzsysteme sind am Entstehen. Der US-Dollar dürfte als Leitwährung in absehbarer Zeit an Bedeutung verlieren oder gar abgelöst werden.

12.2.1 Wirtschafts-Abkommen im Asiatischen Raum

Im Folgenden die heute wichtigsten Handelsabkommen. Man beachte: bei keinem dieser Abkommen sind die USA dabei.

Die **ASEAN** (Association of Southeast Asian Nations) wurde 1967 gegründet und ist bis heute auf zehn Mitgliedstaaten angewachsen: Brunei, Indonesien, Kambodscha, Laos, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Singapur, Thailand, Vietnam. Diese zehn Mitgliedstaaten umfassen mit über 600 Millionen Einwohnern circa 8 % der Weltbevölkerung.



Das **RCEP** (Regional Comprehensive Economic Partnership) Handelsabkommen entstand, als die ASEAN Staaten mit China, Indien und weiteren Staaten eine Freihandelszone planten. Indien zog sich dann zurück. Das Abkommen trat im Januar 2022 in Kraft. Es wurde von 15 Staaten unterzeichnet und stellt das weltweit grösste derartige Abkommen dar. Es betrifft knapp 30% des Welthandels. Die USA und Europa sind nicht dabei.

Der Handelspakt **CPTPP** (Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership) wurde 2018 von 6 Vertragsstaaten ratifiziert. Er umfasst derzeit elf Mitgliedsstaaten, dazu gehören Australien, Kanada, Chile, Mexiko, Japan, Brunei, Malaysia, Neuseeland, Peru, Singapur und Vietnam. Diese Länder stehen für 13.4% des weltweiten BIP und 480 Mio. Menschen. Das Abkommen entstand, nach dem Austritt der USA aus dem TPP, der zwar im Februar 2016 unterzeichnet wurde, dann aber nach dem Rücktritt der USA nicht in Kraft trat. Inzwischen interessieren sich auch die folgenden Länder für einen Beitritt: Grossbritannien, Thailand Kolumbien, Indonesien Südkorea und Taiwan.

12.2.2 Weitere Wirtschaftsabkommen

Die BRICS-Staaten umfassen die Länder: **B**rasilien, **R**ussland, **I**ndien, **C**hina, **S**üdafrika (Total 3.1 Mia. Einwohner). Diese Staaten versuchen sich alle möglichst aus der Amerikanischen Umklammerung zu lösen und den Dollar als Leitwährung zu umgehen. Sie sehen sich als Gegengewicht zu den G7-Staaten und wollen eine eigene Entwicklungsbank sowie eine eigene Weltbank gründen. Inzwischen wollen 19 weitere Länder beitreten [28]: Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emiraten, Ägypten, Algerien, Argentinien, Mexiko, Nigeria, Iran, sowie weitere. Bezüglich Wirtschaftsleistung werden die BRICS-Staaten die G7 nächstens überholen. Bis es

ihnen gelingt den US Dollar abzulösen, wird es noch einige Zeit dauern. Die bisherige Politik der USA wird diesen Prozess aber beschleunigen. Logischerweise haben die USA daher bereits begonnen BRICS-Kandidaten mit Wirtschaftssanktionen zu drohen.

Die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) (englisch Shanghai Cooperation Organisation, SCO) ist eine Internationale Organisation mit Sitz in Peking. Sie wurde 2001 gegründet und ging aus den 1996 gegründeten Shanghai Five hervor. Ihr gehören die Volksrepublik China, Indien, Iran, Kasachstan, Kirgistan, Pakistan, Russland, Tadschikistan und Usbekistan an. Die SOZ beschäftigt sich mit der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten sowie Wirtschafts- und Handelsfragen und der Stabilität in der Region. Derzeit vertritt die SOZ circa 40% der Weltbevölkerung, und stellt damit die weltweit größte Regionalorganisation dar. Seit Dezember 2004 hat die SOZ Beobachterstatus bei den Vereinten Nationen.

12.3 Zusammenarbeit zwischen Russland und China

Genau das, was die USA eigentlich immer vermeiden wollte, ist inzwischen eingetreten: Russland wurde den Chinesen „förmlich in die Arme getrieben“, sagen Kritiker der US Politik. China unterstützt zwar Russland nicht militärisch, aber die Handelsbeziehungen werden immer enger und die Transportwege werden ausgebaut. Beobachter sind der Ansicht, dass auch China nicht an einem zu starken Russland interessiert sei, sondern es sich als günstigen Rohstofflieferanten erhalten möchte. Zudem soll Russland den Chinesen in der kommenden militärischen Auseinandersetzung mit den USA den Rücken frei halten.

12.4 Mehr Distanz zu den USA

Nach dem bestialischen Mord am Journalisten Jamal Khashoggi – einem Kritiker des Saudi Arabischen Regimes – am 2. Oktober 2018 in Istanbul, bezeichnete Präsident Biden den Saudischen Kronprinzen Mohammed bin Salman als „Mörder,“ und mit Mördern spricht man bekanntlich nicht. Nach den gegen Russland verhängten Sanktionen pilgerte Biden dann doch nach Saudi Arabien, um bei Salman um eine höhere Förderquote für Öl zu betteln. Salman bleibt aber auf Distanz. Inzwischen versöhnte sich Salman mit chinesischer Vermittlung wieder mit dem Iran und Syrien. Syrien wurde inzwischen sogar wieder in die Arabische Liga aufgenommen. Die USA haben sich im Nahen Osten viele Feinde gemacht, und nichts vereint so sehr wie ein gemeinsamer Feind.

Auch die Türkei pflegt vermehrt Distanz zu den USA. Nachdem sie russische Flugabwehrsysteme beschafft hatte, weigerten sich die USA bestellte

F35 Kampfflugzeuge zu liefern. Inzwischen blockiert die Türkei die Aufnahme von Schweden in die NATO. Die Türkei kann man wohl nur noch als Pro-Forma NATO-Mitglied bezeichnen.

Auch Ungarn will heute trotz EU-Mitgliedschaft gute Beziehungen mit Russland, weigert sich die Sanktionen der EU gegen Russland mitzutragen, und blockiert Waffenlieferungen an die Ukraine.

13. Was die US-Strategie unterstützt, bewusst oder unbewusst, geplant oder ungeplant

„**Nützliche Idioten**“ Dieser Ausdruck stammt von Lenin. Damit meinte er alle Gutgläubigen, die seine Revolution unterstützten, obwohl sie darunter leiden werden. Damit meinte er insbesondere auch Geschäftemacher: „Die Kapitalisten werden sich darum reißen, uns die Stricke zu liefern, an denen wir sie dann aufhängen werden.“

Bei vielen emotional aufgeheizten Bewegungen ist es nicht immer klar, was dahinter steckt. Oft sind es ernstzunehmende Bedenken, oft aber auch gezielt angeheizte Emotionen, die für, oder gegen verdeckte Interessen instrumentalisiert werden. Manchmal braucht es auch nur einen Anstoss von Aussen, um eine bestimmte Bewegung zu aktivieren. Dann entwickelt sich eine Eigendynamik, die nicht mehr kontrollierbar ist. Wie das funktioniert, hat Peter Metzinger in seinem Buch Business Campaigning beschrieben.

Im Rahmen der sog. „hybriden Kriegsführung“ spielt neben den militärischen und wirtschaftlichen Massnahmen auch die psychologische Kriegsführung eine bedeutende Rolle. Kunst und Kultur kommen neben den Massenmedien wichtige Rollen zuteil. Nach Antonio Gramsci geht es darum die „Kulturelle Hegemonie“ zu erreichen.

13.1 Die Schwächung der europäischen Wirtschaft

13.1.1 Expansion, Bürokratisierung und Zentralisierung der EU

Die rasche Expansion der EU durch Länder, die die Aufnahmebedingungen eigentlich nicht erfüllten, vor allem aber die Einführung des Euros erzeugte viele Probleme, die Europa als Ganzes schwächt. Dazu entstand eine übermächtige Bürokratie, die vor allem die mittelständischen Betriebe stark belastet. Zyniker behaupteten früher: Die Franzosen und Engländer machen die Normen und Gesetze, die Italiener ignorieren sie, die Deutschen halten sie ein, und die Schweizer verschärfen sie noch.

13.1.2 Einführung des Euro

Mit der Einführung des Euros konnten die unterschiedlichen Volkswirtschaften ihre Handelsbilanzen nicht mehr durch unterschiedliche Wechselkurse ausgleichen. Das führte zur Verschuldung von wirtschaftlich schwachen Ländern z.B. Griechenland, und entsprechend politischen Spannungen. Dazu kommt die Verschuldungspolitik der Europäischen Zentralbank, was zu immer mehr Inflation führt.

13.1.3 **Korruption und Kriminalität**

Bei der Präsidentin der Europäischen Zentralbank (EZB) Christine Lagarde handelt es sich um eine gerichtlich verurteilte Straftäterin. Im Dezember 2016 wurde Lagarde – damals noch Präsidentin des IWF – vor Gericht des fahrlässigen Umgangs mit öffentlichen Geldern schuldig gesprochen. Die Richter in Paris verzichteten jedoch darauf, eine Strafe zu verhängen. Sie begründeten dies mit der "Persönlichkeit" Lagardes und ihrem "internationalen Ansehen". Das Urteil könnte eine neue Führungsdebatte beim IWF auslösen. 2019 wurde dann Lagarde Präsidentin der Europäischen Zentralbank (EZB).

Der neueste Korruptionsskandal erschütterte die EU im Dezember 2022. Eine Vice-Präsidentin des EU-Parlaments, Eva Kaili, sowie drei weitere Verdächtige wurden wegen des Verdachts auf Korruption und Geldwäsche in Untersuchungshaft gesetzt. Insider behaupten, das sei nur die Spitze eines Eisberges. Das EU-Parlament hat inzwischen einen ersten Reformplan für die Korruptionsprävention vorgelegt.

Die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen wurde im April 2023 in Belgien strafrechtlich verklagt. Die Anzeige wirft ihr "Amtsanmassung und Titelmisbrauch", "Vernichtung öffentlicher Dokumente" sowie "illegale Interessenvertretung und Korruption" vor. Von der Leyen soll per SMS direkt mit Pfizer-CEO Albert Bourla an den Mitgliedsstaaten und der Kommission vorbei zusätzliche Pfizer-Dosen im Wert von 1,8 Milliarden Euro ausgehandelt haben. Mit dem "Pfizer-Deal" habe sich von der Leyen "ohne jegliches Mandat" angemasst, sich an die Stelle der Mitgliedsstaaten zu setzen. Sie habe "direkt und geheim" unter anderem per SMS mit dem CEO von Pfizer Impfstoffkaufverträge ausgehandelt.

Die Bürger sind im täglichen Leben mehr mit „Kleinkriminalität“ (Diebstahl, Überfälle, Vergewaltigung und Mord) konfrontiert, die im Zusammenhang mit den vielen Migranten aus fremden Kulturen anwuchs. Das wird aber von vielen Politikern und teilweise auch von den Medien tabuisiert.

13.2 **Politische Bewegungen**

Die folgenden Bewegungen beeinträchtigen zum Teil die Europäische Wirtschaft und zum Teil auch die politische Handlungsfähigkeit der Europäer.

13.2.1 **Die Klimabewegung**

Diese Bewegung engagiert sich für einschneidenden Massnahmen gegen die befürchtete Klimaerwärmung – speziell für die Eindämmung des CO₂-Ausstosses. Auf diesen Zug sind viele Parteien aufgesprungen und übertreffen sich heute mit zum Teil kontraproduktiven Forderungen. Politiker ohne jeden Sachverstand trafen Entscheide, die z.B. in Deutschland zur Folge haben, dass das Land heute mehr CO₂ produziert als früher, und viele Betriebe abwandern oder schliessen. Es ist nicht immer klar, welche Interessen dahinter stecken, wer diese Bewegungen finanziert, und wie viele

nützliche Idioten sich durch geschickte Kampagnen haben anstecken lassen. Neben Greta Thunbergs Bewegung „Fridays für Future“ treten die Klimakleber „The last Generation“ noch militanter auf. Die Klimakleber sind aus den USA gesteuert und finanziert. Der „Climate Emergency Fund“ (CEF), ist eine amerikanische Organisation, die Spenden sammelt und damit weltweit Gruppen fördert, die sich gegen die Erderwärmung einsetzen. Der CEF wird von der US-Steuerbehörde IRS als gemeinnützige, steuerbefreite Organisation anerkannt. Siehe dazu: <https://www.climateemergencyfund.org>. Als Direktorin amtiert Margaret Klein Salamon, PhD. Wie weit neokonservative Kräfte dahinter stecken, ist unklar. Dieser kalifornische Fond unterstützt seit der Gründung 2019 laut offizieller Website Organisationen, die „zivilen Ungehorsam in ihrer Strategie verankert haben“. Die „Letzte Generation“ in Europa gibt an, den „Grossteil der Mittel für Recruitment, Training und Weiterbildung aus dem „Climate Emergency Fund“ zu erhalten. Als die Berliner 2023 über ein Klimagesetz abstimmen konnten, das die Stadt bereits 2030 hätte Klimaneutral machen sollen, wurde dafür mit 1.2 Mio. Euro Spenden geworben. 380'000 Euro davon kamen aus den USA. (Das Gesetz fand dann trotzdem keine Zustimmung.) Teilweise haben sich auch kirchliche Kreise durch die Klimabewegung instrumentalisieren lassen und fordern inzwischen: „Klimagerechtigkeit jetzt!“.

13.2.2 Die Anti-Atomkraft-Bewegung

Die Anti-Atom-Bewegung wurde ursprünglich speziell in Deutschland von der DDR gefördert. Das beschreibt Bettina Röhl, die Tochter von Ulrike Meinhoff, in ihrem Buch „So macht Kommunismus Spass“. Die Abschaltung und die Verhinderung von Neubauten von Kernkraftwerken schwächt Deutschlands wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit, und ist somit heute im Interesse der US-Industrie. Das Ausweichen auf viel teurere „nachhaltige“ Energien kostet enorme Summen und belastet dadurch die deutsche Wirtschaft. Am Ende kauft Deutschland die fehlende Energie aus französischen Kernkraftwerken, aus polnischen Kohlekraftwerken, oder es kauft teures Fracking-Gas aus den USA. Erstaunlicherweise ist die Anti-AKW-Bewegung vor allem in deutschsprachigen Ländern aktiv. Dass die Angst vor Kernkraftwerken nach den Unglücken in Tschernobyl und Fukushima angestiegen ist, ist nachvollziehbar. Inzwischen werden aber auf der ganzen Welt wieder AKWs gebaut – selbst in Japan. Nur Deutschland schaltet gute und sicher funktionierende AKWs ab und produziert wieder vermehrt Strom in Kohlekraftwerken. Natürlich wird auch die sogenannte „nachhaltige Energie“ (Sonne und Wind) ausgebaut. Deren Leistung ist aber unzuverlässig, und sie kann die enormen Energiemengen (Bandenergie), die bisher von Kernkraftwerken produziert wurden, nicht liefern. Das ist schlecht für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands und daher im Interesse der US-Industrie. Erste Firmen ziehen nun von Deutschland weg in Richtung China und USA. Die Präsidentin der EU-Kommission von der Leyen möchte jetzt – wohl im Auftrag der USA? – den Wegzug nach China mit Investitionsverboten unterbinden.

13.3 Die schrankenlose Zuwanderung

Die schrankenlose Zuwanderung fremder Ethnien seit Jahren verursacht nicht nur sehr hohe Sozialkosten, sondern auch ethnische und religiöse Spannungen, sowie einen eklatanten Anstieg der Kriminalität. Die fremden „Fachkräfte“ fördern das Staatswachstum und schaden der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Landes. Wer Deutschland oder anderen Ländern schaden will, fördert das. Politiker, die sich dagegen stellen, werden diffamiert. Merkels Spruch „Wir schaffen das!“ hört man heute immer seltener. Das Problem ist aber da und verschärft sich täglich weiter. Ganz extrem hat sich in Schweden die Kriminalität unter Migranten entwickelt. Auch in deutschen Grossstädten gibt es inzwischen Quartiere, in denen die Scharia gilt und in die sich die Polizei nicht mehr hinein traut. Seit eigenen Landsleuten Mitwohnungen gekündigt werden, um darin Migranten unterzubringen, steigt der Unmut gegen die Migranten zusätzlich. Um den Wegzug von Deutschen, die die Nase voll haben, zu erschweren, hat man inzwischen die happigen „Wegzugssteuern“ erhöht. Das erinnert in fataler Weise an die sog. „Reichs-Flucht-Steuer“ mit der das Nazi-Regime einst die zur Ausreise gezwungenen Juden zusätzlich ausnahm.

13.4 Kultureller Niedergang und Zerfall

„Reichtum führt nie zu Selbstvertrauen. Reichtum führt eine Zivilisation zu Selbstzweifeln und Willensschwäche.“

Branco Weiss, Unternehmer

13.4.1 Rückgang der Bildungsqualität

In allen Gegenden mit einem grossen Anteil an Migranten ist ein Rückgang des Bildungsniveaus zu beobachten. Wenn die Kinder in einer Schulklasse zu Hause nicht die Landessprache sprechen, hat das einen Einfluss auf die Schulleistungen. Dazu kommt, dass Lehrerinnen von islamischen Knaben und Eltern nicht akzeptiert werden. Diese Probleme sind nicht auf die Schweiz beschränkt.

Zusätzlich zu diesen Schwierigkeiten kommen teilweise noch praxisfremde Schulreformen, die kein Wissen, sondern nur noch Kompetenzen vermitteln wollen. Lehrmeister in der Wirtschaft sind dann mit Lehrlingen konfrontiert, die weder unsere Kulturtechniken Rechnen, Schreiben und Lesen noch die Sprache korrekt beherrschen und nach „alternativen“ Wertvorstellungen leben. Die PISA Studie stellte fest: **In der Schweiz kann jeder 4. Schulabgänger nicht richtig lesen.** Er versteht das Gelesene nicht!

Eine hohe Maturitätsquote erreichte man mit der Absenkung der Anforderungen. Dasselbe an den Fachhochschulen: In der Schweiz können heute Berufsleute – ohne Ingenieurdiplom – direkt in ein Nachdiplomstudium für

Ingenieure einsteigen und ein Masterdiplom erwerben. Auf Dozenten, die ungenügende Leistungen mit ungenügenden Noten bewerten, wird Druck ausgeübt. Die Kursteilnehmer hätten schliesslich Fr. 21'000.- Gebühren bezahlt und deshalb Anrecht auf ein Masterdiplom. (Das hat der Autor dieses Beitrages als Dozent selbst erlebt.)

Eine Demokratie funktioniert nur mit gut informierten Bürgern, die selber denken können. Dumme und Desinteressierte lassen sich leicht ausnützen und manipulieren. Sie lassen sich am Ende gar noch überzeugen, dass es für sie besser ist, andere für sie entscheiden zu lassen und auf ihre Freiheiten verzichten.

13.4.2 **Zerstörung der kulturellen Identität**

Die jungen Leute kennen heute die Geschichte und die Traditionen des eigenen Landes nicht mehr. Das scheint gewollt. Der Geschichtsunterricht wurde an den Schulen stark eingeschränkt, und Traditionen werden verdrängt. In der Schweiz soll jetzt z.B. noch ein zweiter Nationalfeiertag eingeführt werden. Damit könnte man die traditionelle 1. August-Feier abwerten.

13.4.3 **Umgang / Instrumentalisierung von Pandemien**

Der Umgang mit der Coronakrise und die inzwischen in diesem Zusammenhang an die Öffentlichkeit gelangten Skandale haben das Vertrauen der Bevölkerung in die Staaten und Medien nachhaltig erschüttert. Viele haben heute das Gefühl nur noch angelogen zu werden.

13.4.4 **Geistige Orientierungskrise**

Herkömmliche Vorstellungen und Werte kommen ins Schleudern. Selbst physikalische und biologische Tatsachen sollen nicht mehr gelten. Ich kann jetzt für Fr. 75.- bei der Einwohnerkontrolle mein Geschlecht ändern. Kindern werden Hormone verabreicht, um die Pubertät hinauszuzögern, damit sie mehr Zeit hätten sich für ein Geschlecht zu entscheiden. Neu sieht das Gesetz in Deutschland jetzt allerdings vor, dass die Männer in Kriegszeiten ihr Geschlecht nicht mehr ändern dürfen, und auch Trans-Frauen eingezogen würden.

Dank der **Gender-Bewegung** werden nicht genderneutral formulierte Dokumente nicht mehr akzeptiert; an Schulen aus diesem Grund Diplomarbeiten zurückgewiesen. In Groningen (Holland) wurde kürzlich die Aufführung des bekannten Theaterstücks „Warten auf Godot“ verboten, weil darin nur Männer vorkommen.

Die **Woke-Bewegung** schafft es, dass unerwünschte Meinungen unterdrückt werden, und von ihr geächtete Künstler nicht mehr auftreten dürfen. Herkömmliche Bräuche werden verboten, wenn ihnen „Kulturelle Aneignung“ angedichtet wird.

Auch traditionelle Institutionen wie die Kirchen sehen sich in der Krise. Das mögen sie zum Teil selbst verschuldet haben, weil sie sich zu lange auf ihre Dogmen und Traditionen verlassen, sowie neue Erkenntnisse und Entwicklungen ignoriert haben. Zusätzlich rächt sich jetzt, dass jahrelang sexuelle Übergriffe von Geistlichen vertuscht, statt offen bekämpft wurden. Es mag aber auch Kreise geben, die darin eine weitere Gelegenheit sehen die Gesellschaft zusätzlich zu verunsichern. Das würde auch erklären, warum sexuelle Verfehlungen von linken Kreisen kein Thema sind (z.B. jene in der Odenwaldschule).

Nichts ist schwerer zu ertragen, als eine Reihe von guten Tagen.

J. W. Goethe

In wirtschaftlich guten Zeiten beginnen sich die Leute mit Dingen zu beschäftigen, die sonst keine Themen waren und an den Universitäten dominieren Orchideen- und Papageien-Fächer. Gendergerechtigkeit und politische Korrektheit ist wichtiger als wirtschaftliche Leistung. Reichtum verachtet man, lässt sich aber vom Staat fürstlich bezahlen.

13.4.5 Unfähige Politiker

In vielen westlichen Ländern haben leider die wirklichen Leistungsträger der Gesellschaft die Politik jenen überlassen, die Zeit dafür haben. Sie hatten es auch satt, sich in den Parlamenten mit Ideologen auf Kindergarten Niveau zu streiten. Leute ohne abgeschlossene Ausbildung und solche, die in der Wirtschaft nie etwas geleistet haben, gelangen heute in höchste Partei- und Staatsämter. Auf die Aufzählung aktueller Beispiele wird hier verzichtet. Im Internet und in den Medien finden sich dazu täglich genügend kabarettartige Auftritte. Die wirklichen Leistungsträger in unserer Gesellschaft sehen sich immer häufiger mit von Ideologen und Gutmenschen erzeugten Problemen konfrontiert. Viele haben inzwischen resigniert und sich ins Private zurückgezogen.

13.4.6 Verpolitisierung der Justiz

Gerichte haben vermehrt damit begonnen nicht mehr die Gesetze anzuwenden sondern nach dem gerade aktuellen Zeitgeist moralisch zu entscheiden. So gab 2022 in Zürich ein Richter bekannt, dass er alle Klimakleber frei sprechen werde. Seither werden ihm keine derartigen Fälle mehr überwiesen. Weitere Konsequenzen hatte das für ihn aber nicht. Bürger beginnen sich jetzt zu fragen, warum sie sich an die Gesetze halten sollten, wenn Richter öffentlich deklarieren, Gesetze nicht mehr anwenden zu wollen. In Deutschland geht die Justiz „Gegen Rechts“ mit äusserster Härte vor. Linke Aktivisten werden toleriert und wenn schon mit Samthandschuhen

angefasst. Vor dem Gesetz sind wir nicht mehr gleich. Politisch Korrekte sind gleicher.

In der Schweiz und in Deutschland ist es nach der Übernahme von EU-Sanktionen verboten Rechtsberatung für in Russland niedergelassene juristische Personen zu erbringen. Der deutsche Anwaltsverein beurteilt das als „falsches Signal, für die Rechtsstaatlichkeit“.

Nachdem in Deutschland der Verfassungsschutz die Klimaaktivisten als terroristische Vereinigung einschätzte, kam es zu Razzien bei diesen Organisationen. Das wiederum wurde von der UNO verurteilt. Die Klimakleber hätten Schutz verdient.

13.5 Auswirkungen der Veränderungen

Bei **Vertrauensverlust** wenden sich die Menschen vermehrt vom Staat ab. Die Autorität von Regierungen, aber auch von Gerichten wird vermehrt hinterfragt. Auch die Mainstream-Medien haben vor allem seit der Corona-Krise viel von ihrer Glaubwürdigkeit eingebüsst. Viele Politiker reagieren aufgeschreckt auf die sich abzeichnenden Veränderungen mit unüberlegten Massnahmen. Das untergräbt ihre Glaubwürdigkeit zusätzlich.

Studien zeigen: Wohlstand macht die Leute toleranter. Mit der Zunahme wirtschaftlicher Krisen wird die **Toleranz abnehmen**. Es ist damit zu rechnen, dass es vermehrt zu Gewalteinsatz kommen wird – keine guten Aussichten für Europa.

13.6 Desinteresse der Stimmbürger

In der Schweiz darf das Volk nicht nur wählen, sondern auch über Sachvorlagen und Gesetze abstimmen. Das scheint leider immer weniger Stimmbürger zu interessieren. Wenn über 50% der Berechtigten nicht mehr von ihrem Recht Gebrauch machen, stellt sich die Frage, ob eine solche Demokratie noch funktioniert. Wenn sich die „Schweigende Mehrheit“ nicht mehr um den Staat kümmert, gelangen extreme Gruppen zu viel mehr Einfluss und Macht, als ihnen sonst zustehen würde. Natürlich könnten die Stimmbürger – sofern sie die negativen Auswirkungen erkennen – das bei den nächsten Wahlen und mit Initiativen theoretisch wieder rückgängig machen. Das dauert aber. Ist der Schaden einmal angerichtet, lässt er sich oft nur noch teilweise reparieren. „Wer in der Demokratie schläft, wacht in der Diktatur auf!“

Im Kanton Schaffhausen gibt es daher eine Stimmpflicht. Wer einen Urnengang unentschuldigt verpasst, zahlt eine kleine Busse. Das mag einer der Gründe sein, warum im Kanton Schaffhausen im Vergleich zu anderen Kantonen jeweils eine höhere Stimmbeteiligung erreicht wird. Eine Ausweitung der Stimmpflicht auf das ganze Land könnte der Demokratie gut tun.

14. Weitere Gefahren

Bei den folgenden Abkommen und Bewegungen befürchten vor allem bürgerliche Kreise Gefahren für die direkte Demokratie, die Unabhängigkeit und Freiheit, weil sie via internationalem Recht die direkte Demokratie aushebeln und auch den Einfluss der nationalen Parlamente reduzieren würden:

Der **UNO Migrationspakt** soll die Rechte von Migranten und Flüchtlingen stärken. Die Befürworter behaupten, diese Verträge seien nicht rechtlich bindend, sondern hätten nur den Charakter von Richtlinien. Das Parlament könnte immer noch anders entscheiden. Dann brauchen wir diese Verträge auch nicht, argumentieren die Gegner. Ein Antrag im Ständerat von Hannes Germann gegen eine Unterzeichnung wurde am 29.11.2018 abgelehnt.

Der **WHO Pandemievertrag** soll den Umgang mit Pandemien weltweit vereinheitlichen und dazu der WHO weitreichende Kompetenzen übertragen. Der Vertrag sollte ab 2024 gelten. Die Gegner warnen, dass wir dadurch der WHO diktatorische Vollmachten übertragen würden. Die Versuchung für die Pharmaindustrie das zu beeinflussen und zu missbrauchen wäre immens. Wichtige Bestimmungen sind:

Der WHO Generaldirektor kann jederzeit ohne Konsultationen eine Pandemie ausrufen und die Anordnungen wären völkerrechtlich verbindlich. Die Durchsetzung würde polizeilich oder gar militärisch erfolgen. Er könnte zwangsweise Medikationen und Impfungen für alle Menschen anordnen. Einführung eines verpflichtenden weltweiten Impfpasses; wer nicht vollständig geimpft ist, wird als krank eingestuft.

Mit seinen Vorstellungen eines „**Great Reset**“ für die gesamte Weltwirtschaft und quasi einer „Weltregierung“, stösst Klaus Schwab (Gründer des WEF in Davos) in demokratischen Kreisen auf breite Ablehnung. Auch der Unternehmer Elon Musk äussert sich negativ. Er argumentiert, dass den Menschen und vor allem den Regierungen immer wieder Fehler unterlaufen. Wenn es aber nur noch eine Regierung gäbe, würden sich deren Fehler auf die ganze Menschheit auswirken und wären nicht mehr korrigierbar.

14.1 Faschistische Tendenzen

„Wir waren die ersten, die erklärt haben, dass die Freiheit des Individuums um so mehr beschränkt werden muss, je komplizierter die Zivilisation wird.“

Benito Mussolini

Die klassische Begründung für den Faschismus lautet: Was alle anderen Rechtsgüter schützt, ist das höchste zu schützende Rechtsgut. Da der Staat alle anderen Rechtsgüter schützt ist, er selbst das höchste zu

schützende Rechtsgut. Noch höher zu schützende Rechtsgüter sind heute angeblich die Gesundheit und das Klima. Bei diesen Themen, glauben sich daher selbst die Staaten, bzw. die Regierungen nicht mehr an die eigenen Gesetze halten zu müssen. Politiker versuchen dann ihre Machtinteressen hinter WHO, UNO, EU oder Menschenrechts-Regeln zu verstecken. Wenn es schliesslich um das Überleben der ganzen Menschheit geht, ist alles erlaubt. Die direkte Demokratie lässt sich so elegant aushebeln.

14.2 Sponsoren

Victoria Nuland ist stolz darauf, dass es ihr mit dem Einsatz von 5 Milliarden US\$ gelungen ist, 2014 in der Ukraine einen Regime Change herbeizuführen.

Wieviel Gelder aus dem Ausland in die Schweiz fliessen, um hier politische Entscheide zu beeinflussen, ist nicht bekannt. Gegen mehr Transparenz wehren sich Politiker aus unterschiedlichen Gründen von links bis rechts. Im Gegensatz zur Schweiz verbietet Deutschland grundsätzlich die Annahme von Spenden aus dem Ausland. So wurde z.B. Alice Weidel (AFD) nur schon dafür bestraft, weil sie Spenden, die sie aus der Schweiz erhielt, zwar ablehnte, aber zu spät zurückbezahlte.

Wer zahlt befiehlt! Auf Spender nimmt man auch Rücksicht, wenn diese keine Forderungen stellen. Man wird sich doch bestimmt so verhalten, dass man vor allem grosse Spender nicht verärgert. Der Spender befiehlt dann nicht – er „beeinflusst“ nur. Das ist legal, aber es sollte öffentlich bekannt sein.

14.3 Die Asylantenwaffe

Neben der „natürlichen“ Migration, wenn Leute aus Kriegs- und Elendsgebieten flüchten, existiert auch eine organisierte Migration mit dem Ziel den Zielländern Probleme zu schaffen. So transportierte z.B. die DDR einst Charterflüge für Tamilen nach Westberlin (aber auch in die Schweiz) mit dem Ziel dort Probleme und Kosten zu verursachen. Weissrussland versuchte in den vergangenen Jahren Migranten nach Polen zu schleusen, um Westeuropa zu schaden.

14.4 Der Einfluss grosser Konzerne

Investitionen grosser internationaler Firmen generieren Arbeitsplätze, Wertschöpfung und Wohlstand. Wenn solche Firmen jedoch ihre Gewinne ins Ausland abziehen und mit ihrem Einfluss auf die Politik die Demokratie aushebeln, wirken sie kontraproduktiv. Ausländischen Managern fehlt zudem oft das kulturelle Verständnis für das Gastland. Wenn sie nur daran interessiert sind ihr persönliches Einkommen zu maximieren und sich bei

erst bester Gelegenheit wieder davon machen, werden sie berechtigterweise mit „Heuschrecken“ verglichen. Langfristig erzeugt das Widerstand und schädigt das Investitionsklima von dem sie profitieren, wobei das für sie ursprünglich ein wichtiger Grund war, sich hier niederzulassen.

14.5 Wachsender Staatsanteil

Der Staatsanteil am Bruttosozialprodukt hat in den vergangenen Jahren kontinuierlich zugenommen. Wenn mehr als 50% der Beschäftigten ihren Lohn direkt oder indirekt vom Staat erhalten, handelt es sich nicht mehr um eine freie Marktwirtschaft. Die Lohnempfänger sorgen dann dafür, dass der Staat, da er ja ihr Lohngeber ist, weiter ungebremst expandieren wird.

15 Die Schweiz im Strudel der Weltpolitik

Es stellt sich heute die Frage, wie sich die Schweiz als Kleinstaat möglichst gut durch die aktuellen Verwerfungen der Weltpolitik hindurch retten kann.

Mächte, die sich im Niedergang befinden, sind aggressiver. (Siehe dazu die Thukydides-Falle, Kap. 11.1) Es ist davon auszugehen, dass der Druck auf die Schweiz von der EU und den USA daher noch zunehmen wird. Viele Schweizer blenden das immer noch aus.

15.1 Bisherige Reaktionen auf die Veränderungen

Wehrwille Nach dem Ende des kalten Krieges reduzierte die Schweiz ihre Wehrbereitschaft schrittweise bis zur Wehrlosigkeit. Obwohl das Volk die 1999 von linken Kreisen eingebrachte Volksinitiative zur Halbierung der Armee klar ablehnte, wurde die Armee finanziell ausgeblutet – auch mit bürgerlicher Hilfe. Von einer der stärksten Armeen in Europa, die zu Beginn der 90er Jahre noch in der Lage war innerhalb von nur 2 Tagen 600'000 voll ausgerüstete Soldaten zu mobilisieren, blieb, wie Kritiker sagen, nur noch ein Trachtenverein von bewaffneten Sozialarbeitern übrig. Die Armee wurde mehr als nur halbiert und ist schlicht nicht mehr kriegstauglich. Nicht nur die Armee, auch der Zivilschutz wurde abgebaut. Ebenfalls vernachlässigt wurden die Vorbereitungen für eine sichere Landesversorgung in Krisenzeiten. Das zeigte sich zu Beginn der Coronakrise, als es an Masken und Desinfektionsmitteln fehlte, die die Kantone entgegen den Vorgaben des Bundes nicht bevorrateten. Das ist aber auch nur ein weiteres Beispiel, für die Beliebigkeit mit der Volksentscheide und Gesetze heute nicht mehr – oder nur noch selektiv – umgesetzt werden.

Wirtschaft Wirtschaftlich ist die Schweiz international stark verflochten und hat von der Globalisierung stark profitiert. Die Industrie ist heute wettbewerbsfähiger und innovativer, als viele Politiker annehmen. Problematischer sieht es bei den Banken aus. Diese kamen aus den USA unter Druck. Sie hatten einerseits von der Politik wenig Unterstützung und wurden andererseits von bonigeilen Schönwettermanagern geschädigt.

Aussenpolitik Politisch ist die Schweiz von „Freunden“ umzingelt. Sie steht unter dem Druck der EU. Es gibt aber auch in der Schweiz Kreise, die das Land gerne in der EU – einige sogar in der NATO – sehen möchten. Gegenüber Forderungen aus Brüssel ist der Bundesrat immer wieder eingeknickt.

Neutralität Dramatisch ist gegenwärtig die Aufgabe der Neutralität im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine. Dazu kommt noch das moralistische Engagement im Sicherheitsrat der UNO. Noch ein Jahr vor dem Ukrainekrieg gelang es Bundesrat Parmelin den amerikanischen Präsidenten Biden und

den russischen Präsidenten Putin in Genf zu einem Gespräch zusammen zu bringen. Sein Nachfolger, ein ehemaliger Doppelbürger aus dem Tessin, hat durch sein einseitiges Engagement für die Ukraine und mit Sanktionen gegen Russland die Schweiz für eine Vermittlerrolle unmöglich gemacht. Der türkische Präsident Erdogan ist heute trotz NATO-Mitgliedschaft als Vermittler glaubwürdiger. Trotzdem propagiert die NZZ weiterhin: „Mehr Freiheit – weniger Neutralität!“ Der Regierung sollen damit mehr Möglichkeiten geschaffen werden, sich noch aktiver in die Weltpolitik einzumischen und sich für Frieden und Gerechtigkeit zu engagieren, statt abseits zu stehen.

Heeresfolge Dass die Schweiz speziell von den USA im Wirtschaftskrieg zur Heeresfolge gezwungen wird, ist nachvollziehbar. Aber man könnte das auch nur minimal, widerstrebend und unter Protest mitmachen und nicht im vorausseilenden Gehorsam wie Bundesrat Cassis. Die anpasserische Reaktion von Bundesrat Pilet-Golaz 1940 als Reaktion auf die deutschen Drohungen im zweiten Weltkrieg war im Vergleich mit dem heutigen Bundesrat direkt zurückhaltend.

Nationalistische Sanktionen Der Bundesrat hat sich hinreissen lassen selbst gegen niedergelassene Ausländer Sanktionen zu ergreifen, nur weil sie einen „falschen“ Pass besitzen. Deren Vermögenswerte, die sie legal erworben hatten, wurden blockiert. Auf ausländische Forderungen, diese der Ukraine zu überweisen, wurde bisher glücklicherweise (noch?) nicht eingegangen.

Schwächezeichen Die bisherige Politik der Schweiz zeichnet sich aus durch Nachgeben, Zurückweichen, Tribut- und Lösegeldzahlungen und sich entschuldigen. Nur selten kam es zu Gegenmassnahmen.

Emotionsgesteuert Oft bekommt man heute das Gefühl, dass Politiker rein emotional handeln, ohne die Auswirkungen ihres Handelns zu überlegen. Interessant ist, dass frühere Friedensaktivisten, Armee-Abschaffer und Kriegsdienstverweigerer heute diejenigen sind, die am lautesten Waffenlieferungen fordern.

Verdrängung der heutigen Realität Vor allem bei der älteren Generation, die den kalten Krieg noch erlebt und damals Militärdienst geleistet hat, sehen viele die USA noch immer als Garant der freien Welt. Sie wollen nicht wahrhaben, dass dieses Land inzwischen weltweit am meisten Kriege mit Millionen von Toten angezettelt hat. Die USA werden heute von Neo-Konservativen gesteuert, die mit missionarischem Eifer die ganze Welt beherrschen möchten. Es geht längst nicht mehr um Freiheit, Demokratie und die Abwehr des Sowjet-Kommunismus. Es geht schlicht um Macht und Profit. Auch die NATO ist heute kein reines Verteidigungsbündnis mehr. Sie hat sich ausserhalb ihres Gebietes an Angriffskriegen beteiligt und geographisch stark ausgedehnt. Natürlich sind auch andere Grossmächte keine Demokratien in unserem Sinne. Wir können aber auch feststellen, dass wir noch nie weder von Russland noch von China militärisch angegriffen oder wirtschaftlich sanktio-

niert wurden. Sie haben sich auch praktisch immer an die mit ihnen abgeschlossenen Verträge gehalten. Nur von unseren Nachbarländern und den USA kam unser Land immer wieder unter Druck.

Gleichschaltung der Medien

Die Mainstream-Medien berichten längst nicht mehr neutral. Sie unterstützen die USA und verbreiten ausschliesslich die Ukrainische Sicht.

15.2 Erste Auswirkungen

Erste ernste Auswirkungen der bundesrätlichen Parteinahme im Ukraine-konflikt zeigten sich im Finanzwesen:

Die Schweiz galt früher als sicherer Hafen für legal erworbene Vermögen. Ausländische Investoren werden es sich in Zukunft jedoch zweimal überlegen, ob sie ihr Vermögen einer Schweizer Bank anvertrauen möchten. Sie haben keine Sicherheiten mehr, wenn ihr Heimatland bei der Schweizer Regierung in Ungnade fällt. Ob diese Zurückhaltung beim Absturz der CS bereits eine Rolle gespielt hat?

Während der Nazi-Zeit konnten viele Verfolgte ihre Vermögen via Schweizer Banken vor dem Zugriff der Nazis retten. Mit den heutigen Regeln wäre das nicht mehr möglich.

Das internationale Ansehen der Schweiz als neutraler Staat ist zerstört. Andere Länder sind jetzt als Vermittler gefragt. Für das Internationale Rote Kreuz (IKRK) mit Sitz in Genf stellt das ein Problem dar.

15.3 Stärken der Schweiz

Die Geographie: Die Schweiz liegt im Zentrum Europas und ist durch eine sehr vielfältige Landschaft geprägt: Hochgebirge, Hügellandschaft, Landwirtschaftliche Zonen, Flüsse, Seen und eine noch einigermaßen intakte Landschaft.

Kulturelle Vielfalt: Wie die vielfältige Landschaft sind auch unterschiedliche Volksgemeinschaften – zum Teil durch die Landschaft geprägt – entstanden. Ohne Aufgabe ihrer Eigenheiten sind sie im Verlauf der Geschichte zu einem mehrsprachigen Bundes-Staat zusammengewachsen.

Weltverbundenheit: Weil das Land wenig hergab, waren unsere Vorfahren gezwungen auszuwandern, oder in fremden Armeen zu dienen. So gelangten immer wieder fremde Kultureinflüsse ins Land. Das förderte die Vielsprachigkeit, und auch neue Ideen und Techniken wurden importiert. Das und die Neutralität des Landes hat auch zur Folge, dass heute viele internationale Organisationen ihre Hauptsitze in der Schweiz haben.

Neutralitätspolitik: Nach der Niederlage bei Marignano 1515 verabschiedete sich die Eidgenossenschaft von der früheren Grossmacht- und Expansi-

onspolitik. Nach der Niederlage Napoleons wurde die Schweiz 1815 am Wienerkongress nicht unter den Siegermächten aufgeteilt, sondern sie blieb quasi als Pufferstaat zwischen den damaligen beiden Grossmächten Frankreich und Habsburg erhalten. Es wurde ihr die bewaffnete Neutralität aufgezwungen. In vielen Auseinandersetzungen konnte die Schweiz seither immer wieder Vermittlerdienste und humanitäre Hilfe leisten. Mit seiner glaubwürdigen Verteidigungsarmee eignete sich unser Land auch nicht als Durchmarschgebiet für fremde Truppen. Und dank dieser Politik wurde das Land nicht in grosse Kriege hineingezogen.

Erschliessung: Das Land hat wenig abbauwürdige Rohstoffe, jedoch ist die Wasserkraft gut erschlossen. Es existiert eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur für den gewerblichen, privaten und öffentlichen Verkehr. Zudem ist das Land für den Tourismus gut erschlossen. Die intakte Landschaft, die Verkehrsinfrastruktur und die Vielsprachigkeit sind eine wichtige Basis für eine erfolgreiche Hotellerie und das Gastgewerbe.

Politisches System: Die historisch entwickelte direkte Demokratie ist etwas Einmaliges und ermöglicht es, dass sich die Appenzeller und die Genfer unterschiedlich organisieren können – eben so, wie sie es für gut finden. Es ist sogar für einen einzelnen Mitbürger möglich, ohne dass eine politische Partei dahinter steht, eine Verfassungsänderung zu fordern und darüber eine Abstimmung zu gewinnen. So geschehen bei Thomas Minderers „Abzockerinitiative“. Die Möglichkeiten jedes einzelnen Bürgers sich in die Politik einzubringen trägt viel zur Stabilität des politischen Systems ein. Wenn sich Parlament und Regierung zu weit vom Volkswillen entfernen, riskieren sie Abwahl.

Starke Wirtschaft: In der Schweiz konnten sich über die Jahrhunderte hinweg international tätige erfolgreiche Industrien und leistungsfähige Dienstleistungsbetriebe (Banken, Versicherungen, Gesundheitsdienste, ...) entwickeln. Bezüglich internationaler Wettbewerbsfähigkeit rangiert die Schweiz bei den von der OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development), dem IMD (International Institute for Management Development) sowie weiteren Institutionen angestellten Untersuchungen jeweils in den vorderen Rängen. So positioniert das IMD die Schweiz nach Singapur, Hongkong und den USA bezüglich Wettbewerbsfähigkeit auf dem 4. Platz. Die Schweiz hat eine vergleichsweise sehr hohe Arbeitsproduktivität und belegt bezüglich Innovation einen Spitzenplatz.

Stabile, zuverlässige Energieversorgung (bisher!): Insbesondere für die Industrie ist die zuverlässige Stromversorgung ein Standortvorteil. Dank der Einbindung in das Europäische Verbundnetz und den eigenen Speicherkraftwerken, die in der Lage sind kurzfristig Spitzenenergie zu liefern, besteht eine hohe Ausfallsicherheit. Mit der Abschaltung des Kernkraftwerks Mühleberg, ist allerdings die Auslandabhängigkeit gestiegen.

Eigene starke Währung: Der Schweizerfranken gehört weltweit zu den stabilsten Währungen. Das ermöglicht dem Land eine eigenständige Wirtschaftspolitik.

Sozialer Friede: Die Schweiz ist dafür bekannt, dass wenig gestreikt wird. Differenzen werden zwischen den Sozialpartnern „friedlich“ ausgehandelt.

Dazu kommt ein gut ausgebautes System der Altersvorsorge und ein funktionierendes Gesundheitswesen.

Durchgängiges Bildungssystem: Alle hier aufgezählten Stärken basieren auf einem guten Bildungssystem – allem voran einer guten **Lehrlingsausbildung** – aber auch unter den Universitäten belegt die Schweiz die vorderen Ränge. Die ETH gilt auf dem Europäischen Kontinent gar als beste Universität. Wir tun gut daran die Ausbildungsqualität hoch zu halten. Das ist aber im Moment aus verschiedenen Gründen gefährdet.

Die Kombination macht es aus. Es sind nicht einzelne Stärken, die die Schweiz attraktiv machen – es ist deren Kombination.

Am eigenen Erfolg scheitern?

Jedes System läuft Gefahr, dass es nach einiger Zeit am eigenen Erfolg scheitert, weil es träge und selbstgefällig wird und zu spät oder falsch, auf Veränderungen im Umfeld reagiert. Es kann auch sein, dass das durch den Erfolg erzeugte Wachstum Nebenwirkungen erzeugt, die die früheren Vorteile zunichte machen.

Die Schweiz läuft gegenwärtig Gefahr an der unkontrollierten Zuwanderung zu ersticken. In meiner Jugend habe ich in einer Schweiz mit 4.5 Mio. Einwohnern gelebt. Wir hatten noch Platz zum Spielen. Inzwischen leben hier 8 Mio. und der Bundesrat plant bereits mit 10 Mio. Es gibt auch Planer, die meinen, in unserem Land hätten sogar 16 Mio. Einwohner Platz. Wir müssten nur etwas näher zusammenrücken und verdichtet bauen. Damals mit 4.5 Mio. Einwohner hatten wir noch etwas weniger Wohlstand, aber auch mehr Freiheiten. (Es gab z.B. noch die „Handels- und Gewerbefreiheit.“) Heute ist alles geregelt, und wir lassen uns immer noch mehr Regeln aus Brüssel aufzwingen. Ob das Leben in einer 16 Mio. Schweiz noch lebenswert sein wird? Leute, die es sich leisten können, werden dann wahrscheinlich wegziehen. Die Attraktivität wird sinken und das Wachstum auch. Sollen wir auf diesen Regelmechanismus hoffen?

15.4 Zielsetzung

**„Wer den Hafen nicht kennt, in den er segeln will,
für den ist kein Wind ein guter.“**

Seneca

15.4.1 Übergeordnete Ziele

Die Bundesverfassung formuliert in Artikel 2 den Zweck wie folgt:

- 1. Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes.*
- 2. Sie fördert die gemeinsame Wohlfahrt, die nachhaltige Entwicklung, den inneren Zusammenhalt und die kulturelle Vielfalt des Landes.*
- 3. Sie sorgt für eine möglichst grosse Chancengleichheit unter den Bürgerinnen und Bürgern.*
- 4. Sie setzt sich ein für die dauerhafte Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und für eine friedliche und gerechte internationale Ordnung.*

Bezüglich Aussenpolitik ist Abschnitt 1 wesentlich:

„wahrt die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes.“

sowie Abschnitt 4:

„Sie setzt sich ein für die dauerhafte Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und für eine friedliche und gerechte internationale Ordnung.“

Auf diese Zielen hin sollten daher alle Aktivitäten der Schweizer Aussenpolitik ausgerichtet werden. Dabei steht die Unabhängigkeit und Sicherheit des Landes an oberster Stelle. Wenn diese nicht mehr gewährleistet ist, sind alle weiteren Ziel gefährdet, bzw. deren Erreichung ist nicht mehr in unserer Macht.

15.4.2 Vermeidungsziele

Neben den anzustrebenden Zielen, gibt es auch Dinge und Nebenwirkungen, die man vermeiden will und vermeiden muss.

- Probleme durch eine unbegrenzte Zuwanderung sind zu vermeiden:
 - Überbevölkerung führt zu Dichtestress und einer Umweltbelastung, die die Lebensqualität im Land beeinträchtigt. Daher ist das Wachstum zu beschränken.
 - Humanitäre und wirtschaftliche Unterstützung für andere darf die eigene Wirtschaft und die stabilen sozialen Strukturen nicht so stark beeinträchtigen, dass diese Unterstützung nicht mehr geleistet werden kann.
 - Ethnische Spannungen und Kriminalität sind zu bekämpfen.
- Wirtschaftliche Abhängigkeiten sind möglichst klein zu halten (z.B. durch unterschiedliche Lieferanten und weltweit verzweigte Netzwerke).
- Einmischung in fremde Händel ist zu vermeiden. Verträge, die uns zu wirtschaftlicher oder militärischer Heeresfolge verpflichten, dürfen nicht abgeschlossen werden.
- Unterstellung unter „fremde Richter“ sowie Abkommen mit „Dynamischer Rechtsübernahme“ sind zu vermeiden.

Die Schweiz ist nicht dazu da die ganze Welt zu retten!

Unsere Regierung ist für unser Land mit seinen Bewohnern verantwortlich. Nur soweit es unsere Möglichkeiten erlauben, wollen und können wir uns für ein weltweite Gerechtigkeit und ein friedliches Zusammenleben einsetzen. Aufopfern für andere Länder wollen wir uns nicht! (Das ist der Schweiz während dem 2. Weltkrieg mit etwas Glück gelungen.) Wenn wir uns für andere opfern und darob die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einbüßen, oder gar zugrunde gehen, können wir anderen auch nicht mehr helfen.

15.4.3 Verdeckte Ziele und verdeckte Agenden

Natürlich wird niemand in der Schweiz diese Ziele offen in Frage stellen. Man kann sein Handeln immer so interpretieren, als ob es letztlich diesen Zielen dienen würde. Misstrauen ist geboten!

15.5 Möglichkeiten für die Schweiz

15.5.1 Es gibt immer Alternativen!

Ein beliebter Trick die eigenen Interessen durchzusetzen, ist vorläufig nichts zu tun, eine schwierige Situation entstehen zu lassen, oder gar gezielt herbeizuführen, dann Dringlichkeit vorzutäuschen und alsdann eine **alternativlose Lösung** zu präsentieren. (In Deutschland wurde speziell Angela Merkel für ihre „alternativlosen“ Lösungen bekannt.)

Lassen wir uns aber nicht ins Bockshorn jagen! Jagen sollten wir bestenfalls die Leute, die solche Methoden einsetzen. Weitsichtige Politiker denken im Voraus in Varianten. Sie treffen „vorbehaltene Entscheide“, die sie dann ausführen, wenn das Erwartete eintrifft. Auch falls es etwas anders kommt als vorausgeplant, sind sie trotzdem fähig in einer veränderten Lage kaltblütig zu entscheiden. Weil sie die Zusammenhänge durchschauen, sind sie fähig zu improvisieren und verlieren den Kopf nicht. Solche Planungs- und Entscheidungssituationen werden in militärischen Kaderkursen geübt. Vielen unserer heutigen Politikern, die nie Militärdienst geleistet haben, fehlen heute leider solcher Fähigkeiten. Es wäre sinnvoll die Übernahme eines politischen Amtes an die Absolvierung derartiger Planungskurse zu knüpfen.

15.5.2 Beitritt zur EU

Seit es die EU gibt, gibt es Druck auf die Schweiz diesem Staatenbund beizutreten. Der Druck kommt teilweise von aussen, aber auch in der Schweiz selber gibt es Kreise, die bereit sind, einen Grossteil der Eigenstaatlichkeit an Brüssel abzutreten. Ein Beitritt brächte wirtschaftliche Vorteile (einfacherer Marktzugang, Teilnahme an EU Programmen, etc.), wäre aber mit der direkten Demokratie nicht kompatibel. Über viele Gesetze könnten wir nicht mehr selber bestimmen, sondern müssten sie diskussionslos von Brüssel übernehmen. Natürlich hätten wir dann im EU Parlament mitzureden. Der Einfluss den die Schweiz dort hätte, wäre aber marginal. Mit einigen bereits abgeschlossenen Verträgen haben wir bereits Souveränität abgegeben und müssen jetzt Bestimmungen aus Brüssel nachvollziehen. Mit dem chinesischen Strategem Nr. 28: „Auf das Dach locken und dann die Leiter wegziehen,“ wurden die Stimmbürger „über den Tisch gezogen“. Beispiele „Schengenabkommen“, Mit dem Beitritt zur EU bestünde auch die Möglichkeit den Schweizer Franken durch den Euro abzulösen. Darüber diskutiert heute aber niemand mehr ernsthaft.

Dass sich ein Volk mitten in Europa der EU widersetzt, stört in Brüssel sehr. Das „Loch im Donut“ wird als „Rosinenpicker“ diffamiert, das von den EU Errungenschaften profitiert, ohne etwas dazu beizutragen. Inzwischen leisten wir auch Tributzahlungen („Kohäsionsbeiträge“ genannt). Die Verträge mit Brüssel wurden gemeinsam so ausgehandelt, dass auch Brüssel von der „Rosinenpickerei“ profitiert.

15.5.3 Beitritt zur NATO

Ein Beitritt zur NATO ist aus neutralitätspolitischen Gründen nicht möglich. Es laufen aber Bestrebungen sich der NATO anzunähern. Über die „Partnerschaft für den Frieden“ arbeitet man in verschiedenen Bereichen zusammen und beim Ausbau der Rüstung achtete man auf „Interoperabilität“.

Es wird argumentiert, dass heute ein Land wie die Schweiz gar nicht mehr in der Lage sei, sich selbst zu verteidigen. Das trifft natürlich seit dem massiven Armeeabbau nach dem Kalten Krieg zu. Eine wirksame Verteidigung wäre nur noch in Zusammenarbeit mit der NATO möglich. Dabei wird zusätzlich darauf hingewiesen, dass die Neutralität der Schweiz nie absolut gewesen sei. Während dem zweiten Weltkrieg und während dem Kalten Krieg gab es jeweils Absprachen mit den Alliierten und später mit der NATO. Bei einem militärischen Angriff auf die Schweiz wäre die Neutralität sowieso hinfällig.

Ein NATO-Beitritt hätte zur Folge, dass die Schweiz den Verteidigungshaushalt auf 2% des Bruttosozialproduktes erhöhen müsste. Zudem müssten Schweizer Soldaten an NATO-Einsätzen im Ausland teilnehmen. Und bei einem Angriff auf ein NATO-Land wären wir sofort Kriegspartei und damit ein Angriffsziel. Dafür lebten wir unter dem „Schutzschirm“ der NATO. Finnland hat sich dafür entschieden und auch das bisher neutrale Schweden will der NATO beitreten.

15.5.4 Alleingang und bewaffnete strikte Neutralität

Ein Zitat aus Schillers Wilhelm Tell lautet: „**Der Starke ist am mächtigsten allein.**“ Wer sich selber verteidigen kann, muss sich nicht mit anderen absprechen und auch nicht auf andere warten. Er verfolgt seinen eigenen Weg. Er fällt auch niemandem zur Last, auf deren Hilfe er sonst angewiesen wäre. Damit ist er auch ein gerne gesehener Partner. Wir alle haben gern starke Partner.

Wer sich gegen alles versichern will, zahlt einen hohen Preis. Wer sich überhaupt nicht versichert, ist jedem Unbill wehrlos ausgesetzt, verliert sein Hab und Gut, schlimmstenfalls sein Leben und fällt selbst bei kleinen Problemen anderen zur Last.

Der pragmatische Weg besteht darin für sich selber möglichst gut vorzusorgen und nur für die allergrössten Risiken Versicherungen mit einem grossen Selbstbehalt abzuschliessen. Solchen Überlegungen wären gute Leitplanken für den Aufbau und Erhalt unserer Wehrbereitschaft. Alternativ dazu kann man die Risikoprognose den vorhandenen finanziellen Mitteln anpassen. Das ergibt angenehme Lösungen für Politiker, die sich in Friedenszeiten beliebt machen wollen.

Die in den bisherigen kriegerischen Auseinandersetzungen in Europa erfolgreich praktizierte schweizerische Abwehrstrategie bestand jeweils darin, den Preis für einen potentiellen Angreifer höher zu gestalten, als den möglichen Gewinn nach einer Eroberung. Dass eine Söldnerarmee oder

eine fremde Truppe nur bedingt die Interessen der eigenen Bürger verteidigt, demonstrierte soeben wieder die „Gruppe Wagner“ in Russland.

„Auch wird eine Republik, die sich mit den eigenen Waffen verteidigt, weit schwerer von einem ihrer Bürger unterjocht als eine, die sich mit fremden Söldnern verteidigt.“

Niccolô Machiavelli

15.5.5 Ausbau der weltweiten Vernetzung

„Sich mit einem fernen Feind verbünden, um einen nahen Feind anzugreifen,“ empfiehlt das Chinesische Strategem Nr. 23 (siehe [29]). Je mehr Druck auf die Schweiz ausgeübt wird, um so mehr sind wir auf andere Partner angewiesen. Abhängigkeiten von bisherigen Handelspartnern kann man mit guten Beziehungen zu andern vermindern. Einige Ideen dazu:

- Beitritt zu den BRICS-Staaten, bzw. deren Entwicklungsbank. Damit reduzieren wir unsere Abhängigkeit vom Euro, aber vor allem vom US Dollar.
- Handelsverträge mit andern Organisationen und Staaten ausserhalb der EU.
- Zusammenarbeit im Bereich Forschung und Entwicklung mit Partnern ausserhalb der EU. Die Beiträge, die wir früher in HORIZON gesteckt haben, direkt in schweizerische Forschungsprojekte investieren. Es soll für andere von grossem Interesse sein mit unseren Institutionen zusammen zu arbeiten.
- Zurückhaltung mit Investitionen in den USA. Firmen mit grossen Investitionsvolumen in den USA laufen Gefahr boykottiert und/oder erpresst zu werden, der US Politik zu folgen. Zudem drohen Sammelklagen, die, wenn man Glück hat, nur hohe Anwaltskosten nach sich ziehen. Das gilt natürlich auch für andere Länder – ganz speziell aber für die USA.

15.5.6 „Flexible Response“

Patentlösungen gibt es nicht, und stures Festhalten an einmal getroffenen Entscheiden hilft oft nicht weiter. Wenn gute Lösungen auf zu grossen Widerstand stossen, sind sie nicht umsetzbar – und damit keine Lösungen. Es gibt aber auch Situationen, die unangenehm sind, und die man aushalten muss, will man nicht seine Unabhängigkeit und Zukunft aufgeben. Manchmal gilt es Geduld zu üben, bis die Zeit für eine gute Lösung kommt. Wer für seinen Weg kämpft und daran zerbricht, gilt als zu „stur“. Wer flexibel ist und sein Ziel verfehlt, dem „fehlt es an Durchhaltewille“. Erfolgreiche haben die Fähigkeit Situationen realistisch einzuschätzen, und sie verfolgen einen Mittelweg.

Natürlich gibt es in der Schweiz auch Kreise, die sich in der EU und der NATO am wohlsten und sichersten fühlen würden. Wir brauchten dann nicht mehr selber zu entscheiden, sondern könnten alles von Brüssel übernehmen und uns von der NATO kostengünstig (?) schützen lassen. Viktoria Nuland und Ursula von der Leyen würden das sicher auch finanziell unterstützen (die Ukraine war Nuland 5 Milliarden US\$ wert!). Zudem: für Politiker und Beamte gäbe es viele interessante und gut bezahlte Pöstchen bei diesen Organisationen.

Wer bereit ist für mehr Wohlstand auf Freiheit und Unabhängigkeit zu verzichten, wird eines Tages feststellen, dass er beides verloren hat.

15.6 Massnahmen zur Stärkung der Schweiz

Schwierigkeiten begegnet man am ehesten, wenn man seine Stärken und Schwächen kennt und mit einer gewissen Dreistigkeit Gelegenheiten nutzt, um seine Interessen durchzusetzen. Dazu kommt der Wille in erster Linie für das eigene Land und Volk zu sorgen, und sich von keiner Seite moralisch erpressen zu lassen. Es geht dabei um die Abwehr von moralischen, wirtschaftlichen und kriegerischen Angriffen – um „hybride Kriegsführung“.

Abwehr besteht aus einer Kombination von Verteidigung und Angriff.

In erster Priorität muss die Unabhängigkeit des Landes erhalten bleiben. Das bedeutet:

- Meinungsäusserungsfreiheit hochhalten, Medienvielfalt!
- Neutralitätspolitik – auch wenn es unangenehm ist
- Keine fremden Richter
- Keine einseitigen Verträge
- Gegenpropaganda gegen verbale Angriffe auf die Schweiz – eigene Sicht vertreten
- Kontakte und Wirtschaftsbeziehungen in alle Richtungen
- Sanktionspolitik nur wenn von der UNO verordnet
- Gegenmassnahmen, wenn die Schweiz sanktioniert wird
- Eine glaubwürdige militärische und wirtschaftliche Landes-Verteidigung
- Eine möglichst unabhängige und sichere Energieversorgung
- Massnahmen gegen finanzielle Unterstützung von politischen Bewegungen in der Schweiz (auch NGO's) aus dem Ausland
- Massnahmen gegen das Desinteresse und die Abstinenz der Stimmbürger (z.B. Stimmzwang)

Das Studium der 36 chinesischen Strategeme kann helfen sich in kritischen Situationen geschickt zu verhalten und nicht einfach emotional zu reagie-

ren. Zum Beispiel das Strategem Nr. 23. „Sich mit einem fernen Feind verbünden um einen nahen Feind anzugreifen.“ Oder das Strategem Nr. 9: „Die Feuersbrunst am gegenüberliegenden Ufer beobachten.“ Das heisst, sich aus dem Konflikt heraushalten, oder wie Dürrenmatt es ausdrückt: „Die kühle, berechnende List eines Volkes, das seine Freiheit behalten will.“ Immer auch daran denken: **Staaten haben keine Freunde – nur gemeinsame Interessen!** (Regierungen können rascher wechseln als Interessen.) Man darf nie darin erlahmen die eigene Sicht und die eigenen Interessen zu verbreiten.

Stärken pflegen:

Als rohstoffarmes Land ist die Schweiz gezwungen ihren Wohlstand durch wissens- und könnensbasierte Dienstleistungen und Produkte zu generieren. Die Basis dazu ist ein hochstehendes Bildungssystem. Egal in welcher Richtung sich unser Land bewegt, gut ausgebildete und leistungsbereite Leute werden auch die kommenden Herausforderungen meistern. Die Feststellung, dass heute laut PISA-Studie jeder 4. Schulabgänger nicht richtig lesen kann, sollte uns daher aufschrecken. Leute mit derartigen Defiziten werden Mühe haben sich in unserer Gesellschaft zurecht zu finden. Sie laufen zudem Gefahr unsere Sozialsysteme zu belasten. Ohne Pauken der Basisfächer (Lesen, Schreiben und Rechnen) geht es nicht. Eine solide Grundlagenausbildung sowie die Förderung von Selbstdisziplin und Leistungsbereitschaft sind zwingend. Egal in welche Richtungen sich unser Land entwickelt, diesbezügliche Massnahmen werden jede Entwicklung positiv unterstützen.

15.7 Geistige Landesverteidigung – den eigenen Weg verteidigen

Ein System, das keine Abwehrkräfte besitzt, hat keine Überlebenschance. Resilienz *) ist gefragt! Als Gegenmassnahme zum deutschen Nationalismus während der Nazizeit pflegte man in der Schweiz vermehrt typisch Schweizerische Traditionen und Werte, um sich von der Grossdeutschen Kultur abzugrenzen. Auch während dem kalten Krieg pochte man auf unsere schweizerischen Eigenarten – speziell die demokratischen Errungenschaften, wie z.B. die Handels- und Gewerbefreiheit (die gibt es übrigens heute nicht mehr). In den Schulen wurde auch noch Schweizer Geschichte unterrichtet – wenn auch zum Glück nicht mehr mit so vielen Mythen, wie noch während dem 2. Weltkrieg. Die heutige junge Generation hat aber kaum mehr eine Ahnung über die Geschichte unseres Landes, und wie unsere früheren Generationen den heutigen Wohlstand geschaffen

**) Resiliente Personen haben gelernt, dass sie selbst es sind, die über ihr eigenes Schicksal bestimmen. Sie vertrauen nicht auf Glück und Zufall, sondern nehmen die Dinge selbst in die Hand, und sie haben ein realistisches Bild ihrer Fähigkeiten.*

haben. Dieser Wohlstand ist nicht garantiert. Wir müssen etwas dafür tun ihn zu erhalten.

Es geht hier um Patriotismus – nicht um Nationalismus. Der Patriot engagiert sich für die Institutionen und die Kultur seines Landes. Er ist stolz darauf, wenn sie funktionieren. In der Schweiz sind das Vielfalt und Meinungsfreiheit. Der Patriot, hat nichts gegen andere Nationen.

15.8 Was kann ich als Einzelner tun?

**„Es ist besser eine Kerze anzuzünden,
als die Dunkelheit zu verfluchen.“**

Konfuzius

15.8.1 Global denken – lokal handeln

Dieser alte Managementgrundsatz bedeutet im Alltag: Ich kann hier und jetzt etwas tun und mich mit dem Menschen austauschen, mit dem ich gerade zu tun habe. Das beginnt im privaten Umfeld. *„Im Hause muss beginnen, was leuchten soll im Vaterland“* schrieb einst der Dichter Jeremias Gotthelf. Und das gilt heute und in jedem Land der Erde immer noch. Es beginnt mit der Erziehung der Kinder, denen wir zu Hause unsere Wertvorstellungen vorleben. Dann müssen wir uns als Eltern, Lehrer oder Behördenvertreter dafür einsetzen, dass unsere Kinder gut ausgebildet werden. Im Berufsleben haben wir Gelegenheiten uns dafür einzusetzen, dass produktive Arbeit geleistet wird, und die Zusammenarbeit erspriesslich ist. Als Führungsperson können wir dafür sorgen, dass sich Leistung lohnt und honoriert wird und je nach Position, dass sich der Betrieb in eine gute Richtung entwickelt. Als Medienmitarbeiter können wir dafür sorgen, dass möglichst objektiv informiert wird und die Meinungsvielfalt fördern, statt Propaganda betreiben. Als Stimmbürger können wir dafür sorgen, dass demokratisch gesinnte Politiker gewählt werden, die Volksentscheide auch umsetzen und nicht verwässern. Als Politiker und Manager können wir dafür sorgen, dass sich Leistung lohnt und Unrecht nicht geduldet wird. Wir können dann unsere Macht verantwortungsvoll als Schutzmacht einsetzen. Zivilcourage wird von jedem von uns erwartet – auch wenn es manchmal Mut erfordert.

**„Wer Unrecht duldet, wenn er es
verhindern könnte, der befiehlt es.“**

Marc Aurel

15.8.2 Emotionale Distanz wahren

Ein entfernt Verwandter, den ich leider erst kurz vor seinem Tod kennen lernte, erzählte mir, wie er 1914 als 17-jähriger für „Gott, Kaiser und Vaterland“ freiwillig in den 1. Weltkrieg eingerückt ist. Er hoffte Weihnachten in Paris feiern zu können. Er hatte aber doch noch Glück. Er hat die Schlacht von Verdun überlebt. Im 2. Weltkrieg ist er nicht mehr freiwillig eingerückt. Er hat auch diesen Krieg überlebt, aber sein Sohn ist in Russland verschollen. „Identifikation erzeugt Leiden!“ wusste bereits Konfuzius. Natürlich sollen wir uns für etwas, das wir gut finden, engagieren – aber nie identifizieren! Wir sollen helfen Probleme zu lösen, aber nicht selber Teil des Problems werden, und uns schon gar nicht dafür opfern. Tote Helden können keine Probleme mehr lösen.

„Man muss das Wahre immer wiederholen, weil auch der Irrtum um uns her immer wieder gepredigt wird, und zwar nicht von einzelnen, sondern von der Masse. In Zeitungen und Encyklopädien, auf Schulen und Universitäten, überall ist der Irrtum obenauf, und es ist ihm wohl und behaglich im Gefühl der Majorität, die auf seiner Seite ist.“

J. W. Goethe

„**There is always a bigger game!**“ sagen die Amerikaner und meinen damit, dass man nicht nur die lokale Situation beachten soll, sondern sich auch bewusst werden, was für eine Rolle man im übergeordneten Rahmen spielt. Diese übergeordneten Zusammenhänge versuchte ich in diesem Dokument nach bestem Wissen und Gewissen darzustellen. Sicher ist es teilweise eine einseitige Sicht und der Leser tut gut daran, das hier präsentierte zu hinterfragen und selber weiter zu recherchieren.

Dank einer geschickten Politik, der Leidenschaft des Volkes und auch etwas Glück hat die Schweiz zwei Weltkriege relativ unbeschadet überstanden. Dank Fleiss und seriösem Wirtschaften hat sie es zu Wohlstand gebracht. Rückblickend kann man die damaligen Politiker für das Eine oder Andere kritisieren. Sie waren gezwungen auf Grund der damals aktuellen Lage und den damals vorhanden Informationen schicksalhafte Entscheide zu fällen. Wir können nur hoffen, dass das unseren heutigen Politikern in der begonnen weltweiten Auseinandersetzung auch wieder gelingen wird. Nehmen wir als Stimmbürger aber auch die Gelegenheiten wahr das zu beeinflussen, soweit das möglich ist.

Es gibt immer Möglichkeit etwas gutes zu tun – und sei das auch nur, dass wir in unserer Umgebung gute Laune verbreiten. Das Erleben der eigenen Wirksamkeit erzeugt Glücksgefühle. Das fördert nicht nur die Stimmung, sondern aktiviert auch Energie für produktive Tätigkeiten – in uns selbst und in anderen. Packen wir's an!

Es gibt nichts Gutes – ausser man tut es!

Erich Kästner

Neuhausen, 10.7.2023
Peter Schweizer
peter.schweizer@methosys.ch

A1 Iran / erster Golfkrieg

Der Historiker Jürgen Martschukat schrieb in der Zeit: „Die Amerikaner hatten im Laufe der Irankrise im Nahen Osten das Heft in die Hand genommen – mehr als drei Jahre vor dem Konflikt um die Besetzung des Suezkanals in Ägypten. Im Iran errichteten sie 1953 das Paradebeispiel eines korrupten und brutalen Marionettenregimes. Die frühere demokratisch gewählte Regierung wurde gestürzt, und mit hoher Militär- und Wirtschaftshilfe sowie gestützt durch einen rücksichtslosen Geheimdienst (SAVAK) machten sie den Schah für die nächsten fünfundzwanzig Jahre zur starken Figur im Land – und zu einem der verhasstesten Diktatoren der islamischen Welt.“

1979 übernahmen islamische Revolutionäre die Macht und besetzten die US-Botschaft in Teheran. Als Reaktion rüsteten die USA den Irak auf, und motivierten ihn zum Angriff auf den Iran. Der Krieg („erster Golfkrieg“) dauerte von 1980 bis 1988, und erforderte nach unterschiedlichen Schätzungen bis zu 1 Mio. Tote. Das Ziel der USA war Iran zu schwächen. Der Krieg wurde von beiden Seiten äusserst brutal geführt. Der Irak setzte dabei mit Unterstützung der USA auch chemische Waffen ein. Der Krieg wurde zu einem grossen Geschäft für die Rüstungsindustrie in Ost und West. Die USA verstanden es beide Seiten zu beliefern. Über die später an die Öffentlichkeit gelangte sog. „Iran-Contra-Affäre“ belieferten sie auch den Iran mit Waffen.

Der Nutzen für die USA: Das Resultat bestand in riesigen Gewinnen für die Rüstungsindustrie, einer Schwächung des Irans und einer grossen Verschuldung des Iraks. Den USA gelang es ohne Einsatz von eigenen Soldaten starke Mächte gegeneinander auszuspielen und selber gute Geschäfte zu machen.

A2 Irak / zweiter Golfkrieg

Nach dem Ende des Krieges gegen den Iran, ergab sich für den Irak die Gelegenheit gegenüber Kuwait fordernd aufzutreten. Sie warfen dem Land vor, sich nicht an die vertraglichen Ölfördermengen zu halten und unter Irakischem Gebiet Öl zu fördern. Die US Aussenministerin Madelaine Albright signalisierten dem Irak (Saddam Hussein), dass sie nicht planten Kuwait zu verteidigen. Damit lockten sie Saddam Hussein quasi in die Falle. Am 2. August 1990 startete der zweite Golfkrieg mit dem Einmarsch der Irakis in Kuwait. Der Irak annektierte das Land und machte grosse Beute. Russland war damals nach der Wende zu schwach und mit sich selbst beschäftigt. Ein Eingreifen war nicht zu befürchten.

Der Sicherheitsrat verabschiedete eine Resolution gegen den Irak und die USA schmiedeten nun ein Militärbündnis an dem sich 34 Nationen beteiligten. Die UNO verhängte zudem gegen den Irak einschneidende Wirtschafts-

sanktionen. Diese trafen vor allem die Zivilbevölkerung im Irak sehr hart. Auf Grund verweigerter Medikamentenlieferungen sollen deshalb rund 500'000 Kinder gestorben sein. Die US Aussenministerin Madeleine Albright in einem Interview auf die Frage: "Wie wir hören, starben (im Irak) eine halbe Million Kinder... ist das den Preis wert?" Albrights Antwort: "Wir glauben, es ist den Preis wert." Später distanzierte sie sich wieder von dieser Aussage. Es sei das Dümme, was sie jemals gesagt habe. Der Satz blieb aber an ihr hängen und gilt als Zeichen der menschenverachtenden Politik der USA. Im Januar 1991 startete der Angriff „Desert Storm“ unter der Leitung von General Schwarzkopf. Er begann mit intensiven Bombardierungen. Der Bodenkrieg war nach vier Tagen vorbei. Nach der Eroberung Kuwaits erklärte Präsident Bush eine Waffenruhe. Im Irak kam es nun – von den USA ermuntert – zu Aufständen von Kurden und Schiiten gegen Saddam Hussein. Die Unterstützung der USA blieb dann jedoch aus, und Saddam konnte seine Gegner abschlagen. Das verursachte mehr Tote als die vorangehende Aktion Desert Storm.

Der Nutzen für die USA war mehrfach: Sie konnten diesen Krieg nicht nur zum Testen neuer Waffensysteme nutzen, sondern der ganzen Welt ihre militärische Macht demonstrieren – sich quasi als Weltpolizist präsentieren. Der Irak wurde geschwächt und ebenfalls sehr wichtig: der Graben zwischen Schiiten und Sunniten war vertieft. Der nahe Osten blieb ein Pulverfass. Saddam sass nach der Vernichtung seiner Gegner noch sicherer im Sattel als vor dem Krieg. Da er von den umliegenden Ländern weiterhin als Gefahr wahrgenommen wurde, konnten die USA weiterhin Truppen auch in Saudi-Arabien stationieren – und Waffen verkaufen.

A2.1 Öl für Lebensmittel

Um es dem Irak trotz den einschneidenden Wirtschaftssanktionen zu ermöglichen Lebensmittel zu kaufen lancierte die UNO 1995 das Öl-für-Lebensmittel-Programm. Das sollte die Auswirkungen der Sanktionen auf die Irakischen Bürger reduzieren. Die Erträge aus diesen Ölverkäufen wurden von einem UNO-Treuhandbüro verwaltet und für Lebensmittel- und Medikamentenkäufe sowie für Reparationszahlungen an Kuwait freigegeben. Dabei soll es zu grössten Korruptionsfällen gekommen sein.

A3 9/11 und der „Krieg gegen den Terror“

Die Terroranschläge am 11. September 2001 waren vier koordinierte Flugzeugentführungen mit nachfolgenden Selbstmordattentaten auf symbolträchtige zivile und militärische Gebäude in den USA. Sie wurden dem islamistischen Terrornetzwerk Al-Qaida unter der Führung von Osama bin Laden zugeschrieben und von 19 seiner Mitgliedern verübt, darunter 15 Staatsangehörige Saudi-Arabiens. Die Anschläge forderten 2996 Todesopfer

und werden mitunter als Zäsur in der Geschichte der Auseinandersetzung zwischen der westlichen und der arabischen Welt gedeutet.

Die offiziellen Berichte über den Ablauf und die Hintergründe der Anschläge enthalten allerdings viele Ungereimtheiten, und geben bis heute zu Spekulationen Anlass, die als Verschwörungstheorien abgetan werden. Präsident Bush nutzte dieses Ereignis als Anlass zu einer Kriegserklärung gegen den Terror. Das war das erste Mal in der Menschheitsgeschichte, dass ein Krieg nicht gegen einen Staat, oder eine Organisation, sondern gegen eine Methode erklärt wurde.

Mit dem Segen der UNO intervenierten die USA dann mit der Operation „Enduring Freedom“ in Afghanistan, am Horn von Afrika, auf den Philippinen und in Afrika im „Krieg gegen den Terror“.

Auswirkungen für die USA: Kein anderes Ereignis nach dem zweiten Weltkrieg einigte die USA vergleichsweise so sehr wie der Angriff auf Pearl Harbor 1941. Die westliche Welt, vor allem aber die USA rückte zusammen. Die zunehmende Überwachung der Bürger und die weitere militärische Aufrüstung fand breite Zustimmung. Die Anschläge führten zu einer vorher nie dagewesenen Ausweitung der präsidentiellen Macht und einer faktischen Aufhebung der Gewaltenteilung in den Vereinigten Staaten. Letztlich festigten die Anschläge die Macht der USA mehr als, dass sie den Angreifern nützten und boten auch die Legitimation für weitere Interventionen gegen die „Achse des Bösen“.

A4 Afghanistan

Nach den Anschlägen auf das World Trade Center (9/11) die die USA Osama Bin Laden zuschrieben, forderten sie von den Taliban in Afghanistan dessen Auslieferung. Da diese nicht darauf eingingen, intervenierten die USA zusammen mit den Britten am 7. Oktober 2002. Sie besiegten die Taliban und eroberten Kabul. Osama Bin Laden konnte aber fliehen. Das war der Start eines Engagements in Afghanistan. Neben den USA engagierte sich auch die NATO. Für die NATO war das zum ersten Mal eine Aktion ausserhalb ihres Vertragsgebietes. Es wurde für die NATO ein aufreibender Krieg, der bis im August 2021 dauerte, und mit einer überstürzten Flucht endete.

Auswirkungen für die USA:

Der Afghanistankrieg brachte den USA und ihren Verbündeten nicht nur sehr grosse Verluste, sondern schadete auch ihrem Ansehen. Als es ihnen zu teuer wurde, liessen sie ihre Verbündeten schmähsch im Stich, und überliessen das Land den Taliban. Die Taliban erbeuteten Unmengen an Waffen und galten dann als eine der bestgerüsteten Armeen.

A5 Guantánamo

Präsident Bush entschied am 7. Februar 2002 (nach dem Anschlag auf das World Trade Center), den Taliban den Kombattantenstatus zu verweigern und damit die Geltung des Kriegsvölkerrechts auszusetzen. Die Gegner der USA konnten dann ohne Gerichtsverfahren in Guantánamo und anderen geheimen Gefängnissen („Black Sites“) ausserhalb den USA (Polen, Rumänien, Litauen, Diego Garcia), eingesperrt und gefoltert werden. Die US-Geheimdienste sind der Ansicht, dass man dank dem Einsatz von Foltermethoden (z.B. Waterboarding) Terrorakte hätte verhindern können [32]. Strafrechtsexperten und Geheimdienstkreise bezweifeln das. Im Januar 2002 ging in Kuba auf dem US-Stützpunkt Guantánamo das erste Gefangenenlager in Betrieb. Hier gelten die US-Gesetze nicht. Den Insassen werden weder die Rechte von Kriegsgefangenen noch irgendwelche Menschenrechte gewährt. Insgesamt wurden nach der US-amerikanischen Invasion in Afghanistan 779 Personen aus mehr als 40 Ländern als mutmassliche Mitglieder der Taliban und der Al-Qaida nach Guantánamo gebracht. Das Gefangenenlager wurde von verschiedensten Seiten – auch innerhalb den USA – immer wieder kritisiert und dessen Aufhebung gefordert. Barack Obama machte gar die Schliessung von Guantánamo zu einem seiner Wahlkampfthemen. In seiner Rede zur nationalen Sicherheit vom 21. Mai 2009 sagte er, „dass Guantánamo der moralischen Autorität der USA geschadet hat“ und: „Guantánamo ist kein Instrument für die Terrorismusbekämpfung, sondern wurde zu einem Symbol, das der Al Kaida half, Terroristen für ihre Sache zu rekrutieren. Die Existenz von Guantánamo hat wahrscheinlich mehr Terroristen auf der Welt geschaffen, als jemals dort inhaftiert wurden.“

Die Pressesprecherin des Weissen Hauses Jen Psaki gab am 12. Februar 2021 bekannt, dass US-Präsident Joe Biden die Schließung bis zum Ende seiner Amtszeit anstrebt. Im März 2023 sind im Gefangenenlager Guantánamo immer noch 31 Häftlingen inhaftiert. Warum es den US-Regierungen bis heute nicht gelang dieses Gefängnis zu schliessen, ist unklar.

Auswirkungen für die USA: Guantánamo hat dem Ansehen der USA stark geschadet. Ob jemals ein Nutzen entstand, wird selbst von der US-Regierung bezweifelt.

A6 Irak / dritter Golfkrieg

Die USA begründete diesen Krieg als notwendigen „Präventivkrieg“, um einen angeblich bevorstehenden Angriff des Iraks mit Massenvernichtungsmitteln auf die USA zu verhindern. Dazu wurde eine intensive Medienkampagne gestartet mit Vorwürfen an den Irak, die sich hinterher alle als falsch erwiesen. Aus juristischer Sicht handelte es sich um einen **völkerrechtswidrigen Angriffskrieg**. Die USA und Großbritannien verhinderten

mit ihrem Vetorecht jedoch, dass der UN-Sicherheitsrat den Irakkrieg verurteilte.

Der Krieg startete am 20. März 2003 mit einem intensiven Bombardement der gesamten Infrastruktur. Am 1. Mai wurde dann der Krieg von Präsident Bush mit der Eroberung von Bagdad und dem Sturz Saddam Husseins als siegreich beendet erklärt.

Viele Europäische Staaten verurteilten das Vorgehen der USA. Speziell Frankreich, aber auch Deutschland machte nicht mit. Während, und nach dem Krieg kam es zu Verbrechen und Folterungen an Gefangenen durch amerikanische Soldaten – speziell im berüchtigten Gefängnis von Abu Ghraib. Dabei tat sich die Militärpolizistin Lynndie England besonders hervor. Sie wurde dafür unehrenhaft aus der Armee entlassen und zu 3 Jahren Haft verurteilt. Der Imageschaden für die USA blieb aber gewaltig. Im Irak kehrte keine Ruhe ein. Eine neue Bewegung – der Islamische Staat (IS) – fand genügend Nahrung unter den gedemütigten Moslems, um sich in der ganzen Region auszubreiten.

Der Nutzen für die Eroberer: Die eigenen Verluste hielten sich in Grenzen. Amerikanische Firmen konnten sich für den Aufbau lukrative Aufträge ergattern. Die Ölquellen konnten von den Eroberern weiter benutzt werden. Die USA hatten der ganzen Welt ihre militärische Stärke demonstriert. Auch 2023 haben die USA immer noch Truppen im Irak stationiert.

A7 Arabischer Frühling

Ab 2010 entstehen in vielen arabischen, bzw. islamischen Ländern Unruhen. Ursachen für die erhöhte Protestbereitschaft sind der Unmut über die autoritären Regimes mit ihren repressiven Sicherheitsapparaten, fehlende Mitbestimmung der Bürger, sowie Korruption in Staat, Wirtschaft und Verwaltung. Dazu kommt die hohe Arbeitslosigkeit insbesondere der jüngeren Bevölkerung, sowie weltweit steigende Nahrungsmittel- und Energiepreise, die große Teile der Bevölkerung belasten. Ein wichtige Rolle werden auch die moderne Kommunikationstechnologien (Mobiltelefone, Internet, aber auch der Empfang vom Satellitenfernsehen, insbesondere Al Jazeera) gespielt haben, die die Proteste förderten.

A8 Jemen ab 2015

2004 begann ein Aufstand der Huthi (Schiiten) gegen die Regierung. Es kam zu einem Bürgerkrieg. Im Februar 2015 übernahmen die Huthi-Milizen offiziell die Macht über den Jemen und lösten das Parlament auf. Im März 2015 startete Saudi-Arabien (Sunniten) in Abstimmung mit Ägypten die erste Offensive gegen sie. Seither läuft ein brutaler Krieg mit starker ausländischer Einmischung. Man kann ihn als Stellvertreterkrieg zwischen Saudi

Arabien und dem Iran betrachten. Der Westen – allen voran die USA – unterstützen dabei Saudi Arabien; der Iran die Huthi. Als sehr reiches Land sind die Saudis bei der amerikanischen Rüstungsindustrie willkommene Kunden. Laut der UNO sind bis Ende 2022 im Jemenkrieg 380'000 Tote zu beklagen. Die UNO betrachtet das als gegenwärtig grösste humanitäre Katastrophe. Der grösste Profiteur ist die westliche Rüstungsindustrie, die Saudi-Arabien beliefern kann. 2023 kommt es dank chinesischer Vermittlung wieder zu einer Annäherung zwischen Saudi Arabien und dem Iran. Eine Beilegung des Jemenkonflikts gerät in den Bereich des Möglichen.

A9 Die Jugoslawienkriege ab 1991

Nach Titos Tod und dem Zerfall der Sowjetunion brachen die Gegensätze im Vielvölkerstaat Jugoslawien hervor. Das Land zerfiel in einzelne durch unterschiedliche Ethnien geprägte Teile. Das geschah teilweise unter grosser Gewaltanwendung. Auch die NATO mischte sich ein. Inzwischen hat sich die Gegend beruhigt – bis auf den Kosovo.

A 9.1 Bosnien

Der Bosnienkrieg dauerte von 1992 – 1995 und endete mit der Abspaltung Bosniens. Er zeichnete sich aus durch grosse Brutalität, Massenvergewaltigungen, ethnischen Säuberungen und weitere Kriegsverbrechen. In dessen Verlauf wurden 77 Waffenstillstandsvereinbarungen gebrochen. Auch UNO und NATO mischten sich ein ohne überzeugend zu wirken. Der Krieg endete 1995 mit dem Vertrag von Dayton.

A 9.2 Serbien / Kosovo

1945 war Kosovo zur autonomen Provinz innerhalb der Republik Serbien geworden. Nach Titos Tod und dem Zerfall von Jugoslawien stiegen die Spannungen zwischen den verschiedenen Volksgruppen (speziell Serben und Albaner). Am schnellsten und mit nur einer kurzen militärischen Auseinandersetzung konnte sich Slowenien ablösen. Die Abspaltung von Kroatien erfolgte blutiger. Im Februar 1989 stimmte das serbische Parlament Zusatzbestimmungen für die serbische Verfassung zu, welche die Autonomie des Kosovo schrittweise einschränkten. Danach entwickelte sich der Widerstand im Kosovo gegen Belgrad schrittweise bis zum Bürgerkrieg.

NATO-Bombardierungen: Am 24. März 1999 begann die Nato ihren Luftkrieg gegen Serbien. Ausgerechnet der grüne Aussenminister Joschka Fischer heizte mit seinem Kollegen Rudolf Scharping die Kriegsstimmung an. Um „ethnische Säuberungen“, weitere „Vertreibungen“ und eine „humanitäre Katastrophe“ zu verhindern, sei es dringend nötig einzugreifen. Im

Rahmen der "Operation Allied Forces" zwischen dem 24. März und dem 10. Juni 1999 führten NATO-Flugzeuge rund 2500 Luftschläge gegen Ziele in der damaligen Bundesrepublik Jugoslawien aus und warfen dabei mehr als 50.000 Bomben und Raketen ab. Das dauerte so lange, bis Serbiens Machthaber Slobodan Milošević einlenkte und die serbischen Streitkräfte aus dem Kosovo zurückzog. Die Zahl der Opfer des Luftkrieges werden auf 1.200 bis 2.500 geschätzt, darunter 79 Kinder. Die "Operation Allied Forces" ist der erste Kampfeinsatz der Bundeswehr nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. 14 deutsche Tornados werden für die Luftaufklärung eingesetzt und bekämpfen serbische Flugabwehrstellungen. Insgesamt nahmen 19 NATO-Mitgliedsstaaten an der Operation teil – und das ohne UNO-Mandat. Der Einsatz ist daher bis heute völkerrechtlich höchst umstritten.

Völkerrechtlich fragwürdige Anerkennung des Kosovo: Eines der ersten Länder, das den Kosovo anerkannte, war die Schweiz. Bis heute wird der Kosovo von vielen Staaten aber nicht anerkannt. Im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg wird immer wieder auf die Doppelmoral des Westens hingewiesen, der die Abspaltung des Donbass aus völkerrechtlichen Gründen nicht akzeptiert, wohl aber jene des Kosovos. In Spanien weisen auch die Katalonier auf die Doppelmoral der EU hin, die die Eigenstaatlichkeit des Kosovos anerkennt, die Autonomiebestrebungen der Katalonier von Spanien aber nicht.

Nutzen für die USA: Sie unterhalten heute im Kosovo eine sehr grosse Militärbasis. Für Kosovo sind sie so Schutzmacht und für deren Wirtschaft ein guter Kunde.

A10 Kriege im Nahen Osten

Mit der Gründung Israels nach dem zweiten Weltkrieg wurde der Nahe Osten ein Pulverfass und blieb es bis heute. Immer wieder gab es Kriege in und um Israel herum und immer spielten die USA dabei eine wichtige Rolle. Ein kurzer Überblick über die laufenden Konflikte:

Palästina: Dieses Gebiet ist seit 1967 von Israel besetzt, und seither Unruheherd sowie Grund für weitere Kriege und Auseinandersetzungen im Nahen Osten. Abkommen in Oslo und Camp David wurde nicht umgesetzt, nachdem ein jüdischer Fanatiker den Israelischen Ministerpräsidenten Jitzchak Rabin umbrachte. Zionistische Kreise in Israel – aber auch palästinensische Hitzköpfe – haben es bisher immer wieder verhindert, dass es zu einer dauerhaften Friedenslösung kommen konnte.

Die USA standen immer auf der Seite Israels und unterstützten das Land militärisch und finanziell. Einflussreiche jüdische Kreise in den USA sorgen dafür.

Libanon: Der Libanon war einst ein blühendes Land und galt als „die Schweiz des Nahen Ostens“. Im Rahmen mehrerer Kriege mit Palästinensern und Israel wurde das Land zerstört. Seither ist das Land destabilisiert. Neue Kriege drohen.

Libyen wurde vom eigenwilligen Diktator Muammar al-Gaddafi von 1969 bis 2011 dominiert. Das Land war im Vergleich mit seinen Nachbarn sehr reich und Gaddafi versuchte seinen Einfluss in Afrika auszudehnen. Insbesondere plante er zusammen mit anderen Staaten eine gemeinsame Afrikanische Währung und begann zudem Öl in andern Währungen an Stelle von Dollars zu verkaufen. Das wollten die USA natürlich nicht dulden. Gaddafi betrieb eine strikt gegen die USA und Israel gerichtete Politik. Er versuchte auch zu Atomwaffen zu gelangen und produzierte Giftgas. Zudem wurde er mehrfach mit Terroranschlägen in Verbindung gebracht. 2011 kam es zu einem Aufstand, der von anderen arabischen Staaten und der NATO militärisch unterstützt wurde, und zum Sturz Gaddafis führte. Die französische Luftwaffe führte umfangreiche Bombardierungen durch, was ein Bruch des Völkerrechts darstellt. Seither ist das Land instabil. Gaddafi hatte auch ein Abkommen mit Italien (Berlusconi), dass er (gegen Bezahlung!) die Auswanderung nach Europa unterband. Seit Gaddafi weg ist, machen die Schlepper – unterstützt durch die „Seenotretter“ – sehr gute Geschäfte, und nicht nur Italien leidet unter tausenden illegaler Migranten,

Syrien: 1970 gelangte Hafiz al-Assad durch einen Staatsstreich an die Macht. 2000 wurde er durch seinen Sohn Baschar Hafiz al-Assad abgelöst. Syrien ist ein multiethnisches Land – eine Diktatur – aber ohne grosse Konflikte zwischen den verschiedenen Volksgruppen und Religionen. Der Westen plante indessen einen „Regime Change“ und begann zusammen mit verschiedenen Golfstaaten Islamisten und Terroristen zu finanzieren und zu bewaffnen. Seit 2011 versuchen diese Aufständischen das Syrische Regime zu stürzen. Assad wusste sich zu wehren, rief dann aber vier Jahre später (2015) Russland zu Hilfe. Dank der russischen Unterstützung konnte sich Assad bis heute an der Macht halten. Teile des Landes sind weiter von Aufständischen und der Türkei besetzt. Ende 2019 haben die USA die Syrischen Ölfelder besetzt, damit sie nicht in die Hände des IS fallen. Seither wird das geförderte Öl von den US-Truppen mit Lastwagen in den Irak gebracht und dort verkauft. Der IS ist in Syrien zwar bereits besiegt, aber 2023 erklärte das Weisse Haus, dass die USA beabsichtigen ihre Truppen weiterhin in Syrien zu behalten. Auch Israel greift regelmässig mit Luftschlägen gegen Hisbolla-Milizen ein. Kurz: Die Situation in Syrien ist sehr undurchsichtig und verwickelt. Bisher kam es zu keiner direkten Konfrontation zwischen russischen- US- und Israelischen Truppen. Nach Schätzungen der UNO gab es bis 2022 mehr als 630'000 tote Zivilisten. Die Hälfte der Bevölkerung hat inzwischen das Land verlassen. Inzwischen nähern sich aber die arabischen Staaten Syrien wieder an. Das Land soll wieder in die Arabische Liga aufgenommen werden.

Referenzen/Literatur

- [1] Andrew Ross Sorkin: How Mandela Shifted Views on Freedom of Markets, The New York Times, Dec 9, 2013
- [2] Nils Werner: Wurde die Sowjetunion über den Tisch gezogen? mdr.de 30. März 2022
- [3] Francis Fukuyama: Das Ende der Geschichte, Hoffmann und Campe, 1989
- [4] Videop : Hillary Clinton & Condoleezza Rice on America's Global Role | The Problem With Jon Stewart Podcast : <https://www.youtube.com/watch?v=xutIA4HzGqA>
- [5] Zbigniew Brzezinski: Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Kopp Verlag, 2015
- [6] John Bolton: Amerika bleibt unersetzlich, Weltwoche Nr. 04.23, Seiten 12 – 14
- [7] George Friedman: Die nächsten 100 Jahre: Campus Verlag, Frankfurt / New York 2008
- [8] George Friedman: Vortrag vor dem The Chicago Council US-Denkfabrik STRATFOR:
<https://www.youtube.com/watch?app=desktop&v=IBYcuJb6Qb0&t=617s>
<https://www.youtube.com/watch?app=desktop&v=IBYcuJb6Qb0&t=617s>
- [9] Atlantic Council: GLOBAL STRATEGY 2022: Thwarting Kremlin Aggression today for constructive relations tomorrow (Im Internet abrufbar)
- [10] Andrea Christen: Der schmutzige Drohnkrieg der USA, Echo der Zeit, 20.12.2021
- [11] Keith Kellogg: Die Beseitigung des Gegners ohne Einsatz eigener Truppen: <https://www.youtube.com/watch?v=SM7xXixtZk4>
- [12] Pierre Heumann: Wir haben keine Demokratie mehr, die es wert ist verteidigt zu werden. Interview mit der taiwanesischen Oppositionsführerin Joanna Lei, Weltwoche Nr. 07.23
- [13] Dan Lamothe: U.S. general warns troops that war with China is possible in two years, The Washington Post, January 27, 2023
- [14] Ibraim Warde: Wer sind die Oligarchen? Le Monde Diplomatique – September 2022 (Übersetzung von Nicola Liebert)

- [15] Naomi Klein: Die Schock Strategie, Hoffmann und Campe, Hamburg 2021
- [16] Stefan Baron: Supermacht des Unfriedens, Weltwoche, Nr. 05.23
- [17] Gottfried Frick: Russland wird als Feind aufgebaut, Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift (ASMZ) 08/2021
- [18] Jacques Baud: Die Politik der USA war es immer, zu verhindern, dass Deutschland und Russland enger zusammenarbeiten, Interview
- [19] Seymour Hersh „Selensky und Co. veruntreuten im Vorjahr 400 Millionen Dollar“. RT 13. April 2023
- [20] Jacques Baud: „Hintergründe und Elemente des Ukrainekrieges“, Schweizer Standpunkt, 30. Mai 2023 www.schweizer-standpunkt.ch
- [21] Jonas Bucher: „So tief wurden Putins Geheimdienste von den USA infiltriert“, 20 minuten, 9. April 2023
- [22] Samuel P. Huntington: Kampf der Kulturen, Goldmann, 2002
- [23] Henry Kissinger: „Ich bin übrigens nicht der Meinung, dass alle Schuld bei Putin liegt“, www.welt.de/politik/ausland/article245512784
- [23] Kennedy: „Die Ukraine wird für geopolitische Fantasien der USA geopfert – Sie wollen keinen Frieden“, 17. Mai 2023: Video <https://de.rt.com/kurzclips/video/170346-kennedy-ukraine-wird-fuer-geopolitische/>
- [24] Petr Pelzin: So ist der Krieg in der Ukraine entstanden - aus Sicht eines westlichen Geheimdienst-Generals (publiziert auf www.globalbridge.ch)
- [25] Köppel Roger: Wir beten und vertrauen auf den lieben Gott – Interview mit Ungarns Premier Minister, Weltwoche Nr. 09.23
- [26] John J. Mersheimer RATING KREMLIN AGGRESSION, Video:<https://www.youtube.com/watch?app=desktop&v=qciVozNtCDM>
- [27] Raymond McGovern Video (mit deutscher Übersetzung): <https://www.youtube.com/watch?v=CZyi4BjnJlg>
- [28] The Cradle (News Desk) 19 Nationen sind bereit den BRICS beizutreten, Schweizer Standpunkt, 16. Mai 2023
- [29] Von Senger Harro: Die Kunst der List, Verlag C.H. Beck, München 2001 (Die chinesischen Kriegstricks, die vor ca. 500 Jahren beschrieben wurden.)

[30] Rand Corporation : Avoiding a Long War – U.S. Policy and the Trajectory of the Russia-Ukraine Conflict, Januar 2023

[31] USA/Ukraine Abkommen vom 10.Nov. 2021

[32] Senton Hall University School, Center for Policy and Research: American Torturers, FBI and CIA Abuses Dark Sites and Guantánamo

[33] Florian Pfaff, Major a.D.: Die USA führen Krieg gegen Deutschland, Interview in Zeitgeschehen im Fokus

[34] Thomas Kaiser: Gerade in heutiger Zeit ist ein neutraler Staat gefragt denn je,

[35] Gustav Däniker: Strategie des Kleinstaats, Verlag Huber & Co, Frauenfeld 1966

[36] Nicolò Machiavelli: Der Fürst, Insel Taschenbuch Nr 1207

[37] Bedrettin Bölükbasi: Netanjahu besorgt: Westliche Waffen aus der Ukraine wohl in iranischen Händen, Frankfurter Rundschau, 23.6.2023